

97. Sitzung

Freitag, den 12. Dezember 2003

Erfurt, Plenarsaal

**Bericht zur Übertragung von
Planungsaufgaben der Stra-
ßenbauämter an Thüringer
Kommunen**

8490

Antrag der Fraktion der SPD
- Drucksache 3/3788 -

Ohne Begründung durch den Antragsteller erstattet Minister Reinholz zu dem Antrag einen Sofortbericht. Auf Verlangen aller Fraktionen findet gemäß § 106 Abs. 1 GO eine Aussprache zu dem Bericht der Landesregierung statt. Dem Antrag der Fraktion der PDS auf Fortsetzung der Beratung des Berichts im Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Strukturpolitik wird durch die Fraktionen der CDU und der SPD, die nur die Beratung im Landtag verlangt haben, nicht zugestimmt.

Die Erfüllung des Berichtersuchens wird gemäß § 106 Abs. 2 GO festgestellt.

**Länderkooperation Sachsen,
Sachsen-Anhalt und Thüringen**

8494

Antrag der Fraktion der PDS
- Drucksache 3/3807 -

Ohne Begründung durch den Antragsteller und nach Aussprache wird eine beantragte Überweisung an den Ausschuss für Naturschutz und Umwelt, den Ausschuss für Soziales, Familie und Gesundheit, den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, den Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kunst, den Haushalts- und Finanzausschuss, den Innenausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Strukturpolitik, den Justizausschuss, den Ausschuss für Bildung und Medien, den Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten und den Gleichstellungsausschuss jeweils mit Mehrheit abgelehnt. Der Antrag wird in namentlicher Abstimmung bei 75 abgegebenen Stimmen mit 15 Jastimmen, 45 Neinstimmen und 15 Enthaltungen abgelehnt (Anlage 1).

**Verbesserung der Ausbildungs-
situation innerhalb der dualen
Berufsausbildung**

8503

Antrag der Fraktion der SPD
- Drucksache 3/3816 -

Ohne Begründung durch den Antragsteller und nach Aussprache wird eine beantragte Überweisung an den Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Strukturpolitik und den Ausschuss für Soziales, Familie und Gesundheit jeweils mit Mehrheit abgelehnt.

Der Antrag wird mit Mehrheit abgelehnt.

**Koordination und Qualifizierung
der überregionalen Aktivitäten
gegen Rechtsextremismus****8518**

Antrag der Fraktion der SPD
- Drucksache 3/3817 -

Ohne Begründung durch den Antragsteller erstattet Staatssekretär Scherer zu Nummer 2 des Antrags einen Sofortbericht. Auf Verlangen aller Fraktionen findet gemäß § 106 Abs. 1 GO zu dem Bericht der Landesregierung in Verbindung zu Nummer 1 des Antrags eine Aussprache statt.

Dem Antrag der Fraktion der SPD auf Fortsetzung der Beratung des Berichts im Innenausschuss und dem Ausschuss für Soziales, Familie und Gesundheit wird durch die Fraktion der CDU, die nur die Beratung im Landtag verlangt hat, nicht zugestimmt.

Die Erfüllung des Berichtersuchens zu dem Antrag wird gemäß § 106 Abs. 2 GO festgestellt.

Nummer 1 des Antrags wird in namentlicher Abstimmung bei 67 abgegebenen Stimmen mit 14 Jastimmen, 41 Neinstimmen und 12 Enthaltungen abgelehnt (Anlage 2).

**Zusammenarbeit von Jugendhilfe
und Arbeitsverwaltung****8527**

Antrag der Fraktion der SPD
- Drucksache 3/3819 -

Ohne Begründung durch den Antragsteller und nach Aussprache wird eine beantragte Überweisung des Antrags an den Ausschuss für Soziales, Familie und Gesundheit mit Mehrheit abgelehnt.

Der Antrag wird mit Mehrheit abgelehnt.

Sicherung der Tarifautonomie**8534**

Antrag der Fraktion der SPD
- Drucksache 3/3818 -
dazu: Entschließungsantrag der
Fraktion der PDS
- Drucksache 3/3855 -

Nach Begründung und Aussprache wird der Antrag der Fraktion der SPD - Drucksache 3/3818 - in namentlicher Abstimmung bei 73 abgegebenen Stimmen mit 29 Jastimmen und 44 Neinstimmen abgelehnt (Anlage 3).

Der Entschließungsantrag der Fraktion der PDS - Drucksache 3/3855 - wird mit Mehrheit abgelehnt.

**Bericht der Landesregierung zu dem
Thema "Durch Deregulierung und
Entbürokratisierung die Attraktivität
des Standorts Thüringen stärken"****8541**

dazu: Beschluss des Landtags
- Drucksache 3/3384 -

Nach der Berichterstattung der Landesregierung durch Minister Reinholz findet auf Verlangen der Fraktion der CDU eine Aussprache zu dem Bericht der Landesregierung statt.

Der Antrag der Fraktion der CDU auf Fortsetzung der Beratung des Berichts im Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Strukturpolitik wird mit Mehrheit angenommen.

**Bericht der Parlamentarischen
Kontrollkommission gemäß
§ 19 Abs. 6 des Thüringer Ver-
fassungsschutzgesetzes****8549**

Nach dem durch den Vorsitzenden der Parlamentarischen Kontrollkommission, Abgeordneten Kölbel, abgegebenen mündlichen Bericht findet eine Aussprache statt.

**Nachwahl eines Mitglieds des Ku-
ratoriums der Thüringer Landes-
zentrale für politische Bildung****8553**

dazu: Wahlvorschlag der Fraktion
der CDU
- Drucksache 3/3769 -

Als neues Mitglied des Kuratoriums der Thüringer Landeszentrale für politische Bildung gemäß § 6 Abs. 2 der Anordnung der Landesregierung vom 26. Februar 1991 wird in geheimer Wahl ohne Aussprache gemäß § 9 Abs. 2 GO der Abgeordnete Andreas Sonntag (CDU) gewählt.

**Mitgliedschaft von Mitgliedern der
Landesregierung in Leitungs- und
Aufsichtsgremien auf Erwerb ge-
richteter Unternehmen****8554**

hier: Zustimmung des Landtags
gemäß Artikel 72 Abs. 2 der
Verfassung des Freistaats
Thüringen

Antrag der Landesregierung
- Drucksache 3/3814 -

Ohne Begründung durch den Antragsteller und ohne Aussprache wird der Antrag mit Mehrheit angenommen.

Anwesenheit der Abgeordneten:**Fraktion der CDU:**

Arenhövel, Bergemann, Böck, Bonitz, Braasch, Carius, Emde, Fiedler, Prof. Dr. Goebel, Grob, Groß, Grüner, Heym, Jaschke, Köckert, Kölbel, Dr. Kraushaar, Krauß, Kretschmer, von der Krone, Lehmann, Lieberknecht, Michel, Mohring, Panse, Dr. Pietzsch, Pöhler, Primas, Schröter, Schugens, Schuster, Schwäblein, Seela, Dr. Sklenar, Sonntag, Stauch, Tasch, Trautvetter, Vopel, Wackernagel, Wehner, Wetzel, B. Wolf, Wunderlich, Zitzmann

Fraktion der PDS:

Buse, Dittes, Dr. Fischer, Gerstenberger, Dr. Hahnemann, Huster, Dr. Kaschuba, Dr. Klau-
bert, Dr. Koch, Kummer, Lemke, Nitzpon, Nothnagel, Ramelow, Dr. Stangner, Thierbach,
Dr. Wildauer, K. Wolf

Fraktion der SPD:

Bechthum, Becker, Dr. Botz, Doht, Döring, Ellenberger, Gentzel, Dr. Klaus, Lippmann,
Dr. Müller, Pelke, Dr. Pidde, Pohl, Schemmel, Dr. Schuchardt, Seidel

Anwesenheit der Mitglieder der Landesregierung:

stellvertretender Ministerpräsident Trautvetter, die Minister Kaiser, Dr. Krapp, Reinholz,
Prof. Dr. Schipanski, Dr. Sklenar, Dr. Zeh

Rednerliste:

Präsidentin Lieberknecht	8490, 8491, 8492, 8493, 8494, 8495, 8496, 8497, 8498, 8499, 8500, 8544, 8545, 8546, 8548, 8549, 8552, 8553, 8554
Vizepräsidentin Ellenberger	8521, 8523, 8526, 8527, 8530, 8531, 8532, 8534, 8535, 8536, 8539, 8540, 8541
Vizepräsidentin Dr. Klaubert	8500, 8501, 8502, 8504, 8505, 8506, 8509, 8510, 8511, 8512, 8513, 8514, 8515, 8516, 8517, 8518, 8520
Bechthum (SPD)	8515
Braasch (CDU)	8499, 8500
Buse (PDS)	8504, 8505, 8514, 8548
Dittes (PDS)	8495, 8496, 8497, 8500, 8523, 8527, 8552
Dohrt (SPD)	8494, 8495
Groß (CDU)	8521
Dr. Hahnemann (PDS)	8520, 8526
Kölbel (CDU)	8549
Kretschmer (CDU)	8535, 8545, 8546
Lippmann (SPD)	8492, 8544
Michel (CDU)	8516
Mohring (CDU)	8554
Dr. Müller (SPD)	8534, 8539
Nothnagel (PDS)	8531, 8532
Pelke (SPD)	8506, 8509, 8510, 8516, 8517, 8523, 8528
Dr. Pidde (SPD)	8540, 8541
Ramelow (PDS)	8537
Schemmel (SPD)	8499, 8500
Schugens (CDU)	8491
Schwäblein (CDU)	8497, 8510
Sonntag (CDU)	8554
Stauch (CDU)	8502, 8527
Vopel (CDU)	8505, 8510, 8530, 8532
Wackernagel (CDU)	8503, 8553
Wehner (CDU)	8511
Wetzel (CDU)	8494, 8496, 8498
Dr. Wildauer (PDS)	8492
Benner, Staatssekretär	8532
Dr. Krapp, Kultusminister	8512, 8517
Reinholz, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Infrastruktur	8490, 8513, 8514, 8517, 8539, 8541
Scherer, Staatssekretär	8518
Trautvetter, Innenminister	8500, 8526, 8527

Die Sitzung wird um 9.01 Uhr von der Präsidentin des Landtags eröffnet.

Präsidentin Lieberknecht:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, Mitglieder der Landesregierung und Gäste auf der Besuchertribüne, ich begrüße Sie sehr herzlich zur heutigen 97. Plenarsitzung am 12.12.2003, die ich hiermit eröffne. Ich will am Anfang noch einen Hinweis geben, es ist ja voraussichtlich die letzte Plenarsitzung, die wir in diesem Jahr durchführen, und passend zu dieser letzten Sitzung ist auch eine kleine Gabe für das Jahresende eingegangen, das wird in Ihren Fächern sein, nämlich das Jahrbuch ist fertig gestellt und ich hoffe, es wird auch Ihre Aufmerksamkeit finden. Wer wie andere Jahre auch noch zusätzlichen Bedarf hat, meldet sich bitte im Referat für Presse und Öffentlichkeitsarbeit.

Als Schriftführer haben neben mir Platz genommen Frau Abgeordnete Zitzmann und Herr Abgeordneter Seidel. Herr Abgeordneter Seidel wird die Rednerliste führen. Es haben sich für die heutige Sitzung entschuldigt: Herr Ministerpräsident Althaus, Herr Abgeordneter Illing, Frau Abgeordnete Künast, Frau Abgeordnete Sedlacik, Frau Abgeordnete Sojka, Frau Abgeordnete Zimmer.

Ich komme jetzt zum Aufruf des für heute ersten Tagesordnungspunkts, nämlich in der Gesamttagesordnung der **Tagesordnungspunkt 10**

**Bericht zur Übertragung von
Planungsaufgaben der Straßenbauämter an Thüringer
Kommunen**

Antrag der Fraktion der SPD
- Drucksache 3/3788 -

Soviel ich gehört habe, möchte der Einreicher auf eine Begründung verzichten, da die Landesregierung unmittelbar den Sofortbericht in Aussicht gestellt hat. Ist das richtig, Herr Minister Reinholz, dass Sie uns einen Sofortbericht geben? Dann dürfen Sie das jetzt tun, bitte schön.

Reinholz, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Infrastruktur:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Ortsdurchfahrten im Rahmen von Bundes- und Landesstraßen haben nicht nur einen nicht unbeträchtlichen Anteil am Thüringer Straßennetz, sie besitzen nicht nur eine wichtige Funktion für den Verkehr in Thüringen, sondern sind auch Aufenthalts- und Begegnungsraum in der Ortschaft. Es ist daher ein besonderes Anliegen des Thüringer Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Infrastruktur, den Zustand dieser Straßenabschnitte zu verbessern. Schwerpunkte bei der Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur waren zunächst natürlich die Bundesautobahnen, der Ausbau der

Bundesstraßen, die Entwicklung des Landesstraßennetzes sowie die Schaffung von Ortsumgehungen.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt sind 632 km der 1.942 km Bundesstraßen Ortsdurchfahrten, davon 61 km in der Baulast der Gemeinden mit über 80.000 Einwohnern. Im derzeit 5.603 km langen Landesstraßennetz sind 1.496 km Ortsdurchfahrten, davon 148 km in der Baulast der Gemeinden mit über 30.000 Einwohnern.

In den zurückliegenden Jahren seit 1990 konnten ca. 200 km der Ortsdurchfahrten von Bundesstraßen, das heißt etwa 30 Prozent, und im Zuge der Landesstraßen ca. 300 km, das heißt etwa 20 Prozent, instandgesetzt werden. Im Vergleich zu den Außerortsstraßen Thüringens, die inzwischen bei Bundesstraßen zu ca. 90 Prozent und bei Landesstraßen zu immerhin fast 60 Prozent in einen guten bzw. sehr guten Zustand versetzt worden sind, wurde dieses Tempo im Bereich der Ortsdurchfahrten leider nicht erreicht. Die Gründe hierfür liegen in den vielfältigen Abhängigkeiten, die bei einem Ausbau der Ortslagen bestehen und die in der Regel als Gemeinschaftsmaßnahmen unter Mitwirkung Dritter vorbereitet und ausgeführt werden müssen.

Das heißt, meine Damen und Herren, neben der eigentlichen Baumaßnahme sind die Interessen des Straßenbaulastträgers, der Gemeinde, der beteiligten Wasser- und Abwasserzweckverbände, sonstiger Versorgungsunternehmen sowie der Anwohner zu koordinieren. Für eine ganze Reihe von Bauvorhaben, für die das erforderliche Baurecht in Form von Planfeststellungen bzw. Plangenehmigungen inzwischen vorliegt, ist eine Realisierung momentan nicht oder leider nur in Teilen möglich. Es fehlen die notwendigen Eigenanteile der Beteiligten oder die Haushaltssituation lässt keine Einordnung in das aktuelle Bauprogramm des Landes zu. Das Wirtschaftsministerium sieht daher die Notwendigkeit, die Erneuerung von Ortsdurchfahrten, auch im Hinblick auf notwendige Kanalbauten, zukünftig mit noch größerer Aufmerksamkeit zu verfolgen.

Da von der Straßenbauverwaltung in den kommenden 15 Jahren neben der Substanzerhaltung auch die Errichtung von mehr als 100 Ortsumgehungen erwartet wird, mit denen die Ortslagen entlastet und die Erreichbarkeit der Zentren weiter verbessert werden sollen, sind Prioritäten zu setzen. Die Koordinierungstätigkeit wird zurzeit, von einigen Ausnahmen abgesehen, von den Straßenbauämtern wahrgenommen. Die Übertragung dieser Aufgaben an die Kommunen stellt kein Abwälzen dar. Es ist als Angebot der Straßenbauverwaltung zu verstehen, einvernehmlich einen Weg zu gehen, der es gestattet, den Ausbau der Ortslagen zügiger zu gestalten.

Keine Kommune, meine Damen und Herren, wird gezwungen die Aufgaben zu übernehmen, Vereinbarungen setzen beiderseitigen Nutzen und Einvernehmen voraus.

Es wird eingeschätzt, dass insbesondere die größeren Kommunen mit einer eigenen Bauverwaltung durchaus in der Lage sind, Bauleistungen im Zuge von Ortsdurchfahrten selbst zu koordinieren, zumal sie als Baulasträger für die Gemeindestraßen über die notwendigen fachlichen Fähigkeiten einer Baubehörde verfügen.

Abgeschlossene Vereinbarungen und praktizierte Beispiele zeigen, dass einige Bauverwaltungen der Gemeinden durchaus dazu in der Lage sind. Im Einzelfall wird zu entscheiden sein, wo dieser Weg möglich ist und wo nicht. Positive Erfahrungen werden für die weitere Ausgestaltung der Neuregelungen genutzt. In jedem Fall sollten die Gemeinden ein besonderes Interesse daran haben, da in der Regel 60 bis 80 Prozent der Investitionen im Zuge des Ausbaus der Ortsdurchfahrt als kommunaler Anteil für Kanäle, Gehwege und Nebenanlagen aufzubringen sind.

Mit dem Ausbau und der damit verbundenen Verbesserung des Wohnumfeldes und der verkehrlichen Beruhigung werden die Belange der Bürger unmittelbar berührt, leider aber auch finanziell. Wer selbst vorbereitet und überwacht, wird die Probleme auch schneller lösen können. Die notwendige Kostenbeteiligung der Straßenbauverwaltung ist gesetzlich geregelt und steht natürlich nicht in Frage. Die Festlegung von Verantwortlichkeiten für die durchzuführenden Gemeinschaftsmaßnahmen kann immer erst nach Prüfung und letztendlich im Einzelfall erfolgen.

Da dem Wirtschaftsministerium zurzeit keine aktuelle und vollständige Gesamtübersicht vorliegt, wurden die Straßenbauämter angewiesen, den Umfang für erforderliche grundlegende Erneuerungen von Ortslagen zu prüfen, die auch ohne komplette Neuplanung der Ortsdurchfahrt realisierbar sind. Das Wirtschaftsministerium geht davon aus, dass in vielen Fällen, vor allem im ländlichen Bereich und im Zuge schwach belasteter Bundes- und Landesstraßen, keine Notwendigkeit für aufwändige Überplanungen besteht und das Ortsbild durch die Erneuerung im Bestand viel schneller und nachhaltiger verbessert werden kann.

Hierdurch soll auch unnötiger Planungsaufwand, insbesondere für die Kommunen und Anlieger, vermieden werden. Mit Ergebnissen dieser Erhebung ist im zweiten Halbjahr 2004 zu rechnen. Hinsichtlich des Personalbestands der Straßenbauverwaltung ist auch festzustellen, es wird nicht möglich sein, sie personell für Aufgaben auszustatten, die sie nicht dauerhaft wahrzunehmen hat. Die Straßenbauverwaltung wird zur Beseitigung des Nachholbedarfs im Autobahnnetz, im beschränkten Umfang auch im Bundes- und Landesstraßennetz durch die DEGES unterstützt. Da sie sich selbst verstärkt mit der Planung von Ortsumgehungen, mit der Sanierung von ca. 1.850 km abzustufenden Landesstraßen und der Beseitigung von Gefahrenpunkten befassen muss, reichen die verbleibenden personellen Ressourcen leider nicht aus, alle Wünsche der Gemeinden zu erfüllen. Hilfeleistung durch die Kommunen ist daher erwünscht und notwendig, wenn

sich dies anbietet und damit das Tempo der Erneuerung der Ortslagen erhöht wird. Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Lieberknecht:

Damit kommen wir zur Aussprache. Ich gehe davon aus, dass Aussprache beantragt wird. Jawohl, die Fraktionen nicken alle drei. Dann beginnen wir mit der Aussprache. Es hat das Wort der Herr Abgeordnete Schugens, CDU-Fraktion.

Abgeordneter Schugens, CDU:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, der Antrag der SPD hätte aus meiner Sicht durchaus auch eine Kleine Anfrage sein können, denn ich sehe die Substanz, die hier erfragt werden soll, nicht. Vielleicht werden wir das noch zur Kenntnis bekommen. Sie stellen hier fest, dass eine Aufgabenverlagerung generell auf die Kommunen erfolgen soll. Der Minister hat eben vorgetragen, dass das so nicht zu sehen ist. Es gibt einen Vorschlag, wenn ich das richtig verstehe, das Tempo in der inneren Ortslage, was Ausbau von Straßen betrifft, zu erhöhen, und das im Einvernehmen mit den Kommunen. Ich möchte einfach feststellen, dass das eigentlich keine besondere Neuerung ist, dass es - zumindest im Raum Ostthüringen - solche Vereinbarungen schon gibt und diese auch praktiziert wurden, und das mit Erfolg zum Vorteil des Ausbaus von Knotenpunkten in den Kommunen. Der Minister hat den großen Bedarf aufgezeigt. Er hat die Kilometer genannt, die in den Ortslagen anstehen bei einer Sanierung, und es wurde dabei festgestellt, dass der Schwerpunkt der Aufgaben bei der Realisierung solcher Projekte bei den Kommunen liegt, da die Kommune in der Regel den größten Anteil erbringen muss an Baumaßnahmen. Ich denke an die Straßen begleitenden Dinge wie Gehweg, Unterbau, der oft mit Zweckverbänden zu klären ist, und der geringste Anteil ist dann die Straßendecke, die Leistung, die das Land dort vollbringt. Ich glaube, damit ist eigentlich auch Anlass gegeben, von Fall zu Fall, also sprich im Einzelfall, zu entscheiden, wie man die Leistungen koordinieren kann, wie man Prozesse beschleunigen kann, gerade um Mittel abzurufen, die zum Teil anstehen, bzw. auch Mittel zu bündeln, also sprich, den Prozess optimal zu gestalten. Und wenn dazu die Planungsleistungen im Einvernehmen erstellt werden, kann dies der Sache nur dienlich sein. Ich gehe davon aus, dass damit nicht das Ziel verfolgt wurde und wird, Kosten abzuwälzen, im Gegenteil, es wird die Auseinandersetzung zwischen den Lastträgern erfolgen müssen und die erfolgt in der Praxis. Die Endabrechnung, das ist eigentlich eine Logik, erfolgt in diesem Zusammenhang ebenfalls. Für den Ostthüringer Raum könnte ich zumindest aus meinem Wahlkreis feststellen, dass ich gute Beispiele kenne, die mit Erfolg praktiziert wurden, um kleineren Gemeinden Unterstützung zu geben. Es ist sicherlich richtig, größeren Kommunen kann man durchaus zumuten, wenn es in deren Interesse liegt, mitzuwirken oder

den Prozess selbst zu steuern. Und es gibt einige Kommunen in Thüringen, die durchaus in der Lage sind. Mir sind gute Beispiele aus dem Bereich Greiz und Schmölln bekannt, wo die Bauverwaltungen dies leisten konnten und können. Es gibt aber auch andere, wo das nicht so erfolgreich gelaufen ist. Deshalb kann ich einer solchen gemeinsamen Maßnahme, die vor Ort entschieden wird und im Einvernehmen am Ende mit einer Vereinbarung eine Regelung trifft, nur zustimmen. Ich spreche für meine Fraktion dagegen, dass dieser Antrag weiter im Ausschuss behandelt wird. Der Bericht ist gegeben und damit sind wir informiert. Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Lieberknecht:

Jetzt hat Frau Abgeordnete Wildauer, PDS-Fraktion, das Wort.

Abgeordnete Dr. Wildauer, PDS:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, mit dem vorliegenden Antrag hat die SPD-Fraktion die Landesregierung zur Berichterstattung über den Sachverhalt aufgefordert, wonach Planungs- und Projektierungsaufgaben an Bundes- und Landesstraßen in Thüringer Ortslagen auf die Kommunen verlagert werden sollen. Wie hier der Sachstand ist, wurde durch die Berichterstattung des Ministers deutlich und ich kann sagen, dass wir diesen Bericht zur Kenntnis nehmen. Ich meine aber, dass mit dem Inhalt der Berichterstattung sich im Gegensatz zu der Aussage meines Kollegen Schugens doch der zuständige Ausschuss beschäftigen sollte, weil wir es für wenig sinnvoll erachten und auch nicht für sachgerecht, dass sich der Landtag unmittelbar nach diesem Bericht inhaltlich mit den vorliegenden Sachverhalten en détail auseinander setzt. Ich könnte zwar einige Gesichtspunkte nennen, unter denen die Diskussion weiterzuführen wäre, halte es aber im Moment wirklich nicht für zielführend.

Nur noch eine Bemerkung: Ich glaube sehr wohl, und damit stimme ich auch mit dem Minister überein, dass einige Gemeinden bereit wären, die Planungs- und Projektierungsaufgaben für Bundes- und Landesstraßen in ihren Ortslagen zu übernehmen. Sie könnten dann eine einheitliche Planung auch hinsichtlich der Straßennebenanlagen vornehmen. Zum anderen verstärkt sich die Hoffnung, dass einige Ortsdurchfahrten eventuell zeitiger saniert werden.

(Zwischenruf Abg. Böck, CDU: Und sich einige ... freuen.)

Dieses ist für Gemeinden durchaus verlockend - Herr Kollege Böck, ja. Und es klingt auch aus dem Munde des Ministers gut und dennoch möchte ich davor warnen, die Gemeinden müssen nämlich in diesen Fällen eine ganze Reihe

(Zwischenruf Abg. Vopel, CDU: Immer dasselbe.)

Eigenmittel aufbringen und Kapazitäten, die sie eigentlich nicht zur Verfügung haben.

(Beifall bei der PDS)

Ich denke, dass zunächst grundsätzliche Fragen geklärt werden müssen, damit die Kommunen überhaupt wieder handlungsfähig werden. Und da meine ich auch, dass die so genannte Gemeindefinanzreform, die ihren Namen überhaupt nicht verdient und auf die wir jeden Tag neu warten, dazugehört. Sollten die Gemeinden wieder handlungsfähig werden und sie somit ihre bisherigen Aufgaben ordnungsgemäß erfüllen können, dann kann man über weitere Aufgabenübertragungen diskutieren. Bis dahin sollte die Landesregierung die Gemeinden vor weiteren Aufgabenübertragungen schützen. Danke.

(Beifall bei der PDS)

Präsidentin Lieberknecht:

Es hat das Wort der Abgeordnete Lippmann, SPD-Fraktion.

Abgeordneter Lippmann, SPD:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, zwei Vorbemerkungen: Herr Schugens, Ihre Bedenken, dass wir diesen Bericht an den Ausschuss überweisen könnten, sind gegenstandslos. Die Absicht hatten wir auch gar nicht. Das war die erste Bemerkung und die zweite: Ich bedanke mich bei dem Wirtschaftsminister für die überaus korrekte Berichterstattung. Eine dritte Bemerkung, wenn das erlaubt ist: Wir wollen überhaupt kein Schreckensszenario hier praktizieren oder auf die Bühne bringen, sondern wir reflektieren mit unserer Bitte um einen Bericht dazu ganz einfach die Sorgen von Bürgermeistern und Kommunen, die eigentlich die Betroffenen sind. Wir haben also den Bericht der Landesregierung angefordert, weil im Rahmen einer Kreisbereisung des Ministerpräsidenten kürzlich durch Kommunen der Vorwurf geäußert worden ist, man könne von ihnen weder personell noch finanziell, also materiell verlangen, Planungsleistungen in Ortsdurchfahrten von Bundes- und Landesstraßen durchzuführen. Diese Bedenken sind schon verständlich und gehen auf eine entsprechende Bemerkung eines Vertreters des Wirtschaftsministeriums anlässlich des gleichen Anlasses zurück.

Eine Rückfrage bei den Straßenbauverwaltungen erbrachte dann auch eine Bestätigung dessen, was hier bisher von der Landesregierung vorgetragen wird. Demnach konzentrieren die Straßenbauämter ihre ganze personelle Kraft auf die Maßnahmen, die im vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplans eingeordnet sind, und ich weiß, dass sowohl Personalkapazität als auch Mittel endlich sind.

Dass wir so viel Arbeit in den Straßenbauämtern haben, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist außerordentlich erfreulich, denn der Bundesverkehrswegeplan, ich sage das am Rande, bedient uns außerordentlich großzügig und im Gegensatz zu dem, was gestern in der Debatte um Ganztagschulen von den Herren Emde und Goebel geäußert worden ist, die im Grunde genommen die 114 Mio. verhöhnt haben, möchte ich mich ausdrücklich für die Mittel bedanken, die der Freistaat Thüringen für den Straßenbau bekommen hat. Und ich möchte mich nicht nur beim Bund bedanken, sondern auch bei denen, die diese Mittel erwirtschaftet haben, nämlich die öffentliche Hand.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Punkt, den uns die Straßenbauämter selbstverständlich gesagt haben - das ist heute vom Wirtschaftsminister bestätigt worden -, ist der, dass die Kommunen in den Ortslagen Um- und Ausbaumaßnahmen vornehmen und damit auch notwendige Koordinierungsleistungen erbringen müssen. Das könnten sie, so die Aussage der Straßenbauämter, schon in bestimmten Fällen auch mal selbst machen.

Es soll nun, und das ist die letzte Aussage der Straßenbauämter, der Straßenbauverwaltung gewesen, eine Verwaltungsvereinbarung mit den Kommunen getroffen werden, wonach sie entsprechende Planungen - sie sind ja nicht Träger der Straßenbaulast, nicht in jedem Fall - und Koordinierungsleistungen selbst vornehmen und auf Antrag die Aufwendungen ersetzt bekommen. Das ist ein geeigneter Weg, ich stelle das ausdrücklich fest. Es ist dann ein geeigneter Weg, wenn genügend personelle Kapazität in den Kommunen vorhanden ist, in den Tiefbauämtern, gelegentlich ist das so, gelegentlich nicht, und wenn genügend Mittel bei den Straßenbauämtern vorhanden sind, um die Leistungen der Kommunen auch ersetzen zu können. Hier sind nach meinem Dafürhalten leise Zweifel angebracht. Die Mehrzahl der Kommunen verfügt nicht über die personelle Kapazität, Planungs- und Koordinierungsleistungen selbst vorzunehmen und zu leisten, selbst wenn sie das Geld dafür bei den Straßenbauämtern abfordern können. Dann könnten Sie sagen, dann können ja die Kommunen diese Leistungen an Dritte vergeben, also durch Dritte erbringen lassen. Das ist ein Weg, bleibt aber immer noch das, was die Kommune selbst zu leisten hat und auch leisten will. Wenn aber, ich setze das mit Zweifeln mal voraus, das Geld bei den Straßenbauämtern da ist, wenn es da ist, dann könnten die Straßenbauämter natürlich diese Leistungen selbstverständlich auch an Dritte vergeben und das machen sie ja auch zum überwiegenden Teil. Das wäre insoweit vom Verwaltungsaufwand her schon angebracht, weil es ja dann schneller geht, und ich meine, das wäre auch ein Beitrag zur Entbürokratisierung, wenn der Umweg über die Kommunen unterbleiben könnte. Wenn alles reibungslos ohne verwaltungstechnischen Mehraufwand verläuft, dann sind, und ich sage das ausdrücklich, unsere Bedenken gegenstandslos.

Aber irgendwo klappt ja bei der Geschichte immer was nicht, zumindest kann es, ich weiß das aus eigener Erfahrung, zu Verzögerungen kommen. Das Schlimmste, was eigentlich passieren könnte, und auch das ist nicht auszuschließen, dass angesichts der Verwaltungshürden, die möglicherweise zu überspringen sind, bestimmte Maßnahmen, die die Kommunen vorhalten, auch unterbleiben. Das wäre natürlich der allerschlechteste Weg, die allerschlechteste Lösung und das war eigentlich auch der Anlass, darauf aufmerksam zu machen, weil wir auf jeden Fall vermeiden müssen, dass es zu einem Abbruch von Leistungen kommt, die bisher die Straßenbauämter geleistet haben und die möglicherweise dann die Kommunen aufgeben müssen, weil sie es nicht mehr können. Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Lieberknecht:

Damit ist der Redebedarf zu diesem Punkt erschöpft. Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen und kann die Aussprache schließen. Es bleibt mir nur noch festzustellen, dass das Berichtersuchen gemäß § 106 Abs. 2 der Geschäftsordnung erfüllt ist, wenn dem niemand widerspricht. Das ist nicht der Fall. Dann ist das Berichtersuchen erfüllt und ich kann den Tagesordnungspunkt 10 schließen.

Ich komme jetzt zum Aufruf des Tagesordnungspunkts 11, Länderkooperation Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen, ein Antrag der PDS-Fraktion in Drucksache 3/3807. Wie?

(Zuruf Abg. Dr. Wildauer, PDS: Frau Präsidentin, es war aber Überweisung zur Weiterberatung an den Ausschuss durch mich beantragt worden.)

Das war beantragt worden? Entschuldigung, dann muss ich noch mal kurz zu ... Also, der aufmerksame Wissenschaftliche Dienst gibt mir den Hinweis, da zu einer Weiterberatung ja die Zustimmung der Antragsteller aus der Debatte hier eingeholt werden muss und die CDU-Fraktion wie die anderen Fraktionen auch Antragsteller dieser Debatte war, dem aber nicht zustimmt, kann hierüber auch nicht abgestimmt werden. Aber es war trotzdem richtig, dass Sie noch mal an den Antrag erinnern haben.

(Zwischenruf Abg. Doht, SPD: Die SPD war Antragsteller.)

Ja, von dem Antrag auf der Tagesordnung, und wenn der Bericht gegeben wird, muss eine Aussprache beantragt werden. Diese Aussprache haben sowohl CDU als auch SPD als auch PDS beantragt. Von daher ist auch die Möglichkeit, dem nicht zuzustimmen, für alle drei gegeben. An der Sachlage ändert sich nichts, aber wir haben es exakt noch mal aufgerufen. Jetzt schließe ich diesen Tagesordnungspunkt endgültig mit dieser Fest-

stellung und komme zum Aufruf des **Tagesordnungspunkts 11**

**Länderkooperation Sachsen,
Sachsen-Anhalt und Thüringen**

Antrag der Fraktion der PDS

- Drucksache 3/3807 -

Wird Begründung durch den Einreicher gewünscht?
Wird nicht gewünscht. Dann kommen wir unmittelbar zur Aussprache. Als Erster hat das Wort der Abgeordnete Wetzol, CDU-Fraktion.

Abgeordneter Wetzol, CDU:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren Kollegen Abgeordneten, werde Gäste, in der Drucksache 3/3807 vom 02.12. dieses Jahres liegt uns ein Antrag der PDS-Fraktion vor zum Thema "Länderkooperation Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen".

Meine Damen und Herren, die Landesregierung hat in ihrem 17-Punkte-Katalog bereits in den verschiedensten Bereichen eine enge Kooperation eingeleitet. Dies wurde anlässlich des Treffens der Ministerpräsidenten am 25. Oktober dieses Jahres in Merseburg sehr deutlich. Deshalb verstehe ich den letzten Satz der Begründung der PDS nicht, ich kann das auch nicht nachvollziehen, denn hier steht: "... scheint dieser Prozess vor dem Aus zu stehen." Hier hätte nur noch das Ausrufezeichen gefehlt. Ich frage die PDS, ob sie etwa hellseherische Fähigkeiten hat - wenn ja, sollten Sie nicht in die Politik gehen, sondern Ihr Geld leichter verdienen.

(Beifall bei der PDS)

Meine Damen und Herren, eine Vielzahl von Projekten ist mittlerweile vorbereitet und abschlussreif, wird weiter betrachtet und auch weiter verfolgt.

(Unruhe bei der PDS)

Es geht hier speziell um Sicherheitspartnerschaften, speziell auch im Justizbereich, Strafvollzug wie letztendlich auch um langfristige Projekte wie E-Government oder Big-up-Center, um nur einiges zu nennen. Auch die Thematik des Grundbuches liegt hier mit zugrunde. Ich denke, dass auch in anderen Bereichen, wie z.B. in der präventiven Polizeiarbeit, sicherlich weitere länderübergreifende Tätigkeiten angegangen werden durch die drei mitteldeutschen Länder.

Meine Damen und Herren, was wir tun werden als Landesregierung und als Freistaat Thüringen, wir werden ein sinnvolles, kontinuierliches Weiterverfolgen dieser Gedanken und Ideen mit betreiben. Aber was nicht mit uns sein wird, dass wir unseriöse Politik machen, unseriöse Arbeit machen, dass vielleicht à la DDR blinder Aktionismus uns irgendwo an eine Seite drängt, die dem Frei-

staat Thüringen, vielleicht auch allen drei Ländern Mitteldeutschlands letztendlich schadet. Dies wird mit uns nicht zu machen sein. Aus diesem Grunde verstehe ich Ihren Antrag wirklich nicht und wir werden diesen Antrag auch ablehnen, meine Damen und Herren. Ich darf der Landesregierung und auch dem Freistaat Thüringen bei der weiteren phantasievollen Zusammenführung von bestimmten Dingen, die letztendlich vielleicht auch eine Einsparung, Effizienz bedeuten würden, auch wirtschaftliches Wachstum, wirtschaftliche Effizienz bedeuten würden, wünschen, auf diesem Weg weiterzuschreiten, denn was wir brauchen, ist sicherlich auch in den drei mitteldeutschen Ländern ein gewisses Leuchtturmdenken. Und dieses Leuchtturmdenken, denke ich, geht von Halle, Leipzig, Chemnitz, Erfurt durchaus aus und das wird sicherlich auch verfolgt werden. Ich bin mir sicher, dass, wenn man auch mit ein bisschen Phantasie an diese Wirtschaftspolitik und an diese Landespolitik denkt, man dabei Großräume wie Rhein-Main und Rhein-Neckar als Beispiel im Auge haben darf, wenn wir unser Gebiet mit Erfolg entwickeln wollen. Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Lieberknecht:

Es hat Frau Abgeordnete Dohr, SPD-Fraktion, das Wort.

Abgeordnete Dohr, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, auch aus Sicht der SPD-Fraktion erschöpft sich die "Initiative Mitteldeutschland" bislang in vollmundigen Ankündigungen der Landesregierung, in schönen Pressefotos, in denen sich drei Ministerpräsidenten zusammenscharen,

(Beifall bei der PDS, SPD)

aber bislang ist außer Spesen nichts gewesen.

(Unruhe bei der CDU)

Bei dem ersten Treffen zur "Initiative Mitteldeutschland" ist eine Agenda verabschiedet worden, die einen ganzen Katalog von Punkten umfasst: Verwaltungskooperation, Kooperation im Bereich der Justiz, im Bereich der Statistischen Landesämter, Zusammenarbeit im Bereich von Wirtschafts- und Infrastrukturentwicklung. Bei dem nächsten Treffen ist man so Schritt für Schritt von all dem wieder abgerückt bis hin zu Aussagen, z.B. aus der sächsischen Staatskanzlei, dass es ja doch große mentale Unterschiede gäbe, die die Zusammenarbeit behindern. Ich weiß nicht, wo diese großen mentalen Unterschiede sein sollen.

(Zwischenruf Abg. Ramelow, PDS: Die Sprachhürden.)

Mag sein. Jedenfalls liegt bislang nichts Konkretes vor und das hat die SPD-Fraktion auch dazu veranlasst, in Zusammenarbeit mit den SPD-Fraktionen der beiden anderen Bundesländer Sachsen-Anhalt und Sachsen sich mit einer Großen Anfrage an die Landesregierung zu wenden, wo wir genau die Punkte, die hier im PDS-Antrag stehen, auch hinterfragen und wo wir Antwort erwarten.

Meine Damen und Herren der PDS, deshalb - muss ich sagen - bin ich über Ihren Antrag doch etwas erstaunt und die Art und Weise der parlamentarischen Arbeit hier nach dem Motto: "Man nehme die Große Anfrage einer anderen Fraktion, greife sich die Schwerpunkte heraus, formuliere die dann zu einem Antrag um.", also da ist mir das Lied von den Prinzen eingefallen: "Es ist alles nur geklaut, es ist alles gar nicht meine."

(Beifall bei der SPD)

(Unruhe bei der CDU)

Deswegen wollen wir auch heute hier nicht über Ihren Antrag abstimmen. Die SPD-Fraktion möchte, wenn Sie zustimmen, diesen Antrag an die Ausschüsse überweisen. Und wenn die Antwort der Landesregierung auf unsere Große Anfrage vorliegt, dann sollten wir dies gemeinsam beraten. Sie dürfen sicher sein, wenn die Antwort vorliegt, werden wir die sehr intensiv auch hier im Plenum beraten und dann wird die Landesregierung auch Farbe bekennen müssen, wie ernst sie es denn wirklich mit der Zusammenarbeit der Länderkooperation im Rahmen der "Initiative Mitteldeutschland" meint.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Lieberknecht:

Frau Abgeordnete Doht, gestatten Sie eine Frage des Abgeordneten Schwäblein?

Abgeordnete Doht, SPD:

Nein.

Präsidentin Lieberknecht:

Nicht. Dann hat Abgeordneter Dittes, PDS-Fraktion, das Wort.

Abgeordneter Dittes, PDS:

Meine Damen und Herren! Frau Doht, eines müssen Sie natürlich mal erklären, wenn Sie Ende November 2003 eine Große Anfrage stellen mit einer Beantwortungszeit von sechs Monaten, dann liegt die Antwort der Landesregierung Ende Mai 2004 vor, ungefähr zwei Wochen vor der Landtagswahl.

(Unruhe bei der CDU)

(Zwischenruf Trautvetter, Innenminister:
Drei Wochen.)

Oh, drei Monate, Entschuldigung, aber wir hatten auch eben eine Geschäftsordnungsunkennntnis. Aber ich glaube, Sie verkennen auch den Inhalt Ihrer eigenen Großen Anfrage, weil Sie sich bemühen, tatsächlich Licht in das Dunkel der Länderkooperation zu bringen, in den konkreten Regelungen, die tatsächlich jetzt noch auf dem Tisch liegen. Ich werde in meiner Rede darauf eingehen.

(Zwischenruf Abg. Schwäblein, CDU)

Was wir mit diesem Antrag wollen, ist, Grundsätze dieser Länderkooperation festlegen, die Herangehensweise festlegen, weil dies zwischen den drei Ministerpräsidenten selbst nicht verabredet worden ist, und wir wollen natürlich auch das Verhältnis der Landesregierung zu den Landesparlamenten selbst in diesem Antrag thematisieren. Und das ist ein Ausgangspunkt unseres Antrags.

(Beifall bei der PDS)

Am 31. März dieses Jahres haben Herr Althaus, damals noch als Fraktionsvorsitzender der CDU-Fraktion, Herr Gentzel und auch der PDS-Fraktionsvorsitzende, Herr Ramelow, in Lübeck einer Erklärung der deutschen Landesparlamente zugestimmt, deren wesentlicher Bestandteil war, die Landesparlamente in ihrem Verhältnis zu den Landesregierungen zu stärken. Das war auch der Untertitel der einstimmig verabschiedeten Erklärung "Landesparlamente stärken". Zur Ausgestaltung dieser Forderung wurde im Bereich der Bundespolitik, aber auch im Bereich der Europapolitik festgelegt, dass die Landesregierungen verpflichtet werden sollen, rechtzeitig die Landesparlamente über beabsichtigte Schritte zu informieren, eine Stellungnahme einzuholen und diese Stellungnahme in Ihrem Regierungshandeln maßgeblich mit zu berücksichtigen.

Meine Damen und Herren, ich frage Sie: Ist dies denn im vorliegenden Fall geschehen? Ist dies geschehen, als am 29.08.2002 die Initiative ins Leben gerufen worden ist? Ist dies etwa geschehen, als Thüringen bereits die Verabredung zur Lösung einzelner Probleme blockierte und sich im Dezember 2002 Kabinettsbeschlüssen von Sachsen und Sachsen-Anhalt nicht angeschlossen hat? Ist dies etwa geschehen ...

(Zwischenruf Abg. Dr. Pietzsch, CDU: Nein.)

Herr Trautvetter, Sie können lachen, aber das ist die Auffassung des Leiters der Stabsstelle in Sachsen-Anhalt, der das in einem Artikel feststellen musste, der tatsächlich ausführt:

(Zwischenruf Abg. Wetzel, CDU)

"Das Land Thüringen konnte sich diesem Begehren" - gemeint sind die verabredeten Beschlüsse in den Kabinetten - "von Sachsen und Sachsen-Anhalt nicht anschließen und brachte damit die gesamte Arbeit, einschließlich der bereits vereinbarten Prüfung, zum vorläufigen Stillstand." So bewerten die an der Kooperation beteiligten Länder die Aktivitäten der Thüringer Landesregierung, Herr Trautvetter, und da würde ich nicht so leichtfertig darüber hinweggehen, wenn Sie die Mitteldeutschlandinitiative, wie Sie sie nennen, immer noch nach oben halten.

Aber, meine Damen und Herren, eine Beteiligung des Landesparlaments hat es auch dann nicht gegeben, als Herr Althaus noch in Lübeck als Fraktionsvorsitzender die Stärkung der Landesparlamente einforderte, als er in die Exekutivfunktion wechselte, auch dann hat er seinen Anspruch aus Lübeck nicht in die Tat umgesetzt, den Landtag maßgeblich mitzubeteiligen, als am 25. Oktober beim vorerst letzten Treffen in Merseburg die Kooperationspunkte der drei Länder zurückgeschrumpft worden sind, so dass man von einer tatsächlichen Kooperation zwischen den Ländern nicht mehr reden kann.

Nein, meine Damen und Herren, Regierungen, Ministerpräsidenten einer Partei verhandeln hier; die Parlamente haben keinen Einfluss, sie bekommen im günstigsten Fall nur eine Information, wenn sie die entsprechenden Nachfragen stellen. Aber die müssen sie auch stellen, von allein kommt die Landesregierung nicht auf die Idee, etwa das Parlament hier zu beteiligen. Und das, Herr Gentzel, das, Herr Pietzsch, steht auch im Widerspruch zu dem, was die Fraktionen auch mit Ihrer Zustimmung in Lübeck vereinbart haben.

Meine Damen und Herren, aber es geht in diesem Zusammenhang der Beteiligung der Landesparlamente nicht allein nur um die ureigensten Interessen des Landtags oder der Parlamentarier selbst, sondern die Beteiligung der Parlamente gewährleistet eben auch eine Beteiligung der Öffentlichkeit, wenn auch nur auf informationellem Wege, weil diese Auseinandersetzung hier im Parlament wesentlich öffentlicher geführt wird als beispielsweise die Treffen der Ministerpräsidenten der drei Länder. Diese informationelle Beteiligung der Öffentlichkeit ist eben auch unmittelbar eine Voraussetzung dafür, dass Bürgerinnen und Bürger mit den Mitteln der direkten Demokratie ihre Interessen später dann auch im eigentlichen Entscheidungsprozess zur Länderkooperation vertreten und wahrnehmen können.

Meine Damen und Herren, der zweite Ausgangspunkt unseres Antrags ist in der Tat unsere Feststellung, Herr Wetzel, dass die so genannte Initiative Mitteldeutschland noch nicht einmal ein Papiertiger mehr ist, sondern nur noch ein mit heißer Luft gefüllter Ballon.

(Beifall bei der PDS)

(Zwischenruf Abg. Groß, CDU)

Gestartet im August 2002, um "die drei Länder zu einer wettbewerbsstarken, sozial- und ökologisch fortschrittlichen Region in der Mitte Europas zu machen", passt die "Initiative Mitteldeutschland" jetzt auf zwei Seiten Papier. Ich kann Ihnen am Rande sagen, die Absichtserklärung, diese Initiative ins Leben zu rufen, umfasste allein vier Seiten, war demnach doppelt so stark. Das, was an konkreter Regelung übrig bleibt, passt auf zwei Seiten Papier. Ich will Ihnen auch gern sagen, Herr Wetzel, was auf diesen zwei Seiten Papier steht:

(Zwischenruf Abg. Wetzel, CDU: Ich heiße "Wetzel".)

Es sind 21 konkrete Maßnahmen in der Tat dort aufgeführt, aber acht Projekte sind davon zurückgestellt bzw. als gestrichen vermerkt, beim neunten und zehnten Projekt macht der Freistaat Thüringen nicht mit, beim 11. und 12. klinkt sich Sachsen-Anhalt vollständig aus. Übrig bleiben der Verbund, nicht etwa die Zusammenlegung, der Verbund der Landesämter für Statistik, die Verabredung von Handlungsstrategien für das elektronische Grundbuch - Umsetzung geplant bis zum Jahr 2008 -, fünf Maßnahmen im Bereich des Justizvollzugs, und zwar in seiner internen Wirkung, Herr Wetzel, Abstimmung der E-Government-Strategien und last, but not least der konzeptionelle Abschluss der Kooperationsmöglichkeiten im Bereich der gemeinsamen Führungskräfte und Aufstiegsfortbildung. So, meine Damen und Herren, sieht nach einem Jahr Arbeit der Ministerpräsidenten die Länderkooperation, die "Initiative Mitteldeutschland" aus, um die drei Länder - ich zitiere noch mal - "zu einer wettbewerbsstarken, sozial und ökologisch fortschrittlichen Region in der Mitte Europas zu machen". Nehmen Sie es mir nicht übel, meine Damen und Herren der Landesregierung und der CDU-Fraktion, die anderen Wirtschafts- und Lebensräume Europas zittern schon angesichts dieser fortschrittlichen Entwicklung

(Beifall bei der PDS)

in der Region hier. Ich glaube, die Wirtschaftsstandorte um Paris und London werden zukünftig tatsächlich mit den Augen angstvoll auch nach Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt schauen.

Präsidentin Lieberknecht:

Herr Abgeordneter Dittes, gestatten Sie eine Frage?

Abgeordneter Dittes, PDS:

Herr Wetzel, bitte.

Abgeordneter Wetzel, CDU:

Ich bedanke mich für die großzügige Fragemöglichkeit. Was sind für Sie eigentlich Große Anfragen im parlamentarischen Ablauf, sind das parlamentarische oder nicht parlamentarische Arbeiten?

Abgeordneter Dittes, PDS:

Herr Wetzel, ich gebe zu, ich hatte vorhin bei meinem Einstieg tatsächlich eine kleine Geschäftsordnungsschwäche, aber Sie dürfen wissen,

(Unruhe bei der PDS)

da Sie ja auch so lange dem Thüringer Landtag angehören wie ich, dass ich zu denjenigen Abgeordneten gehöre, die das Fragerecht, das den Parlamentariern zusteht, sehr wohl als parlamentarische Arbeit betrachten

(Beifall bei der PDS)

und das sehr ausgiebig auch nutzen. Aber genau die Antwort der Landesregierung gehört auch zur Verpflichtung dieser in ihrer Arbeit und dies lässt halt auch zu wünschen übrig.

(Beifall bei der PDS)

Und wir halten es in diesem konkreten Fall auch für besser, Grundsätze und Handlungsstrategien, die Ausgangspunkt sind für eine Länderkooperation, zu formulieren und unsere Beteiligung als Parlament einzufordern in dem Prozess und nicht darauf zu beschränken nachzufragen, was Ministerpräsidenten bereits für sich verabredet haben.

Präsidentin Lieberknecht:

Herr Abgeordneter Dittes, gestatten Sie eine weitere Frage des Abgeordneten Schwäblein?

Abgeordneter Dittes, PDS:

Ja.

Abgeordneter Schwäblein, CDU:

Vielen Dank. Ich frage Sie das, was ich auch Ihre Vorrednerin schon fragen wollte.

Abgeordneter Dittes, PDS:

Aber ich kann nicht für Frau Doht antworten.

Abgeordneter Schwäblein, CDU:

Aber Sie dürfen es gern für sich versuchen. Halten Sie diesen Tagesordnungspunkt und dieses Thema wie ich für den endgültigen Auftakt des Landtagswahlkampfes 2004?

(Zwischenruf Abg. Becker, SPD: Ach, Herr Schwäblein!)

Abgeordneter Dittes, PDS:

Herr Schwäblein, wir können jetzt gern über die Genese der "Initiative Mitteldeutschland" reden, die ja erst möglich wurde, als in Sachsen-Anhalt der entsprechende dritte passfähige - weil CDU-Mitglied - Ministerpräsident gewählt worden ist und diese "Initiative Mitteldeutschland" in einer Zeit von Ihren Ministerpräsidenten ins Leben gerufen worden ist, wo es eigentlich darum ging, konkrete Probleme, die im Zusammenhang mit dem Hochwasserschutz bestanden haben, in diesen Ländern zu lösen. Aber diese "Initiative Mitteldeutschland" ist ein Papiertiger; hier wird "heiße Luft" tatsächlich in die Öffentlichkeit geblasen, um etwas vorzugaukeln, was tatsächlich nicht stattfindet. Uns geht es darum, über diese Legislaturperiode hinaus, über die Wahl hinaus tatsächlich diese Länderkooperation wirklich fundiert anzugehen und dafür auch Prämissen festzulegen. Darauf will ich im Folgenden auch eingehen, Herr Schwäblein, denn unser Antrag bezieht sich nicht allein darauf, nur nachzufragen, wie es denn nun aussieht mit den Landesämtern für Statistik, sondern nachzufragen: Was sind denn eigentlich die Ausgangspunkte aus Sicht der PDS-Fraktion und, ich hoffe, auch aus Sicht des Landtags für eine solche Länderkooperation zwischen Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen?

(Beifall bei der PDS)

Ausgangspunkt ist, und das sollte man durchaus auch noch mal feststellen in dieser Debatte bei allen Überlegungen, dass diese drei Bundesländer weit mehr verbindet als nur die ähnlichen strukturellen Probleme, die vielleicht eine ähnliche Interessenlage jetzt begründen könnten in der Gegenwart. Ohne Kooperationen in grenzüberschreitenden Regionen mit anderen Bundesländern qualitativ entwerfen zu wollen oder abwerten zu müssen, glauben wir, dass es aus der Geschichte dieser drei Bundesländer heraus eine besondere Berechtigung gibt, im Rahmen der Diskussion zur Neugestaltung der bundesstaatlichen Ordnung, aber auch zur Diskussion um die Neugestaltung des Föderalismus innerhalb der Europäischen Union die Zukunft dieser drei Länder gemeinsam im Ganzen zu diskutieren und zu gestalten. Grundsatz dabei ist für uns, Artikel 72 des Grundgesetzes zu beachten, nämlich der dort verankerte Auftrag, die Wahrung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Bundesgebiet als Ziel zu beachten und dafür Sorge zu tragen. Dieser Grundsatz, meine Damen und Herren, ist für uns auch Handlungsmaßstab und auch Prüfmaßstab für alle Maßnahmen der Länderkooperation zwischen den drei genannten Ländern.

Darüber hinaus benennen wir im ersten Teil des Antrags Handlungsgrundsätze und Zielvorstellungen für die Länderkooperation, auf die ich nicht alle eingehen möchte, aber ich möchte zumindest drei kurz benennen: Es versteht sich doch von selbst, meine Damen und Herren, wenn man die Länder tatsächlich zu einer Wirtschaftsregion, zu einem Wirtschafts- und Lebensraum entwickeln will - wie Sie schreiben "zu einer wettbewerbsstarken, sozial und öko-

logisch fortschrittlichen Region" in der Mitte Europas -, dass gerade die raumordnerischen und die raumstrukturellen Grundlagen nach den gleichen Grundsätzen geschaffen und auch gestaltet werden. Im kommenden Jahr sollen in Sachsen, aber auch in Thüringen die Landesentwicklungspläne beschlossen werden und Rechtskraft erlangen. Mit diesen Plänen werden doch gerade die Voraussetzungen für die raumordnerische Entwicklung der nächsten 10 bis 15 Jahre in den Ländern gelegt werden. Deshalb, meine Damen und Herren, müssen die Vorhaben der Entwicklung der Achsenstrukturen, die Entwicklung der Räume mit besonderen Entwicklungsaufgaben, aber auch die Maßnahmen zur Entwicklung der Stadt- und Umland-Räume einerseits und andererseits die des ländlichen Raums aufeinander abgestimmt werden. Das heißt auch, dass Siedlungsentwicklung, Entwicklung des großflächigen Einzelhandels und die Wirtschafts- und Flächenvorsorge insbesondere sich einander ergänzen und aufeinander aufgebaut sein müssen. Das erfordert auch eine konkrete Beschreibung der Maßnahmen in der grenzüberschreitenden Kooperation in den jeweiligen Landesentwicklungsplänen. Und weil dies notwendig ist, Herr Gentzel, können wir uns nicht darauf beschränken, eine Anfrage zu stellen, sondern diese gleichrangige Entwicklung und aufeinander abgestimmte Entwicklung muss auch eingeleitet und durchgesetzt werden.

Gleichfalls steht in allen drei Bundesländern eine Diskussion an, das ist die Diskussion zur Verwaltungsreform. Harmonisierung der Verwaltungsstrukturen kann doch nicht nur heißen zu überlegen, welche landesweit tätigen Verwaltungsstrukturen ich in etwa zusammenlege, um Effizienzsteigerungen zu erreichen. Verwaltungsreform heißt doch auch darüber nachzudenken, auf welcher Ebene ich in den drei Bundesländern Aufgaben zukünftig wahrnehme und diese Aufgaben mit welchen Strukturen tatsächlich auch bewältigen möchte. Wenn ich grenzüberschreitend Lebens- und Wirtschaftsräume entwickeln möchte, kann dies doch nicht durch unterschiedliche Verwaltungsstrukturen erschwert werden, dann nutzen wir also die zu führenden Diskussionen um eine Verwaltungs- und eine Funktionalreform in den drei Ländern. Und ich sage es ausdrücklich, das muss auch für die Diskussion um künftige Gemeindegebietsreformen gelten. Da Verwaltungsreform auch immer etwas mit Beschäftigten im öffentlichen Dienst zu tun hat, sage ich es ausdrücklich: Das Ganze in der Drei-Länder-Kooperation funktioniert natürlich nur mit weitestgehender Mitbestimmung, Mitwirkung der Beschäftigten und Angestellten im öffentlichen Dienst. Das heißt, wenn weitestgehende Mitbestimmung der Beschäftigten im öffentlichen Dienst gewährleistet werden muss, dann muss die Änderung des Thüringer Personalvertretungsgesetzes in Thüringen, die die CDU-Mehrheit durchgesetzt hat, zurückgenommen werden,

(Beifall bei der PDS)

weil diese Änderung diese weitestgehende Mitbestimmung ausgeschlossen hat. Ich kann Ihnen versichern, Sie haben

doch die Erfahrungen auch im Katasterwesen gemacht, dort, wo es zu Beginn gerade an Mitbestimmung mangelte, wo die Information im öffentlichen Dienst nicht gegeben war bei den Beschäftigten, dort hakt doch auch die Reform der Verwaltungsstrukturen, dort fehlt es ihr an Akzeptanz und das macht sich schließlich auch fest an der Qualität der Arbeit. Ich denke, diesen Schritt sollten wir hier mit als Erstes gehen, weil damit natürlich auch gewährleistet werden kann, dass von vornherein die Beschäftigten auch in einer solchen Länderkooperation gemeinsam an einem Strang ziehen.

(Beifall bei der PDS)

Meine Damen und Herren, zur Beteiligung der Landtage und der damit verbundenen Wirkung, der Beteiligung auch der Öffentlichkeit und damit verbunden auch der Möglichkeit der Mitentscheidung durch Bürgerinnen und Bürger habe ich, glaube ich, schon ausführlich gesprochen. Ich möchte aber zumindest noch einen Gedanken dazu in den Raum stellen und, Herr Schwäblein, vielleicht beantwortet er auch ein Stück weit Ihre Frage nach der Langzeitwirkung von Anträgen hier im Thüringer Landtag. Es wäre aus unserer Sicht wünschenswert und zu begrüßen, dass aller unterschiedlichen Regelungen der Geschäftsordnung in den drei Landtagen zum Trotz eine parlamentarische Arbeitsgruppe von Vertretern aller Landtage und aller Fraktionen im kommenden Jahr nach der Neubildung der Landtage in Thüringen und Sachsen gebildet wird, die dann versucht, die Grundsätze der Länderkooperation in konkretere Reformvorhaben umzusetzen, diese Diskussion um die konkrete Umsetzung gemeinsam führt, denn dann könnte, meine Damen und Herren, und damit will ich abschließen, der von der CDU gefüllte Heißluftballon endlich eine Fahrtrichtung bekommen und eine Gondel, die das notwendige Gewicht für eine derartige Länderkooperation beinhaltet. Vielen Dank.

(Beifall bei der PDS)

Präsidentin Lieberknecht:

Herr Abgeordneter Dittes, einen Moment bitte. Nein, Sie möchten reden, Herr Wetzel? Gut, Abgeordneter Wetzel hat das Wort. Dann hat sich Minister Trautvetter im Übrigen auch noch gemeldet.

Abgeordneter Wetzel, CDU:

Herr Kollege Dittes, ich hoffe, dass der Heißluftballon kein Heißluftballon ist. Nach Ihrer Darstellung soll es einer sein, aber wenn er schon einer wäre, dann hoffentlich nicht mit Ihrer Windrichtung. Denn das, was Sie uns jetzt vorge tragen haben, ist wirklich blinder DDR-Aktionismus.

(Unruhe bei der PDS)

Hier fahren in Thüringen mittlerweile so 300 Gewerkschaftler jeden Tag quer durch das Land und treffen sich.

Sie wollen, dass dann künftig 900 sich treffen, aber nicht mehr in Erfurt, sondern irgendwo: in Dresden, in Magdeburg, in Erfurt, in Leipzig, das ist schon mal eine gewisse Steigerung von Effizienz von Treffen und von Ausgaben im öffentlichen Dienst. Die sind schon mal Spitze, wenn Sie das meinen. So läuft es mit uns nicht und so wird es auch nicht sein. Herr Dittes, diese Frage mit Landesentwicklung zu verknüpfen à la LEP - es ist anscheinend auch bei Ihnen der Wahlkampf ausgebrochen. Ich habe vorhin gesagt, es geht mit uns nicht mit blindem Aktionismus, sondern wir werden ganz klar und konstruktiv an diese Dinge herangehen und werden uns ganz klar entscheiden, Kosten sparend - nicht mehr Kosten machen - bestimmte Dinge in diesen drei Ländern zusammenzuführen. Dabei wird es bleiben und hoffentlich kriegen Sie dazu nie die Möglichkeit, es vorantreiben zu müssen oder zu dürfen. Danke.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Lieberknecht:

Es gibt weitere Wortmeldungen. Der Abgeordnete Schemmel hat sich gemeldet, SPD-Fraktion.

Abgeordneter Schemmel, SPD:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich gelte bestimmt nicht als wüster DDR-Aktionist, möchte aber das, was der Kollege Dittes gesagt hat, an dieser Stelle weitestgehend unterstreichen;

(Zwischenruf Trautvetter, Innenminister: Na aber!)

nicht in allen Belangen, sondern es war im Gegensatz zu dem, was aus dieser Ecke kam, ein relativ vernünftiger Vorschlag zu diesen ganzen Fragen. Natürlich ist es auch absolut richtig, Landesentwicklung, was gerade noch einmal bestritten wurde, zu verknüpfen mit einer Länderkooperation. Das kann doch gar nicht anders gehen.

(Beifall bei der SPD)

Natürlich muss man bei einer Länderkooperation auch über gemeinsame Verwaltungsfragen nachdenken und selbstverständlich muss man, wenn man über Verwaltungsreformen nachdenkt, auch über Kreisgebietsreformen, Gemeindegebietsreformen nachdenken, denn zum Beispiel der Wunsch nach einer zweistufigen Verwaltung kann natürlich nicht mit den jetzigen Kreisen und Gemeindegliedern erfüllt werden in dieser Größenordnung. Natürlich, ich bin Herrn Dittes dankbar, dass er das alles erwähnt hat.

Ich denke, der Beitrag, der von der CDU gekommen ist, hat eigentlich nur bewiesen, dass das mit dem Heißluftballon ein ganzes Stück Realität ist.

(Beifall bei der PDS, SPD)

Präsidentin Lieberknecht:

Herr Minister, Sie gedulden sich,

(Zuruf Trautvetter, Innenminister: Ja, ich gedulde mich.)

Sie können ja jederzeit - wenn so spontane Abgeordnetenmeldungen sind -, Herr Abgeordneter Braasch.

Abgeordneter Braasch, CDU:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, die Diskussion am heutigen Tag hat mich zur Wortmeldung bewegt. Zu DDR-Zeiten lebten drei meiner Brüder in der Bundesrepublik Deutschland und drei lebten in der DDR. Ich weiß, dass die Westler damals gesagt haben: Meine Familie stammt aus Mitteldeutschland. Ich selbst habe in Sachsen-Anhalt eine Zeit gelebt, habe eine Zeit lang im heutigen Sachsen gearbeitet und lebe nun Gott sein Dank in Thüringen.

(Beifall bei der CDU)

(Zwischenruf Abg. Pohl, SPD: Lebensläufe.)

Die Geduld müssen Sie schon haben, lieber Herr Kollege Pohl, dass ich davon auch einmal etwas berichte. Ich kann also dem Gedanken mitteldeutscher Kooperation sehr viel Sympathie entgegenbringen.

(Zwischenruf Abg. Pohl, SPD: Wir auch.)

Sehr schön. Nun aber frage ich Sie: Wenn das heute alles ein Heißluftballon ist und wenn das Papiertiger sind usw., warum hebt man das auf diese parlamentarische Ebene, eine Große Anfrage zu stellen?

(Zwischenruf Abg. Gentzel, SPD: Warum nicht?)

Große Anfragen haben für mich auf politischen Gebieten Bedeutung, wie die Entwicklung des ländlichen Raums, Schulbildung ...

(Heiterkeit und Beifall bei der PDS, SPD)

Ja, und auf diese gleiche Stufe stellen Sie jetzt mit Ihrer Großen Anfrage die Kooperation Mitteldeutschlands. Das war der eine Gedanke. Der andere Gedanke, Herr Dittes,

(Zwischenruf Abg. Pohl, SPD: Das wird zu gefährlich.)

Sie verlangen, dass bei allen Gesprächen die betroffenen Kollegen aus den öffentlichen Ämtern mit einbezogen werden.

(Unruhe bei der SPD)

Da kann ich mir vorstellen, wie das wird. Die werden sagen: Nun fusioniert mal schön, damit unsere Arbeitsplätze wegfallen. Da werden Sie doch die Ersten sein, die den Aufschrei machen und sagen, nein, das darf nicht sein, die Arbeitsplätze müssen erhalten bleiben.

(Zwischenruf Abg. Schemmel, SPD: Sie haben wohl die Absicht, sie nicht zu beteiligen.)

Präsidentin Lieberknecht:

Herr Abgeordneter Braasch, gestatten Sie eine Frage des Herrn Abgeordneten Dittes? Bitte, Herr Dittes.

Abgeordneter Dittes, PDS:

Geben Sie mir Recht, Herr Braasch - es ist schwierig, Ihnen eine konkrete Frage zu stellen nach Ihren bisherigen Ausführungen -, dass ich eingefordert habe ...

(Zwischenruf Abg. Dr. Botz, SPD: Na dann lassen Sie es doch.)

Ich habe nicht gesagt, dass es unmöglich ist.

(Heiterkeit und Beifall im Hause)

Geben Sie mir Recht, dass ich eingefordert habe, das Thüringer Personalvertretungsgesetz lediglich auf den Stand zurückzuändern, den es acht Jahre in Thüringen hatte, und wollen Sie damit unterstellen, dass dieses Personalvertretungsrecht Entwicklungen in Thüringen innerhalb dieser acht Jahre tatsächlich blockiert hat?

Abgeordneter Braasch, CDU:

Zu der Rückführung des Personalvertretungsrechts gebe ich Ihnen kein Recht. Aber ich gebe Ihnen Recht, dass Sie das so ausgedrückt haben.

(Unruhe und Heiterkeit bei der SPD)

Was ich damit sagen wollte, ist Folgendes: Lasst uns doch das mal ein bisschen langsam angehen und fordert nicht Hauruck eine Fusion dieser Länder, sondern gebt euch erst mal zufrieden mit dem, was wir haben, und dem, was in der nahen Zukunft geschehen wird, nämlich eine engere Kooperation zwischen diesen drei Ländern. Danke schön.

(Zwischenruf Abg. Ellenberger, SPD: Bravo!)

Präsidentin Lieberknecht:

Es hat jetzt das Wort der Herr Minister. Herr Minister Trautvetter, bitte.

Trautvetter, Innenminister:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, schon interessant, wie emotional dieses Thema hier im Thüringer Landtag bearbeitet wird. Nur, Herr Dittes, wir können auch mal eine Debatte über Personalvertretungsrecht führen. Ich kann nicht erkennen, dass unser Personalvertretungsrecht zu einer Verschlechterung geführt hat. Ich arbeite mit einem 11-Mann-Personalrat genauso gut zusammen wie mit einem 25-Mann-Personalrat, nur, dass jetzt 14 Leute ihrer Arbeit nachgehen können.

(Zwischenruf Abg. Thierbach, PDS: Haben Sie auch Frauen?)

Auch Frauen. Und, Herr Dittes, in einem können Sie sicher sein, dass die Landesregierung und auch der Thüringer Landtag Ihren Intentionen, die ich so hintergründig herausgehört habe mit einer Zielrichtung der Fusion der drei Länder, nicht folgen wird. Das ist nicht unser Ziel.

(Beifall bei der CDU)

Ich frage mich auch: Welches Selbstverständnis haben Sie eigentlich von Entscheidungen der Legislative und der Exekutive? Es ist das gute Recht, wenn Landesregierungen miteinander beraten, dass sie dann auch gemeinsame Beschlüsse fassen. Wenn sie Dritte zur gleichen Beschlussfassung mit hinzunehmen wollen, dann hätten sie wahrscheinlich vorher in die Erarbeitung der Beschlüsse den dritten Partner mit einbezogen.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Herr Minister, gestatten Sie eine Anfrage durch den Abgeordneten Schemmel? Bitte, Herr Abgeordneter Schemmel.

Abgeordneter Schemmel, SPD:

Herr Minister, auf dieser Liste derjenigen Objekte und Maßnahmen, die untersucht werden sollen, standen aus meiner Sicht auch die Arbeitsgerichte. Ich weiß nicht, wie weit das fortgeschritten ist. Geben Sie mir zumindest Recht - weil Sie sagen, es ist eine reine Sache der Exekutive -, dass dann in Thüringen, wenn es zu einer Verlagerung, Verlegung oder Zusammenfassung kommt, das Gerichtsstandortgesetz geändert werden müsste und es mithin doch ohne Weiteres wieder eine Sache der Legislative würde, von der Sie behaupten, dass sie nur von der Exekutive durchgeführt werden könnte?

Trautvetter, Innenminister:

Entschuldigung, Herr Schemmel, das habe ich nicht behauptet. Sie haben sehr richtig gesagt, es ist eine Prüfung, eine Untersuchung erfolgt.

(Unruhe bei der SPD)

Sollte das Ergebnis einer Untersuchung dann zu notwendigen Initiativen führen, werden auch die gesetzlichen Rahmenbedingungen eingehalten. Es ist nichts beschlossen. Ganz korrekt, wie Sie es gesagt haben, es soll in dieser Sache untersucht werden, ob eine Kooperation oder Aufgabenteilung möglich ist. Das soll untersucht werden. Also, warten Sie dann mal die Untersuchung ab.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren von der PDS, Sie sprechen hier von Papiertigern. Ich habe ja manchmal große Hochachtung vor Ihrem Fleiß. Bei Behördenbesuchen sind Sie absolut Spitze.

(Heiterkeit bei der CDU)

Aber Sie hätten bei Ihrem Antrag, um sich fachlich kundig zu machen, schon einmal ein paar Behördenbesuche machen müssen, z.B. im Statistischen Landesamt.

(Beifall bei der PDS)

Dann hätten Sie gemerkt, wie weit eigentlich die Verwaltungszusammenarbeit der drei Statistischen Landesämter ist und dass überhaupt nichts von Papiertigern in diesem Sinne vorgesehen ist, sondern dass die drei Statistischen Landesämter ganz konkret zusammenarbeiten und dass die Brand- und Katastrophenschutzschulen ihre Investitionen aufeinander abstimmen und bei Speziallehrgängen die Investitionen so aufteilen, dass nur noch Speziallehrgänge an einem Standort sind. Dies bedeutet nicht, dass man Standorte auflöst, sondern das bedeutet, dass man so kooperiert, wie es auch vernünftig ist und wo der größte Synergieeffekt auftritt. Aus der Begründung ergibt sich, dass Sie meinen, einer angeblich drohenden Einstellung entgegensteuern zu müssen.

Meine Damen und Herren, die Ministerpräsidenten haben sich am 25. Oktober in Merseburg getroffen und eine erste Bilanz gezogen. Nichts anderes ist in dem Treffen am 25. Oktober enthalten. Ich tausche mich, wie alle meine Kollegen, regelmäßig mit meinen Amtskollegen der beiden Länder über alle Fragen aus und deswegen stehen die drei Länder zu dieser Thematik in ständigem Kontakt. Von einer Einstellung der "Initiative Mitteldeutschland", wie in der Begründung zu Ihrem Antrag vermutet, kann überhaupt nicht die Rede sein. Vielmehr sind wir fest entschlossen, den eingeschlagenen Weg der Zusammenarbeit mit den beiden Partnerländern weiter zu beschreiten, und der vorliegende Antrag geht daher von einer völlig falschen Sach- und Motivationslage aus. Ich empfehle deswegen auch, den Antrag abzulehnen.

(Beifall bei der CDU)

Es sei mir aber doch noch eine Bemerkung zur Großen Anfrage der SPD gestattet, durch die mit 72 Fragen die konkreten Ziele, Projekte und Planungen der Landesre-

gierung hinterfragt werden. Wir werden im Rahmen der Beantwortung der Großen Anfrage zum Stand der Umsetzung der verschiedenen Projekte Stellung nehmen. In dem Zusammenhang werden auch die in dem Antrag der PDS-Fraktion enthaltenen Punkte angesprochen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD, die Große Anfrage ist zeitgleich, wortgleich in allen Ländern eingebracht worden

(Zwischenruf Abg. Dr. Pidde, SPD: Das ist richtig.)

und Sie können felsenfest davon überzeugt sein, dass die Antwort auf die Große Anfrage im Sinne einer engen Kooperation der Länder miteinander auch abgestimmt wird und nahezu wortgleich

(Zwischenruf Abg. Pohl, SPD: Genauso ist es.)

wahrscheinlich auch in allen Ländern geantwortet wird.

(Unruhe bei der SPD)

Wir werden sogar versuchen, innerhalb der Frist von drei Monaten die Sprachbarrieren, die es angeblich geben soll, zu überwinden. Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

(Unruhe bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Mir liegen keine weiteren Redewünsche mehr vor. Es ist Ausschussüberweisung beantragt worden, allerdings nicht gesagt worden, an welchen Ausschuss.

(Zwischenruf Minister Kaiser: An den Gleichstellungsausschuss.)

(Zwischenruf Abg. Grob, CDU: Informationsausschuss.)

(Zwischenruf Abg. Doht, SPD: Alle.)

(Unruhe im Hause)

Frau Doht, an alle Ausschüsse. Gut, dann werden wir darüber abstimmen. Dann beginnen wir. Es ist beantragt worden, an den Ausschuss für Naturschutz und Umwelt zu überweisen. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. Danke schön. Die Gegenstimmen. Es gibt eine Mehrheit von Gegenstimmen. Gibt es Stimmenthaltungen? Es gibt einige Stimmenthaltungen. Mit einer Mehrheit von Gegenstimmen ist die Ausschussüberweisung abgelehnt.

Es ist beantragt worden, an den Ausschuss für Soziales, Familie und Gesundheit zu überweisen. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. Danke schön. Die Gegenstimmen bitte. Das ist eine Mehrheit. Die Stimmenthaltungen. Es gibt eine Reihe von Stimmenthaltungen. Mit einer Mehrheit von Gegenstimmen ist die Ausschussüberweisung abgelehnt.

Es ist beantragt worden, an den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten zu überweisen. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. Danke schön. Die Gegenstimmen bitte. Das ist eine Mehrheit von Gegenstimmen. Die Stimmenthaltungen. Es gibt eine Reihe von Stimmenthaltungen. Auch diese Ausschussüberweisung ist abgelehnt.

Es ist beantragt worden, an den Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kunst zu überweisen. Wer dem zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Danke schön. Die Gegenstimmen bitte. Das ist eine Mehrheit von Gegenstimmen. Die Stimmenthaltungen. Es gibt eine Reihe von Stimmenthaltungen. Die Ausschussüberweisung ist abgelehnt.

Es ist beantragt worden, an den Haushalts- und Finanzausschuss zu überweisen. Wer dem zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Danke schön. Die Gegenstimmen bitte. Das ist eine Mehrheit von Gegenstimmen. Die Stimmenthaltungen. Es gibt eine Reihe von Stimmenthaltungen. Die Ausschussüberweisung ist abgelehnt.

Es ist beantragt worden, an den Innenausschuss zu überweisen. Wer dem zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Danke schön. Die Gegenstimmen bitte. Das ist eine Mehrheit von Gegenstimmen. Gibt es hier Stimmenthaltungen? Es gibt auch einige Stimmenthaltungen. Auch diese Ausschussüberweisung ist abgelehnt worden.

Es ist beantragt worden, an den Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Strukturpolitik zu überweisen. Wer dem zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Danke schön. Die Gegenstimmen bitte. Das ist eine Mehrheit von Gegenstimmen. Gibt es hier Stimmenthaltungen? Das ist nicht der Fall. Auch diese Überweisung ist abgelehnt worden.

Es ist beantragt worden, an den Justizausschuss zu überweisen. Wer dem zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Danke schön. Die Gegenstimmen. Das ist eine Mehrheit von Gegenstimmen. Die Stimmenthaltungen bitte. Es gibt einige Stimmenthaltungen. Auch diese Ausschussüberweisung ist abgelehnt.

Es ist beantragt worden, an den Ausschuss für Bildung und Medien zu überweisen.

(Zwischenruf Abg. Seidel, SPD: Es ist nur für Medien.)

Wer dem zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Danke schön. Die Gegenstimmen bitte. Das ist eine Mehrheit von Gegenstimmen. Die Stimmenthaltungen. Es gibt einige Stimmenthaltungen. Auch diese Ausschussüberweisung ist abgelehnt worden.

Es ist beantragt worden, an den Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten zu überweisen.

(Heiterkeit im Hause)

Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. Danke schön. Die Gegenstimmen bitte. Das ist eine Mehrheit von Gegenstimmen. Gibt es hier Stimmenthaltungen?

(Zwischenruf Abg. Schwäblein, CDU: Das mit den Untersuchungsausschüssen noch.)

Es gibt auch einige Stimmenthaltungen. Auch diese Ausschussüberweisung ist abgelehnt.

Es ist beantragt worden, an den Gleichstellungsausschuss zu überweisen.

(Heiterkeit im Hause)

Wer dem zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Danke schön. Die Gegenstimmen. Das ist eine Mehrheit von Gegenstimmen. Die Stimmenthaltungen. Oh, da müssen wir zählen.

(Heiterkeit im Hause)

Jetzt noch einmal: Überweisung an den Gleichstellungsausschuss. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. Ich bitte die Schriftführer zu zählen. Danke. Die Gegenstimmen bitte. Auch das zählen wir. Danke schön. Die Stimmenthaltungen? Danke schön. Es ist trotzdem eine Mehrheit von Gegenstimmen. Auch diese Ausschussüberweisung an den Gleichstellungsausschuss ist abgelehnt.

Die Überweisung an die Untersuchungsausschüsse ist nicht möglich und auch nicht beantragt worden. Wir sind damit am Ende dieses Abstimmungsprocederes. Da alle Ausschussüberweisungen abgelehnt worden sind, werden wir jetzt gleich über den Antrag der Fraktion der PDS in der Drucksache 3/3807 abstimmen. Wer diesem zustimmt - es gibt einen Geschäftsordnungsantrag dazu. Herr Abgeordneter Stauch.

Abgeordneter Stauch, CDU:

Wir bitten um namentliche Abstimmung.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Über den Antrag in Drucksache 3/3807 der Fraktion der PDS wird namentlich abgestimmt. Ich bitte die Stimmkarten einzusammeln.

Ich nehme an, dass jeder die Gelegenheit hatte, seine Stimmkarte abzugeben. Ich bitte um das Auszählen.

Mir liegt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung vor. Zum Antrag der Fraktion der PDS "Länderkooperation Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen" in Drucksache 3/3807 wurden 75 Stimmen abgegeben; mit Ja haben 15 gestimmt; mit Nein 45; es haben sich 15 enthalten. Damit ist dieser Antrag abgelehnt (namentliche Abstimmung siehe Anlage 1).

Ich schließe den Tagesordnungspunkt 11 und komme zum Aufruf des **Tagesordnungspunkts 12**

Verbesserung der Ausbildungssituation innerhalb der dualen Berufsausbildung

Antrag der Fraktion der SPD
- Drucksache 3/3816 -

Die einreichende Fraktion hat keine Begründung gewünscht, so dass wir sofort in die Aussprache einsteigen werden. Ich bitte Frau Abgeordnete Wackernagel, CDU-Fraktion, nach vorn.

Abgeordnete Wackernagel, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir beraten heute über einen Antrag, der fleißig all die Symptome, die wir bereits in diesem und im letzten Jahr in den durchgeführten Beratungen festgestellt haben, auflistet. Die entsprechenden Rezepte werden gleich mitgeliefert. Und das möchte ich gleich vornweg sagen: Ich glaube nicht, dass immer das Richtige getroffen wurde. Ja, meine Damen und Herren, dass es zu wenig Ausbildungsplätze gibt, dass Jugendliche abwandern, sind Symptome. Die Ursachen dafür kennen wir auch. Die Ursache ist nicht, dass Betriebe nur eine ordentliche Strafe zahlen müssen, mag sie Abgabe, Umlage oder Fonds heißen. Die Betriebe werden nicht, um sich vor dieser Abgabe zu retten, schon ausbilden. Sie werden sich eher "freikaufen". Es ist auch nicht so, dass es überall Betriebe gibt, die gern ausbilden möchten, denen aber lediglich ein Zuschuss fehlt. Leider ist es so, dass wir in den letzten Jahren einen Rückgang an betrieblichen Ausbildungsplätzen hatten. Aber wir dürfen doch nicht die Augen davor verschließen, dass die Ursache für den übrigens bundesweiten Rückgang an Ausbildungsplätzen die schlechte Konjunktur in Deutschland ist. Drei Jahre nahezu Nullwachstum in der Wirtschaft in Deutschland haben eben auch auf dem Ausbildungsmarkt deutliche Spuren hinterlassen. Deshalb ist das Wichtigste und die dringendste Aufgabe, die Rahmenbedingungen für mehr Wachstum und mehr Wettbewerbsfähigkeit in Deutschland zu verbessern. Diese Aufgabe hat die Bundesregierung leider immer noch nicht erfüllt. Diese Forderung fehlt auch in dem Antrag, stattdessen die Forderung an die Landesregierung, einen Ausbildungsfonds zu schaffen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Betriebe bilden in erster Linie nicht deshalb nicht aus, weil sie nicht wollen - auch das gibt es -, sondern weil es ihnen wirtschaftlich schlechter geht, weil die Auftragslage im Handwerk generell schwach ist, weil es vor allem das Baugewerbe mit Auftragsmangel zu tun hat und nicht zuletzt aus Angst vor einer möglichen Insolvenz.

Meine Damen und Herren, am 28. November 2002, also ziemlich genau vor einem Jahr, hatten wir im Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Strukturpolitik eine Anhörung zum Thema "Erhöhung der Anzahl betrieblicher Ausbildungsplätze". Bei dieser Anhörung haben wir auch das gehört, was ich eben gesagt habe. Wir haben danach einen gemeinsamen Beschluss gefasst, in dem wir auch die Bundesregierung aufgefordert haben, ihrer Verantwortung nachzukommen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, was ist in der Zwischenzeit geschehen? Ich habe schon gesagt, wir haben leider einen Rückgang an betrieblichen Ausbildungsplätzen. Wir können bei den Industrie- und Handelskammern sogar eine leichte Zunahme an Ausbildungsplätzen verzeichnen. Es sind in Thüringen gewaltige Anstrengungen unternommen worden, um die Ausbildungsplatzlücke zu schließen. Deshalb hat Thüringen auch im Vergleich mit den anderen neuen Ländern wieder den höchsten Anteil an betrieblichen Ausbildungsplätzen. Was nicht geschehen ist, ist, dass durch eine wachstums- und beschäftigungsorientierte Politik die Rahmenbedingungen auf Bundesebene verbessert wurden, damit wieder mehr Ausbildungsplätze und betriebliche Ausbildungsplätze geschaffen werden können. Was soll also diese ständige Drohung mit Ausbildungsfonds, Ausbildungsumlagen, Ausbildungsabgaben? Es geht darum, von der eigentlichen Ursache abzulenken, den schwarzen Peter den Betrieben zuzuschieben. Das haben die Betriebe nicht verdient, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Wie Sie wissen, kenne ich die Situation im Handwerk recht gut, weil zum einen der Betrieb meines Mannes seit 25 Jahren Lehrlinge ausbildet und weil ich natürlich Kontakt zu vielen Handwerkern habe und deshalb auch die Lage genauestens kenne. Nur möchte ich daran erinnern, dass gerade das Handwerk in den vergangenen Jahren oftmals über den eigenen Bedarf ausgebildet hat.

(Beifall bei der CDU)

Dass etliche Betriebe, die früher immer einen Lehrling ausgebildet haben, jetzt nicht ausbilden, hat konjunkturelle Gründe, zeugt eher von Verantwortung gegenüber den Ausbildungsplatzsuchenden. Diese Betriebe sind doch nicht für die Lehrausbildung verloren, meine Damen und Herren. Sie werden sicher wieder ausbilden, wenn die Auftragslage besser aussieht und wenn sie sicherer in die Zukunft schauen können. Was diese Betriebe jedoch als

Allerletztes gebrauchen können, ist ein Ausbildungsfonds, in den sie einzahlen müssen.

Meine Damen und Herren, zu Beginn meiner Rede habe ich auf die fleißige Zusammenstellung der aufgetretenen Symptome hingewiesen. So fleißig waren Sie nun doch nicht, meine Damen und Herren von der SPD. Denn wir haben im Juni bereits einen Antrag von Ihnen vorliegen gehabt mit eben diesem Titel und zum Teil wortwörtlich dem gleichen Inhalt. Es gibt allerdings einen bedeutenden Unterschied. Die Forderung nach dem Ausbildungsfonds ist nach vorn gerückt und es handelt sich nicht mehr um lediglich eine Prüfbitte. Ich hatte im Juli gedacht, Sie haben diesen Antrag zurückgenommen, weil sie gemerkt haben, dass dies der falsche Weg ist und weil sich die Bundesregierung in diesem Punkt nicht einig ist. Jetzt weiß ich zumindest, dass nicht Einsicht der Grund für Ihr Zurückziehen des Antrags war.

Meine Damen und Herren, ich habe nichts dagegen, dass die Landesregierung gegenüber den Tarifparteien den Ausbau zusätzlicher Ausbildungsplätze innerhalb der dualen Ausbildung anregt. Aber es ist nunmehr Sache der Tarifparteien, wie sie dies ausgestaltet. Es ist und bleibt halt nur eine Anregung.

Meine Damen und Herren, wie Sie wissen, arbeiten Tarifparteien und Landesregierung gerade in puncto Berufsausbildung eng zusammen. Ein Aufgabenschwerpunkt der eingesetzten Arbeitsgruppe ist das Erstellen von Modulen und die Einrichtung modularisierter Ausbildungsgänge. Es gibt inzwischen 27 Maßnahmen bzw. Initiativen zur Berufsvorbereitung. Eine extra Aufforderung in Form dieses Antrags ist also gar nicht nötig.

Meine Damen und Herren, die Ausgestaltung der Job-Center war auf Ihren Antrag hin schon einmal Thema hier im Landtag. Lassen Sie uns doch warten, bis das entsprechende Bundesgesetz auf den Weg gebracht ist, bevor wir uns der Ausgestaltung widmen.

Ich habe hier deutlich gemacht, dass ich einen Ausbildungsfonds nicht für das richtige Rezept gegen den Rückgang an betrieblichen Ausbildungsplätzen halte, und empfehle vor allem deshalb, diesen Antrag abzulehnen. Danke.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die SPD-Fraktion hat sich der Abgeordnete Buse zu Wort gemeldet.

(Zwischenruf Abg. Buse, PDS: Nur für die PDS-Fraktion ...)

Entschuldigung, natürlich für die PDS-Fraktion.

Abgeordneter Buse, PDS:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, Frau Wackernagel, so ist das eben. Ausbildungsjahre wiederholen sich nun einmal jährlich. Wenn auch die Gesamtsituation so ist, wie Sie sie angedeutet haben, wird dieses hohe Haus auf Antrag Ihrer Fraktion oder der anderen Fraktionen sich mit dieser Thematik zu beschäftigen haben.

(Beifall bei der PDS)

Ich glaube, das ist unsere Verantwortung gegenüber jungen Menschen, die Jahr für Jahr auf den Ausbildungsstellenmarkt drängen und die nicht versorgt werden. Man mag über die konkreten Zahlen zur Beschreibung der Ausbildungssituation und deren Interpretation auch streiten. Das haben wir ja nun auch im Ausschuss in der zurückliegenden Zeit mit Anträgen gemacht. Eines scheint jedoch auch in Thüringen unstrittig zu sein, die Ausbildungssituation bezüglich der dualen Berufsausbildung in Thüringen muss - wie im vorliegenden Antrag hier auch betitelt - verbessert werden. Ich glaube, dieser Feststellung stimmen sicherlich auch Sie zu. Diese Feststellung kann auch nicht mit dem Argument entkräftet werden, was Sie wieder einmal gebraucht haben, dass Thüringen in der Bereitstellung betrieblicher und überbetrieblicher Ausbildungsplätze führend ist unter den Ostländern. Ich werde an anderer Stelle noch einmal darauf eingehen. Aber den Bewerberinnen und Bewerbern, die sich vergebens um einen Ausbildungsplatz bemühen, ist es egal, ob Thüringen bei der Ausbildungsplatzbereitstellung Erster oder Letzter ist. Die wollen ganz einfach einen Ausbildungsplatz.

(Beifall bei der PDS)

Wenn es Einigkeit darüber gibt, dass die Ausbildungssituation verbessert werden muss, dann gilt doch wohl auch, der gegenwärtige und bisherige Trend der stetigen Verschlechterung der Situation muss umgekehrt werden in Thüringen. Es ist ja nicht so, dass nur diese Situation in diesem Ausbildungsjahr einfach nur festzustellen ist, sondern die Situation ist Folgeergebnis der ganzen letzten Jahre. Bei aller Anerkennung des Standes der betrieblichen Ausbildungsplätze im Vergleich zu den anderen ostdeutschen Bundesländern - Frau Wackernagel, da stimme ich Ihnen ja zu, die Zahlen sind ja untrüglich - bleibt aber festzustellen, der Rückgang der Anzahl betrieblicher Ausbildungsplätze hält oder hat auch im Jahr 2003, wie Sie selber gesagt haben, weiter angehalten. Aber sagen Sie doch auch, dass sich dieser Anteil betrieblicher Ausbildungsplätze seit 1997 um mehr als ein Drittel verringert hat.

(Zwischenruf Abg. Wackernagel, CDU: Warum?)

Der Rückgang der betrieblichen Ausbildungsstellen ist nach wie vor größer als der Rückgang der Anzahl der

jährlich auf den Ausbildungsmarkt drängenden Schulabgänger. Damit steigt auch in den kommenden Jahren die Anzahl der so genannten Altnachfrager. 41 Prozent der Bewerberinnen und Bewerber dieses Jahres waren diese so genannten Altnachfrager. Allein diese Entwicklung führt den Verweis auf eine automatische Verbesserung der Situation ab dem Jahr 2007, wenn sich die Anzahl der Schulabgänger gegenüber heute nahezu halbiert, für meine Begriffe ad absurdum.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Herr Abgeordneter Buse, Frau Abgeordnete Vopel möchte Ihnen eine Frage stellen. Gestatten Sie das?

Abgeordneter Buse, PDS:

Aber bitte.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Bitte, Frau Vopel.

Abgeordnete Vopel, CDU:

Herr Abgeordneter Buse, geben Sie mir Recht, wenn Sie sagen, dass die Zahl der Ausbildungsplätze in den Betrieben abnimmt, dass man die Gründe dafür beseitigen muss, dass diese Abnahme stattfindet?

Abgeordneter Buse, PDS:

Ja, da gebe ich Ihnen Recht. Aber die Gründe dafür, wenn Sie einen zweiten Satz auf Ihre Antwort gestatten, allein in Berlin oder bei der Bundesregierung zu suchen, ist zu wenig als Begründung.

(Beifall bei der PDS)

Einen weiteren Gedanken zur Situation würde ich gerne nennen, dass die von der Wirtschaft seit Jahren kritisierte Ausbildungsfähigkeit von Schulabgängern zunehmend in Thüringen einen Teil junger Menschen von der betrieblichen Ausbildung ausgrenzt. Wir haben doch zur Kenntnis zu nehmen, dass nur 56 Prozent der Bewerberinnen und Bewerber mit Hauptschulabschluss der Eintritt in eine Berufsausbildung überhaupt gelingt. Alle anderen bleiben draußen vor der Tür. Auch wenn es in dem nächsten Monat gesichtetes Zahlenmaterial erst geben sollte, also wahrscheinlich Ende Januar, so kann man doch jetzt schon davon ausgehen, dass wiederum mehr als 10.000 Jugendliche in vollzeitschulischen berufsvorbereitenden Maßnahmen der berufsbildenden Schulen, ich sage mal, "untergebracht" werden.

Und schließlich, 20 Prozent derjenigen Thüringer Jugendlichen, die in eine Berufsausbildung eintreten konnten, realisieren das bekanntlich außerhalb Thüringens, knapp zwei Drittel davon in den westlichen Bundesländern. In

der Regel sind es doch Bewerberinnen und Bewerber mit guten und sehr guten Schulabschlüssen. Das ist nicht ein alleiniges Indiz, aber ein Indiz auch für die tragische Situation hinsichtlich der Abwanderung junger Menschen aus Thüringen.

Meine Damen und Herren, Bekundungen, Appelle und politische Erklärungen auf die Gesamtsituation gab es seitens der Regierenden im Bund und im Land in den vergangenen Monaten mehr als genug. Erinnert sei nur an die Ausführungen des Bundeskanzlers im Deutschen Bundestag am 14. März dieses Jahres und ich darf zitieren: "Jeder, der einen Ausbildungsplatz sucht und ausbildungsfähig ist, muss einen Ausbildungsplatz bekommen. Davon können wir nicht abweichen." Soweit das Zitat. Der Thüringer Ministerpräsident erklärte zur Eröffnung der Ausbildungsoffensive am 13. Juni dieses Jahres, ich darf ebenfalls zitieren: "Zwar ist der Anteil betrieblicher Ausbildungsplätze im Freistaat im Vergleich mit den neuen Ländern am höchsten," - so weit stimmt er ja mit Frau Wackernagel überein, aber er sagt noch einen Nebensatz, warum sagen Sie das denn nicht selber -, "aber bei weitem noch nicht ausreichend, um jeden interessierten Jugendlichen einen betrieblichen Ausbildungsplatz zu bieten." Also nicht nur eine Spanne von 2, 3, 5 oder 10 Prozent, sondern es sind ja über 30 Prozent Fehl an betrieblichen Ausbildungsplätzen. Beiden ist also voll und ganz aus meiner Sicht zuzustimmen. In Appellen und Aufforderungen scheint die Politik richtigerweise von der Bereitstellung betrieblicher Ausbildungsplätze auszugehen. Wenn ich aber dagegen manche Reaktion auf entsprechende Kritik bzw. Diskussionen zu dieser Thematik betrachte, dann scheint für manche die Versorgung zahlreicher Jugendlicher mit Beschäftigungsmaßnahmen genauso bedeutend zu sein wie mit einem betrieblichen Ausbildungsplatz. Anders sind Verweise darauf, dass auch in diesem Jahr lediglich 1 bis 2 Prozent der Ausbildungsplatz suchenden Jugendlichen letztlich so genannt unversorgt bleiben werden, ja nicht zu bewerten. Aber die 10.000 Thüringer Jugendlichen, vielleicht sind es ein paar mehr oder weniger, im Ausbildungsjahr, die nicht in betrieblicher bzw. vergleichbarer Ausbildung sind, sprechen eine eindeutige Sprache. Für uns ein Fakt, mit dem wir uns nicht abfinden wollen,

(Beifall bei der SPD)

besteht doch gerade darin eine große Gefahr dafür, dass eine nicht geringe Anzahl junger Menschen in Thüringen den Anschluss an die Arbeitswelt und damit auch an das gesellschaftliche Leben verpasst.

Verehrte Damen und Herren, seitens der Bundestagsfraktion der SPD scheint sich nun nach 1998 erneut die Erkenntnis verfestigt zu haben, dass mit Appellen an die Wirtschaft allein die Wirtschaft ihre Verantwortung für die Ausbildung junger Menschen nicht umfassend wahrnimmt. Wenn ich das Bundesverfassungsurteil

richtig im Kopf habe, dann geht es auch davon aus, dass die Verantwortung der Wirtschaft unabhängig von den jeweiligen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu betrachten ist. Damit wollen wir das Engagement zahlreicher Unternehmen und Verbände für die Berufsausbildung nicht klein reden, ganz im Gegenteil, gerade unter Beachtung der gegenwärtigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen findet dieses Engagement, insbesondere zahlreicher mittelständischer Kleinbetriebe, unseren Respekt und unsere Anerkennung. Das Plakat am Gebäude der IHK, das gerichtet ist an die Mitgliedsbetriebe der IHK, "Danke für 6.350 Ausbildungsstellen" bringt dies ja auch zum Ausdruck, unabhängig wie skeptisch ich persönlich zu einer Zahl stehe. Aber die Gesamtsituation bleibt in der Bundesrepublik wie auch in Thüringen unbefriedigend.

(Beifall bei der PDS)

Nun hat die Bundestagsfraktion der SPD in den Sitzungen am 10. und 11. November dieses Jahres so genannte Eckpunkte für eine Ausbildungsfinanzierung beschlossen und bereitet eine diesbezügliche Gesetzesinitiative vor. Wenn auch spät, so scheint nun doch erneut Bewegung in diese Frage gekommen zu sein, und dies umso mehr, da in Kenntnis der kritischen Diskussion zu dieser Thematik innerhalb der SPD selbst das geplante Vorgehen der Fraktion von einem Parteitagsbeschluss gedeckt wurde. Wir blicken dieser Gesetzesinitiative, das darf ich namens unserer Fraktion sagen, erwartungsvoll entgegen und werden uns in geeigneter Weise als PDS in die gesellschaftliche Diskussion dazu einschalten und einmischen. Wir übersehen aber auch nicht, dass es gegen dieses Vorhaben nach wie vor Widerstand gibt, und das nicht nur außerhalb der SPD.

Nun weiß ich nicht, liebe Kolleginnen und Kollegen der Fraktion der SPD, ob Sie mit Ihrem Antrag hier im Thüringer Landtag, insbesondere mit den Punkten 1 bis 3, wenn ich das einmal so sagen darf, ein gewisses Maß an Zutrauen in eine diesbezügliche erfolgreiche Gesetzesinitiative verloren haben oder ob wir, wir als Thüringer Landtag, hier und heute mit einer Beschlussfassung gewissermaßen durch Thüringer Vorleistungen eine Zustimmung zur Ausbildungsumlage zum Ausdruck bringen sollen. In diesem Fall können wir als PDS-Fraktion diesem Antrag natürlich voll zustimmen, obwohl ich nach den Äußerungen des Ministerpräsidenten auf verschiedenen Veranstaltungen der letzten Wochen und auch dem, was Frau Wackernagel hier namens Ihrer Fraktion zum Ausdruck gebracht hat, an der Zustimmung der Mehrheitsfraktion dieses Hauses Zweifel habe.

Wenn der Antrag mehr als nur ein politisches Signal an den Deutschen Bundestag sein soll, dann bedarf es weiterer inhaltlicher Diskussionen, liebe Frau Pelke. Sie wissen selbst, dass Ihr vorgeschlagener Ausbildungsfonds von den bisher erarbeiteten Positionen zur Umlagefinanzierung für meinen Begriff sogar erheblich abweicht. Des-

halb wäre insbesondere zu dieser Frage Ihres Antrags die Diskussion im Ausschuss sicherlich fortzuführen.

Gestatten Sie mir noch eine Bemerkung zu den nachfolgenden Punkten des Antrags, insbesondere zum Punkt 4. Die Einführung derartiger Qualifizierungsbausteine, wie sie im Punkt 4 des Beschlussantrags verankert sind, kann sowohl die berufliche Entscheidung betroffener Jugendlicher manifestieren als auch betriebliche Phasen, also z.B. Praktika, aus ihrer Beliebigkeit herausführen. Zum anderen können sie erworbene Qualifikationen in einem Berufsbild dokumentieren und die Grundstufe der Ausbildung kann entlastet werden. Das liegt sicherlich nicht nur im Interesse betroffener Jugendlicher, sondern berücksichtigt meines Erachtens nach auch die Interessen ausbildungswilliger Betriebe für diesen Teil von jungen Menschen oder für diese jungen Menschen. Aber dazu müsste die Landesregierung meines Erachtens diesen Prozess aktiv unterstützen und die Gestaltung regionaler oder auch landesweiter Kooperationsvereinbarungen zwischen den zuständigen Stellen der Bundesanstalt für Arbeit und der Berufsbildungseinrichtung aktiv begleiten und die Rolle der berufsbildenden Schulen in diesem Gesamtprozess besser definieren. In diesem Sinne könnte ich mir die weitere Diskussion im Ausschuss vorstellen und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der PDS)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die SPD-Fraktion hat sich Frau Abgeordnete Pelke zu Wort gemeldet.

Abgeordnete Pelke, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, werte Kollegin Wackernagel, vielleicht zu Beginn drei Sätze noch einmal zu Ihrem Beitrag. Zunächst, ja, der Antrag hat schon einmal in fast ähnlicher Form vorgelegen, aber wir haben ihn nicht zurückgezogen, sondern Sie haben wieder kraft Ihrer Mehrheit den Antrag abgelehnt und wollten nicht einmal in den Ausschüssen mit uns darüber diskutieren. Zweitens, es bedarf nicht immer Ihrer Hinweise, dass wir darauf aufmerksam gemacht werden, dass das Handwerk und der Mittelstand seiner Ausbildungsverantwortung gerecht geworden ist. Das wissen wir alle miteinander und auch von dieser Stelle habe ich gerade dem Handwerk und dem Mittelstand sehr oft für diese Aktivitäten gedankt.

(Beifall bei der SPD)

Das hat aber überhaupt nichts damit zu tun, dass sowohl die IHK als auch die Arbeitsämter feststellen, dass das Jahr 2003 seit Beginn der 90er das schlechteste Jahr hinsichtlich

(Zwischenruf Abg. Wackernagel, CDU:
Warum denn?)

der Bereitstellung von betrieblichen Ausbildungsplätzen ist. Das hat nicht allein, das habe ich auch schon immer deutlich gemacht, damit etwas zu tun, dass man mit dem Finger nach Berlin zeigt oder dass es was mit Konjunkturdaten zu tun hat. Es hat einfach damit zu tun, dass man auch das Handwerk bzw. die Betriebe daran erinnern muss, dass das Bereitstellen von Ausbildungsplätzen im dualen System Verantwortung der Wirtschaft ist, und auch darüber wird im Übrigen bei der IHK sehr deutlich diskutiert, weil offenkundig auch die Frage der Fortführung von Betrieben und von qualifiziertem Nachwuchspersonal ein wichtiger Punkt ist, und da müssen natürlich auch Betriebe ihrer Verantwortung gerecht werden.

Der dritte Punkt, ja, der Ausbildungsfonds steht jetzt unter Punkt 1 in unserem Antrag. Das hat aber etwas damit zu tun, dass letztendlich in Berlin - und auch wir schauen mit Interesse nach Berlin, was diese Diskussion angeht - über Ausbildungsabgabe nicht nur diskutiert wird, sondern die Eckpunkte liegen auf dem Tisch, und dass genau in diesen Eckpunkten festgeschrieben ist, dass freiwillige Leistungen Vorrang haben. Genau deshalb haben wir jetzt wieder diesen Antrag eingebracht, um diesen freiwilligen Vereinbarungen Vorschub zu leisten. Herr Buse, ich bin Ihnen sehr dankbar, dass Sie sich intensiv und konstruktiv mit unserem Antrag beschäftigt haben. Ich sagte es eben schon, auch wir blicken voller Interesse nach Berlin, wie jetzt die Diskussion weitergeht. Wir wollen vorab über die Möglichkeiten freiwilliger Vereinbarungen diskutieren und selbstverständlich, auch das hat Frau Wackernagel gesagt, haben wir gar nicht behauptet, dass dieser Antrag sozusagen die 112 Prozent dessen erreicht, was man machen kann. Sondern wir wollen diesen Antrag eigentlich mit Ihnen gemeinsam diskutieren und überlegen, ob möglicherweise vielleicht an der einen oder anderen Stelle noch eine gute Idee, auch von Seiten der Mehrheitsfraktion, mit eingebunden werden kann. Bitte?

(Zwischenruf Abg. Buse, PDS: Nicht so hoch stapeln!)

Na ja, vielleicht ist es ja möglich; wenn man mal länger darüber nachdenkt, kann ja noch eine Idee kommen, weil es nämlich wirklich schrecklich ist, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass seit einigen Jahren immer wieder in diesem Hause am Ende jedes Berufsbildungsjahres beschwichtigt wird. Es wird immer wieder so getan, als hätten wir das Thema Berufsausbildung weitgehend im Griff. Immer wieder am Ende jedes Ausbildungsjahres bleiben dann angeblich relativ wenige Jugendliche übrig - ich bitte "übrig" in Anführungsstrichen zu verstehen -, die kein Angebot gefunden haben. Wohlgermerkt, liebe Kolleginnen und Kollegen, es wird immer, gerade auch von Ihrer Seite, so getan, als ob dieses Bild stimmt. Dieses Bild, das sage ich Ihnen auch deutlich, hat immer mehr Ähnlichkeit mit einer Märchenstunde. Es wird auch

in Diskussionen oftmals so getan, als seien unsere Thüringer Jugendlichen im Wesentlichen zu wenig motiviert und nicht ausbildungsfähig. Sie alle kennen die Gespräche in den letzten Wochen und es hat immer irgendwo jemand ein Beispiel, wo er mit dem Finger auf jemanden zeigen und sagen kann, so ist es. Das wissen Sie alle sehr genau und ich will es auch mal hier in Anwesenheit von jungen Leuten deutlich sagen, die Fakten sind anders. Das Problem unzureichender betrieblicher Ausbildungsplätze liegt nun mal wirklich nicht in der Verantwortung der Jugendlichen und ihrer Eltern.

(Beifall bei der PDS, SPD)

Unsere Jugendlichen, meine Damen und Herren, unterscheiden sich in ihrer Leistungsbereitschaft und was ihre Kenntnisse angeht, überhaupt nicht von jungen Menschen zum Beispiel aus Baden-Württemberg, Hessen oder anderen Bereichen. Was sich aber unterscheiden lässt, ist, dass sich unsere Jugendlichen mehr anstrengen müssen, weil sie ungleich schwierigere Bedingungen haben, unter denen sie etwas erreichen wollen. Deswegen sage ich auch deutlich, ich finde es - egal in welcher Diskussion so argumentiert wird - unverfroren, wenn unseren jungen Thüringern die fehlende Ausbildungsbereitschaft der Betriebe und auch das Abwarten der Landesregierung auf bessere Zeiten oder auf eine andere demographische Entwicklung als persönliches Versagen angelastet wird. Selbst dort, meine Damen und Herren, wo es zu Schwierigkeiten kommt - und die gibt es in Thüringen natürlich genauso wie in anderen Bundesländern -, dann ist, und auch das sage ich an dieser Stelle immer wieder, in erster Linie Schulpolitik gefragt.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, mir ist nicht bekannt - und vielleicht, Herr Krapp, könnten Sie das auch noch einmal irgendwann erläutern -, dass aus dem Arbeitskreis des Kultusministeriums "Verbesserung der Ausbildungsfähigkeit" in den letzten Jahren irgendetwas Nennenswertes herausgekommen ist, über das die Wirtschaft redet, über das die Lehrer reden, über das die Öffentlichkeit redet. Wenn also Unfähigkeit als eine Ursache der Situation unterstellt wird, dann sollten wir alle gemeinsam den Blick auf das Kultusministerium richten.

(Zwischenruf Dr. Krapp, Kultusminister: Lesen Sie mal die Zeitung.)

Nun zu den einzelnen Fakten. Doch, ich lese Zeitung, ich lese auch viel, was Sie sagen, aber ich würde Sie auch bitten, sich dann etwas

(Zwischenruf Dr. Krapp, Kultusminister: Berufsausbildung ... Lesen Sie mal nach.)

deutlicher der Realität zuzuwenden. Die jugendpolitischen Sprecher haben in den letzten Tagen eine Zuarbeit

des Vereins Jugendberufshilfe Thüringen bekommen. Diese Zuarbeit, meine Damen und Herren, spricht für sich.

(Zwischenruf Abg. Panse, CDU: Einige haben sich sogar mit Ihnen unterhalten.)

Ja, ist ja schön. Wissen Sie, Herr Panse, mittlerweile finde ich das richtig mies, wenn Sie wissen, dass ich an diesem Tag aus Krankheitsgründen und aus anderen Gründen an der Veranstaltung nicht teilgenommen habe, dann trotzdem immer diese dummen Bemerkungen zu machen. Das nervt mich mittlerweile.

(Zwischenruf Abg. Panse, CDU: Sie fehlen aber immer bei diesen Gesprächen.)

Wissen Sie, Sie haben fünf Vertreter im Jugendhilfeausschuss. In der letzten Sitzung waren Sie alleine da und die anderen waren entschuldigt. Darüber redet auch keiner. Ich akzeptiere, wenn jemand andere Termine hat. Lassen Sie das dumme Gerede,

(Zwischenruf Abg. Panse, CDU: Da fehlen Sie auch öfters.)

wenn ich die Unterlagen lese und sie bewerte. Ich rede öfter mit der Jugendberufshilfe als Sie,

(Zwischenruf Abg. Seela, CDU)

also stecken Sie das weg und Ihre kasperhaften Bemerkungen, die nerven an dem Punkt wirklich.

(Unruhe bei der CDU)

Also, diese Zuarbeit spricht für sich und deswegen lassen Sie mich einige wesentliche Daten kurz benennen. Trotz Absprachen der Landesregierung mit den Wirtschaftsverbänden standen erneut 5,6 Prozent weniger betriebliche Ausbildungsplätze als im Vorjahr zur Verfügung. Es sind jetzt nur noch 12.600 betriebliche Ausbildungsstellen gegenüber dem Höchststand 1997, damals waren es knapp 21.000. Fast 33.000 Jugendliche fragen auch in diesem Jahr nach einem Ausbildungsplatz. Noch einmal, damit es offenkundig ist, 12.600 Plätze stehen einer Nachfrage von 33.000 Jugendlichen gegenüber. Selbst wenn man in diversen Sonderprogrammen oder die echte Berufsvorbereitung, also die, bei der junge Menschen nicht in Warteschleifen abgestellt werden, sondern wo noch Zeit und Nachqualifikation benötigt wird, selbst wenn man dies alles abzieht, meine Damen und Herren, besteht noch eine rechnerische Ausbildungslücke von tatsächlich 14.000 fehlenden betrieblichen Ausbildungsstellen. Ich denke, da wäre es auch an der Zeit, hinsichtlich der Landesregierung sich diesen Fakten zu stellen. Aber tatsächlich wird in den letzten Jahren immer wieder diese große Lücke durch ein gigantisches Angebot, das sei hier auch noch einmal gesagt, berufsvorbereitender Maßnahmen irgendwie und mehr recht als schlecht geschlossen. Wir haben an

diesem Punkt schon lange miteinander diskutiert und ich kann mich noch entsinnen, dass auch der zuständige Staatssekretär des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Infrastruktur in der Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit und Strukturpolitik bestätigt hat, dass über berufsvorbereitende Maßnahmen sehr viel intensiver nachzudenken ist und dass es Möglichkeiten gibt, sie auch sehr viel besser durchzuführen. Es kann nicht sein, dass selbst in diesen Bereichen immer gilt, es muss billig sein und deswegen überwiegen die vollzeitschulischen, also praxisfernen Angebote. Auch das wird von der Wirtschaft immer wieder kritisiert. Um das Bild der Thüringer Ausbildungsmisere abzurunden, ca. 2.400 junge Menschen nehmen eine Berufsausbildung in den alten Ländern auf. Es sind eindeutig die besten Bewerber. Mehr als 85 Prozent von ihnen verfügen über einen Realschulabschluss oder einen höheren Abschluss. Diese Daten liegen Ihnen allen in den Fraktionen vor. Ich denke, wir sollten auch an diesem Punkt ideologische Grabenkämpfe verlassen und uns einfach darauf einlassen, miteinander zu diskutieren, was wir im Interesse der jungen Menschen in Thüringen tun können. Genau deswegen haben wir Ihnen diese Vorschläge in unserem Antrag unterbreitet. Ich hatte schon erwähnt, dass vieles auch in dem von Ihnen abgelehnten Antrag aus der Juni-Sitzung mit eingebunden war. Aber es liegen jetzt neue Fakten vor, darauf hat Herr Buse schon hingewiesen. Ich bin auch dankbar, wenn das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Infrastruktur, trotz dem, dass der Antrag seinerzeit abgelehnt worden ist, aber gerade den Aspekt der modularisierten Ausbildungsgänge mit aufgenommen hat. Auch das war ein Aspekt, der von Herrn Chrestensen und anderen immer wieder eingefordert wird. Nun weiß ich ja, meine Damen und Herren, dass der Begriff "Ausbildungsfonds" oder wie auch immer das letztendlich benannt wird, bei der CDU schier reflexhafte Abwehrbewegungen hervorruft,

(Zwischenruf Abg. Vopel, CDU: Nicht nur bei der CDU.)

aber Sie sollten allerdings mal darüber nachdenken, dass alle auch wenig sinnvollen Mittel, die im Bereich der Berufsvorbereitung und auch zum Teil in außerbetrieblichen Ausbildungsangeboten eingesetzt werden - und auch darüber haben wir schon oft miteinander geredet -, dass die auch Geld kosten und dass möglicherweise genau dieses Geld in zusätzlichen betrieblichen Ausbildungsplätzen sinnvoller angelegt wäre.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen müsste es Ihnen doch wenigstens eine Überlegung wert sein, meine Damen und Herren, darüber nachzudenken, wie wir eine solche Anreizfinanzierung umsetzen können, wenn ja nur wenige Betriebe oder diejenigen Betriebe, die nicht oder zu wenig ausbilden, ihren Obolus dazu tun und natürlich auch die öffentliche Hand als solche. Innerhalb eines derartigen Fonds, meine Damen und Herren, könnte man durchaus Regularien schaf-

fen, um die unterschiedliche wirtschaftliche Lage der Betriebe zu berücksichtigen. Wenn die Betriebe sich tatsächlich ihrer Ausbildungsverantwortung stellen - und das betonen Sie seitens des Wirtschaftsministeriums und auch durch andere schon angesprochene Vereinbarungen mit Wirtschaftsverbänden immer wieder -, wenn sich also Betriebe der Ausbildungsverantwortung stellen wollen, dann müsste es auch möglich sein, entweder die Ausbildungsplätze nicht nur zu versprechen, sondern sie auch anzubieten oder eben dort, wo dies aus unterschiedlichsten Gründen nicht beabsichtigt und nicht vorgesehen ist, wenigstens einen notwendigen finanziellen Beitrag zu leisten, damit diejenigen, die mehr tun als ihre Verantwortung, auch letztendlich dann mit unterstützt werden können.

(Beifall bei der SPD)

Und ich sage auch noch mal deutlich - und das war auch die Überlegung der Bundesregierung -, es kann nicht sein, dass es immer nur unverbindliche Absprachen gibt, die letztendlich nicht mehr wert sind als das Papier, auf dem es steht. Es ist natürlich auch ein schlechter Dienst an jungen Menschen, wenn sie zu Tausenden in Warteschleifen geschickt werden und dass man letztendlich hofft, so kommt der Eindruck, dass sie irgendwann nicht mehr nach Ausbildung nachfragen. Wenn nämlich bereits Jugendliche schon lange arbeitslos sind, langzeitarbeitslos in jungen Jahren, ich sage das noch mal so deutlich, dann verlieren sie oftmals auch den Mut nachzufragen und resignieren. Und genau das wollen wir nicht, weil wir dieses als bewusste Vernachlässigung einer ganzen Generation empfinden, und das ist weder sozialpolitisch noch wirtschaftspolitisch zu akzeptieren.

Deshalb möchte ich Sie herzlich bitten, über Ihren Schatten zu springen und uns einfach vor einer gesetzlichen Regelung, wie ich es eben gesagt habe, alles unternehmen zu lassen an Diskussionen und an Gesprächen, um auf freiwilliger Basis grundlegende Verbesserungen zu schaffen. Genau das - ich sagte es schon - hat die Bundesregierung auch festgeschrieben in diesen Eckwerten. Jede freiwillige Regelung hat Vorrang gegenüber einer gesetzlichen Regelung.

Nun noch kurz einiges zu den Aspekten der Bereiche Tarifverträge, die ich mit angesprochen habe. Es geht ausdrücklich nicht darum, in den Gesprächen mit den Tarifvertragsparteien Einfluss zu nehmen, auch das wissen wir, sondern wir wollen anregen - nicht, dass Sie mir jetzt wieder erklären, dass Sie mir sagen, Politik soll sich aus Entscheidungen der Tarifpartner heraushalten. Aber es entbindet natürlich niemanden von der Pflicht, Anregungen zu geben, Herr Bergemann, auch das, denke ich, ist

(Zwischenruf Abg. Bergemann, CDU: Es bleibt letztendlich Sache der Tarifpartner.)

letztendlich unsere Aufgabe.

(Beifall bei der SPD)

Es gibt im Bereich - und Sie wissen das sicher, weil Sie ja in dem Spektrum auch drinstecken - der chemischen Industrie und der Metallindustrie entsprechende Vorbilder und deswegen geht es uns darum, hier auch darüber zu diskutieren. Das heißt, wo in einer Tarifgemeinschaft der Länder eigene tarifpolitische Verantwortung getragen wird, dort ist es überfällig, dass auch eine Landesregierung sich als Vorbild und als Impulsgeber zeigt. Und Sie müssen mir auch dann nicht unterstellen, dass der öffentliche Dienst nun das Problem kompensieren soll und fehlende Ausbildungsplätze bzw. die Lücke füllen soll. Ich weiß selber, dass dieses nicht geht, aber jeder hat eine Ausbildungsverpflichtung, aus der er sich nicht davonestehlen sollte, auch nicht die Landesregierung. Wenn z.B. das Land mit seinem Abbau der Ausbildungsangebote an der Finanzschule in Gotha ein schlechtes Beispiel gibt, dann sei es an dieser Stelle hier auch erwähnt.

Es geht uns darum, Vorbild zu sein und Signale zu setzen für junge Menschen und auch zu dokumentieren, meine Damen und Herren, dass wir nicht ständig nur über das Thema "Abwanderung" reden, sondern dass wir da, wo wir selber etwas unternehmen können, auch etwas tun wollen. Und da mutet es uns schon seltsam an, dass der privatwirtschaftliche Sektor tarifvertragliche Regelungen vornimmt und der öffentliche Bereich offenkundig etwas vor sich hin ruht.

Meine Damen und Herren von der Landesregierung, Sie sollten mit uns gemeinsam in diesem Bereich und in Ihrer ureigensten Verantwortung tätig werden und damit auch dokumentieren gegenüber den Jugendlichen und ihren Eltern, dass Sie Interesse an ihrer Situation haben und auch etwas verändern wollen.

Und eine letzte Anmerkung möchte ich wiederholen, weil diese auch noch mal in unserem Antrag mit festgeschrieben ist, wenn sich Berufsberatungsangebote und wenn sich der Berufsberatungsprozess, meine Damen und Herren, während der Schulzeit gemeinsam mit Eltern und Schülern nicht grundlegend verändert, dann müssen wir uns nicht wundern, dass jährlich 5.500 Jugendliche vorzeitig ihre Ausbildungsverträge lösen. Sie wissen selber, das ist Wahnsinn pur und wir könnten hier anders gestalten und es gibt einfach auch die Aspekte, dass Berufswahlorientierung während der Schulzeit im Moment nicht ausreichend ist. Herr Krapp, da werden Sie mir sicher zustimmen.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Anfrage durch den Abgeordneten Schwäblein?

Abgeordnete Pelke, SPD:

Gern.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Bitte, Herr Abgeordneter Schwäblein.

Abgeordneter Schwäblein, CDU:

Kollegin Pelke, nachdem Sie die Landesregierung lang und breit kritisiert haben wegen mangelnder Ausbildungsbereitschaft, vermeintlicher, frage ich Sie, warum Sie die Gewerkschaften aus ihrer Kritik ausgenommen haben, die ja wohl überhaupt nicht ausbilden, und das seit vielen Jahren schon.

Abgeordnete Pelke, SPD:

Ach, Herr Schwäblein, wissen Sie, das haben Sie schon mal in Richtung Gewerkschaften gesagt, das sagen Sie in Richtung von Parteien - ich stehe hier nicht als Vertreter einer Gewerkschaft, ich stehe hier als Thüringer Landtagsabgeordnete, die zuständig ist für den Bereich Kinder und Jugend. Und deswegen rede ich darüber, welche Verantwortung wir haben und was wir ableisten können.

(Beifall bei der SPD)

Und wenn ich vom öffentlichen Dienst, von Einrichtungen und Behörden rede, dann sind selbstverständlich all diejenigen mit einbezogen, Herr Schwäblein, und das kann ich in Ihre Richtung auch noch mal so deutlich sagen, die ihrer Verantwortung nicht ausreichend gerecht werden. Und wenn dem so wäre, dann gehörten auch Gewerkschaften mit dazu.

Aber noch mal zurückzukommen auf den Themenbereich der Berufswahlorientierung: Es gibt daran, dass Berufswahlorientierung in der Schule einfach nicht gut genug läuft, nichts zu deuten und dann braucht man auch nicht immer nur auf die Arbeitsverwaltung zu schauen, wenn gleich auch in dem Bereich der Arbeitsverwaltung das eine oder andere verbessert werden könnte. Und es hat mich damals schon sehr verwundert, dass genau zu diesem Bereich, den wir schon in Anträgen angesprochen haben, dass Sie dieses abgelehnt haben. Nachdem Sie in der Schulgesetzgebung eine entsprechende Beratungsverpflichtung gegenüber den Eltern abgelehnt haben, das haben wir ja eingefordert, hätten wir uns gewünscht, dass Sie vielleicht jetzt aufgrund des vorliegenden Antrags mit uns darüber diskutieren, weil Sie wissen, dass auch Eltern oft überfordert sind und nicht wissen, wie sie ihre Kinder beraten und unterstützen sollen und können, und ich möchte die Eltern an dem Punkt nicht allein lassen.

Ein letzter Punkt, Frau Wackernagel, wenn wir über Job-Center reden, dann ist der Verweis darauf, dass wir darauf warten sollten, bis die Ergebnisse des Vermittlungsausschusses auf dem Tisch liegen, falsch. Das wissen Sie auch, denn die Job-Center gibt es als Modellversuche bereits in diesem Jahr und im nächsten Jahr schon

sollen sie in der Fläche vorhanden sein. Deswegen würde ich mir schon wünschen, dass wir gerade in diesen Bereichen, die neu entwickelt werden, auch dort spezifische Serviceleistungen für Jugendliche und deren Familien mit einbinden wollen.

Deshalb lassen Sie mich zusammenfassen: Wir versuchen noch einmal mit unserem Antrag Vorschläge zur Verbesserung der betrieblichen Ausbildungssituation auf den Tisch zu legen. Wir wollen uns widmen den leistungsschwächeren Jugendlichen und der Beratung von Eltern und den Jugendlichen selbst. Und ich habe immer noch die Hoffnung, weil es uns einmal gelungen ist, und Frau Wackernagel hat dankenswerterweise darauf verwiesen, dass alle Fraktionen hier gemeinsam einen Ausbildungsappell verabschiedet haben, und deshalb würde ich mir wünschen, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass wir diesen Antrag in den zuständigen Ausschüssen, d.h. im Ausschuss für Soziales, Familie und Gesundheit und im Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Strukturpolitik, diskutieren, das möchte ich hier beantragen. Ich würde mir sehr wünschen, dass Sie Ihre Kompetenz dort mit einbringen. Uns geht es nicht darum, dass wir uns irgendwelche Federn an den Hut stecken, wir wollen für unsere Jugendlichen etwas leisten und wir sind auch gern bereit, den Antrag so abzuändern, um Ihre Überlegungen und guten Ideen noch mit einzubinden. Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die CDU-Fraktion hat sich Frau Abgeordnete Vopel zu Wort gemeldet.

Abgeordnete Vopel, CDU:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, Frau Kollegin Pelke, auch wenn Sie ab und an laut geworden sind, deswegen war das, was Sie gesagt haben, trotzdem nicht richtig.

(Zwischenruf Abg. Pelke, SPD: Einmal, ich bin einmal laut geworden.)

(Beifall bei der CDU)

Ich habe hier den Antrag der SPD-Fraktion vom 24.06.2003 "Verbesserung der Ausbildungssituation innerhalb der dualen Berufsausbildung" in der Hand und dazu die Unterrichtung der Präsidentin des Landtags vom 03.07.: Die Fraktion der SPD hat ihren o.g. Antrag zurückgezogen. Es ist ziemlich unverschämte, sich hier hinzustellen und zu sagen, wir hätten diesen Antrag abgelehnt.

(Beifall bei der CDU)

Das ist das eine. Das Zweite: Es liegt mir wirklich fern, diesen Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland in

Schutz zu nehmen, aber der hat tatsächlich gesagt, jeder soll vermittelt werden bis zum Jahresende. Aber er hat nicht einem Einzigen versprochen, dass das in der dualen Ausbildung endet. Das hat viel auch mit Vollzeitschule usw. zu tun. Diese Zusage hat er gemacht, also nun drehen Sie das nicht um und sagen, in Thüringen müssen alle in eine duale Ausbildung kommen bis zum Jahresende.

(Beifall bei der CDU)

Und wenn Sie jetzt wieder einmal diese Umlage oder Abgabe - oder wie Sie es auch nennen - hochhalten und das wieder an die erste Stelle stellen - ich bin doch auf der Messe gewesen, ich habe Herrn Clement gehört und ich habe miterlebt, wie Herr Clement von der Gewerkschaftsjugend angegriffen worden ist und wie er wirklich mit guten Sachargumenten begründet hat, warum das genau der falsche Weg ist. Denn Betriebe, denen das Wasser bis zum Hals steht, die bilden jetzt nicht aus und die bilden dann nicht aus. Aber die, die es sich leisten können, die Großbetriebe, die kaufen sich frei. Das ist doch das Einfachste von der Welt. Da möchte ich mal eine Zahl nennen. Ich finde, es ist furchtbar, dass ich die Zahl sagen muss. Es gibt seit Jahr und Tag eine Abgabe für Betriebe, die Behinderte einstellen müssten, aber nicht einstellen. Die Zahl der behinderten Arbeitslosen ist im vergangenen Jahr, in den letzten zwölf Monaten, in Thüringen um 20 Prozent gestiegen, trotz Abgabe. Was soll also eine Abgabe? Sorgen wir lieber dafür, dass die Industrie und unser Handwerk wachsen. Noch etwas: Sie haben vorhin das Handwerk angesprochen. In einer Zeit, wo Handwerksmeister von Tag zu Tag kämpfen müssen um jeden Auftrag und die Bundesregierung wirklich die Wurzel an das Handwerk ansetzt mit ihrer Handwerksnovelle, dann verlangen Sie vom Handwerk, dass es noch zusätzlich ausbildet.

(Beifall bei der CDU)

Überlegen Sie sich bitte, was Sie verlangen. Meine Damen und Herren, vielleicht nur mal noch zwei Zahlen. Im Rahmen dieser Anhörung, die wir durchgeführt haben, ist gesagt worden, dass in Baden-Württemberg, einem Land, dem es wirtschaftlich im Verhältnis zu den neuen Bundesländern nach wie vor wirklich ausgesprochen gut geht, auf 24 Erwerbstätige ein Auszubildender kommt. In Thüringen kommt auf 18 Erwerbstätige ein Auszubildender. Das sind Zahlen, die muss man nämlich auch mal nennen.

(Beifall bei der CDU)

(Zwischenruf Abg. Pelke, SPD: Man kann sich auch alles schönrechnen, ehrlich.)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Es hat sich der Abgeordnete Wehner, CDU-Fraktion, noch gemeldet.

Abgeordneter Wehner, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, vielleicht als Erstes zum Antrag mal was Formales: Die Überschrift "Verbesserung der Ausbildungssituation innerhalb der dualen Berufsausbildung" stellt sicherlich nicht das dar, was inhaltlich dann im Text ausgeführt ist. Es ist ganz einfach so, dass duale Berufsausbildung hier wahrscheinlich gar nicht gemeint ist, sondern die betrieblichen Ausbildungsplätze gemeint sind. Denn duale Berufsausbildung findet auch dann statt, wenn ein überbetrieblicher Ausbildungsverbund beispielsweise oder ein privater Bildungsträger die Leute einstellt, dann ist das immer noch duale Berufsausbildung, aber das scheint hier nicht gemeint zu sein, das nur am Rande. Die Überschrift ist erst mal sachlich falsch.

Dann zu ein paar inhaltlichen Sachen: Frau Pelke oder auch Herr Buse, ich denke, das Problem ist, dass wir vom grundsätzlichen Ansatz her ein ganzes Stück weit auseinander liegen. Das ist vielleicht auch darin begründet, dass die Sicht auf den Unternehmer zumindest bei mir persönlich eine andere ist als bei Ihnen. Das ist nämlich ganz einfach die Frage: Ist es die Kuh, die man weiter melken kann, oder ist es das Pferd, das den Wagen zieht? Diese Grundsatzfrage muss man sich dabei erst einmal beantworten. Da stelle ich ganz einfach fest: Wenn man die Unternehmen in Deutschland noch weiter belastet und, egal wie man das nun nennt, den Wagen noch schwerer macht, den sie ohnehin zu ziehen haben, dann wird das sicherlich nicht dazu beitragen, dass die Ausbildungssituation sich in diesem Land verbessert und mehr betriebliche Ausbildungsplätze entstehen. Ich kann an dieser Stelle eigentlich nur empfehlen, die ganzen Fragen der Rahmenbedingungen für die Wirtschaft mal wirklich genau zu untersuchen. Das sind die Fragen der Lohnnebenkosten, das sind selbstverständlich auch Fragen des Steuerrechts, das sind Fragen des Wirtschaftswachstums allgemein, das sind aber natürlich auch tarifrechtliche Fragen. Wenn sich Rahmenbedingungen für Wirtschaft und damit für Ausbildung in diesem Land wieder nachhaltig verbessern, dann bin ich überzeugt, dass sich auch die Anzahl der betrieblichen Ausbildungsplätze wesentlich steigert.

(Beifall bei der CDU)

Herr Buse, solange das nicht der Fall ist, das sage ich Ihnen ganz deutlich, auch die Versorgung mit vollzeitschulischen Maßnahmen ist hier wichtig und ist auch gewollt, weil Sie diesen Punkt vorhin so in Frage gestellt haben.

(Zwischenruf Abg. Buse, PDS)

Gerade in diesem Bereich ist seitens des Thüringer Kultusministeriums Erhebliches geleistet worden im letzten Jahr, um beispielsweise durch Einführung der einjährigen Berufsfachschule auch dort die Möglichkeiten für junge Menschen zu verbessern. Frau Pelke, Sie sollten sich wirklich mal mit dem Regelschulpapier der CDU-

Fraktion befassen. Dort wird, unter anderem auch zu dem, was Sie in Ihrem Punkt 5 dargestellt haben - Beratungsprozess, Berufsberatung, um das noch mal zu wiederholen -, doch einiges an Neuem inhaltlich gebracht, um auch dies zu erreichen. Die lernbeeinträchtigten und benachteiligten Jugendlichen, ich glaube, denen ist seitens des Arbeitsamtes eine so breite Unterstützung zuteil geworden in den letzten Jahren und auch gegenwärtig, das sind überhaupt nicht die Problemfelder. Wir haben ein derart breites Spektrum an Bildungsträgern, die sich gerade mit diesen benachteiligten Jugendlichen intensiv beschäftigen, und die sind übrigens in dualen Ausbildungsverhältnissen, wenn auch nicht in betrieblichen Ausbildungsverhältnissen, weil es natürlich auch vom Arbeitsamt, also von der öffentlichen Hand letztendlich finanziert ist. Mein Vorschlag an dieser Stelle wäre, dem Antrag kann ich natürlich nicht zustimmen, man sollte sich vielleicht, ich bin ja nun nicht im Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Strukturpolitik, der dafür eigentlich zuständig ist, generell noch mal über das Problem der Rahmenbedingungen zur Schaffung von Ausbildungsplätzen unterhalten, denn für mich liegt dort der Schlüssel stärker als in irgendwelchen zusätzlichen Belastungen. Es kann aus meiner Sicht nur um Entlastungen für den Mittelstand gehen und nicht, wie wir das bei der Steuerreform vor zwei Jahren erlebt haben, wo die Großindustrie belastet wurde und beim Mittelstand gar nichts angekommen ist und dies natürlich auch noch dazu geführt hat, dass das Aufkommen an Körperschaftssteuer negativ geworden ist. Das heißt, die Kommunen müssen zurückerstatten und fehlen natürlich dann logischerweise auch wieder als Auftraggeber für den Mittelstand. Das Ganze trägt dazu bei, dass sich die Ausbildungsmisere insgesamt noch verstärkt hat.

Ein letztes Beispiel möchte ich hier noch nennen. Der Teufel liegt ja manchmal im Detail. Wenn man mit Bauunternehmern beispielsweise spricht, dann ist das im Moment leider so, dass die ihre Aufträge sehr, sehr häufig zu einem großen Prozentsatz in den alten Bundesländern generieren. Erstmal ist positiv, dass sie auf dem Markt zum Zuge kommen, dass sie wettbewerbsfähig geworden sind, das ist ja ein Zeichen dafür, wenn sie dort Zuschläge erhalten. Aber das führt natürlich häufig dazu, dass sie mit flexiblen Arbeitszeiten arbeiten müssen. Das heißt, in der Regel werden täglich zehn Stunden gearbeitet, so dass die Leute von Montag bis Donnerstag nur unterwegs sind und Donnerstag wieder nach Hause können. Machen Sie das nun mal mit einem Lehrling durch. Wissen Sie, was es da für Gesetzlichkeiten gibt? Der Lehrling kann freiwillig bereit sein, mit seiner Brigade, mit den anderen Arbeitern auch täglich die zehn Stunden zu machen, um Donnerstag Abend letztendlich zurückzukommen, aber der Unternehmer macht sich strafbar, wenn er das tun würde, weil es nämlich entsprechende jugendschutzgesetzliche Regelungen gibt, die das unter anderem verbieten. Das ist auch ein Grund dafür, warum dann ein Unternehmer sagt, dann schaue ich doch lieber nach jemandem, der das 18. Lebensjahr zumindest in Kürze erreicht, um mich diesen Problemen gar nicht erst

auszusetzen. So sind es viele Regelungen, die irgendwo in den vielen Jahren der Bundesrepublik Deutschland entstanden sind, deren Sinn aber mal hinterfragt werden müsste, und die Ausbildung auch mit benachteiligen und behindern. Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die Landesregierung hat sich zunächst Minister Krapp zu Wort gemeldet.

Dr. Krapp, Kultusminister:

Vielen Dank, Frau Präsidentin, ich möchte kurz auf die Ausführungen der Frau Abgeordneten Pelke reagieren. Frau Pelke, Sie haben die Arbeit in Richtung Berufsvorbereitung an den allgemein bildenden Schulen kritisiert, ja, ich würde sogar sagen, Sie haben das schlechtgeredet. Dem möchte ich hier ganz klar widersprechen.

(Beifall bei der CDU)

Frau Pelke, schauen Sie bitte mal in die Schulen hinein, insbesondere in die Regelschulen.

(Zwischenruf Abg. Thierbach, PDS: Ja, schauen wir mal.)

In den Lehrplänen sind die Fragen der Berufswahlvorbereitung klar ausgewiesen. Es werden Projektwochen in jedem Jahr dort vorbereitet und durchgeführt, Praktika laufen, Berufsmessen finden statt. Darüber berichten die Zeitungen sehr ausführlich, wofür ich sehr dankbar bin. Wir sind dabei, die Berufswahlpässe flächendeckend einzuführen, nachdem wir dies in den letzten Jahren in Projekten positiv erprobt haben. Wir haben eine Arbeitsgemeinschaft Schule/Wirtschaft, für die ich sehr dankbar bin, mit der wir über mehr als zehn Jahre die Frage der Berufswahl, der Berufsvorbereitung an den allgemein bildenden Schulen voranbringen. In den letzten Wochen haben Sie auch in der Zeitung lesen können, dass wir ein neues Projekt mit dem Namen "Kurs 21" favorisieren, ein Projekt, in dem Verträge zwischen Schulen und Firmen der Region abgeschlossen werden zum Zwecke der ganz zielgerichteten Berufsvorbereitung. Ich werde Ihnen dies alles genau noch einmal aufschreiben lassen, Ihnen zusenden, damit Sie darüber genau informiert sind, wenn Sie das bisher nicht zur Kenntnis nehmen konnten. Ich will Ihnen außerdem in diesem Brief noch Informationen über einen Beschluss der letzten Kultusministerkonferenz geben. Wir haben dort einen Beschluss zur dualen Ausbildung gefasst. Dieser Beschluss richtet sich im Wesentlichen an die Bundesregierung und an Defizite, die wir dort beklagen bei den Voraussetzungen für duale Ausbildung. Hier geht es z.B. um die Fragen der modularen Ausbildung. Dies wird im Moment durch die Bundesregierung und auch durch die Tarifpartner -

das muss man dazu sagen - nicht gefördert. Wir haben uns seitens der Kultusministerkonferenz dafür ausgesprochen, dass hier Barrieren beseitigt werden. All dies werde ich Ihnen noch mal ausführlich aufschreiben und zusenden, ich will hier die Zeit nicht länger in Anspruch nehmen. Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die Landesregierung Minister Reinholz.

Reinholz, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Infrastruktur:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, Ausbildung und Berufsvorbereitung der Jugendlichen, insbesondere in betrieblichen Ausbildungsstellen, und die Verringerung der Jugendarbeitslosigkeit sind nach wie vor wichtige Themen der Landesregierung. Die Landesregierung ist insoweit gern bereit, Sie über das gemeinsam mit allen Beteiligten bisher Erreichte und bereits auf den Weg Gebrachte zu informieren. In Auswertung des Berufsberatungsjahres anlässlich meiner Rede zur Ausbildungssituation in Thüringen im Oktober 2003 hier im Landtag habe ich darauf hingewiesen, dass ich davon ausgehe, dass es bis zum Jahresende gelingen wird, bei der Vermittlung der 1.507 Ende September statistisch nicht vermittelten Jugendlichen weiter voranzukommen. Ende November dieses Jahres waren es noch 747 Jugendliche ohne Ausbildungsplatz, im vergangenen Jahr waren es zum gleichen Zeitpunkt noch 676. Das im Jahr 2003 erreichte Ergebnis ist mit 2,3 Prozent an den gemeldeten Bewerbern günstiger als im Durchschnitt der alten Länder, dort haben wir 2,9 Prozent,

(Zwischenruf Abg. K. Wolf, PDS: Das macht es aber auch nicht besser!)

oder gar der neuen Länder mit 3,2 Prozent. Die Nachvermittlungsaktion bis Dezember 2003 wird die Zahl der unvermittelten Bewerber weiter verringern. Im vergangenen Jahr waren es 1,9 Prozent an den Bewerbern bzw. Bewerberinnen, die insgesamt unvermittelt blieben.

Leider hat sich aber die Zahl der betrieblichen Ausbildungsplätze in Deutschland und in Thüringen verringert, denn sie hängt davon ab, wie sich die Konjunktur entwickelt. Es kommt entscheidend auf die Kosten der Arbeit durch Lohnnebenkosten und die steuerliche Belastung der Unternehmen an, da Arbeitsmarkt und Ausbildungsstellenmarkt nicht getrennt voneinander betrachtet werden können. In einer solchen konjunkturellen Situation noch zusätzliche Belastungen der Unternehmen durch Ausbildungsabgaben, die hier unter Ziffer 1 im SPD-Antrag als Ausbildungsfondsabgaben bezeichnet werden, zu verlangen, ist wirtschaftlich nicht zu vertreten.

(Beifall bei der CDU)

Ich erinnere in diesem Zusammenhang an die Vereinbarung der Tarifparteien in der Bauwirtschaft aus dem Jahr 1975. Trotz der in der Bauwirtschaft etablierten Ausbildungsumlage sank die Anzahl der neuen Ausbildungsverträge von 1994 bis 2002 von ca. 20.000 auf 9.000 und damit proportional zum Rückgang der Beschäftigten in der Bauwirtschaft. Dieses Beispiel belegt, und zahlreiche weitere Gründe können genannt werden, dass Ausbildungsabgaben das Problem nicht lösen. Es gilt vorrangig, die Steuer- und Abgabenlast der Unternehmen zu senken, damit Arbeits- und Ausbildungsplätze entstehen können.

Wir haben in Gesprächen mit den Spitzenverbänden der Wirtschaft und der Gewerkschaften unter Wahrung der Tarifautonomie die Abschlüsse von Vereinbarungen zum Ausbau zusätzlicher tarifvertraglich vereinbarter Ausbildungsplätze angeregt und damit dem Anliegen nach Ziffer 2 des Antrags bereits entsprochen. Nachzulesen ist dies unter anderem auf den Seiten 37 und 39 der Broschüre "Thüringer Ausbildungsinitiative", die im April 2003 herausgegeben wurde.

Zur Ausweitung des Angebots an Ausbildungsplätzen im öffentlichen Dienst durch eine Initiative der Tarifgemeinschaft deutscher Länder und mit Beziehung auf Ziffer 3 des Antrags verweise ich darauf, dass die Arbeitgeber im öffentlichen Dienst und Tarifgemeinschaft deutscher Länder und Vereinigung der kommunalen Arbeitgeber sich in den Tarifverhandlungen 1996 verpflichtet haben, die tariflichen Ausbildungsplätze gegenüber der Zahl der im Jahr 1995 begründeten Ausbildungsplätze in einem vereinbarten Umfang zu erhöhen. Dies wurde auch für die Folgejahre zugesagt. Im Gegenzug wurde seitens der Gewerkschaften auf eine Anhebung der Ausbildungsvergütung im Jahr 1996 verzichtet. Seit diesem Zeitpunkt berichtet die Tarifgemeinschaft jährlich über die Anzahl der in den neuen Ländern angebotenen Ausbildungsplätze. Seitens der Gewerkschaft war bisher, auch nicht in den am 9. Januar 2003 beendeten Tarifverhandlungen, kein weiter gehender Bedarf angemeldet worden. Die nächsten Lohn- und Vergütungstarifverhandlungen im öffentlichen Dienst finden planmäßig erst 2005 statt. Aus diesen Gründen ist es seitens der Landesregierung nicht vorgesehen, außerhalb der eigentlichen Tarifrunden eine gesonderte Initiative zur Ausweitung des Ausbildungsangebots im öffentlichen Dienst durch Tarifvereinbarungen zu ergreifen.

Unser Bemühen besteht auch darin, lernbeeinträchtigten jungen Menschen eine Ausbildungschance und Arbeitsmöglichkeit zu bieten. Bereits im April 2002 wurde unter Federführung des Thüringer Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Infrastruktur eine Vereinbarung über Bildung und Berufseinstieg für Jugendliche und junge Erwachsene ohne Berufsabschluss zwischen Landesarbeitsamt Sachsen-Anhalt/Thüringen, der Arbeitsgemeinschaft der Thüringer Industrie- und Handelskammern, Thüringer Handwerksrat und TMWAI geschlossen. Auf der Basis dieser

Vereinbarung entwickelt bis Mitte 2004 ein beauftragter Maßnahmeträger ca. 40 so genannte Qualifikationsbausteine. Diese Qualifikationsbausteine sind systemhaft Teilqualifikationen, die entweder zum Erwerb des Berufsabschlusses in Teilschritten bzw. zur wesentlich besseren Vermittelbarkeit in den ersten Arbeitsmarkt führen sollen. Das Angebot richtet sich an vorgenannte Zielgruppen, die über keinen Abschluss in einem anerkannten Ausbildungsberuf verfügen und wegen in der Person liegenden Gründen nicht motiviert oder auch nicht in der Lage sind, andere Möglichkeiten der Qualifikation wahrzunehmen. Außerdem ermöglicht die bereits erfolgte Novellierung des Berufsbildungsgesetzes, berufsausbildungsvorbereitende Bildungsmaßnahmen und anschließende Berufsausbildung organisatorisch und inhaltlich besser miteinander zu verknüpfen. Zielgruppe dieser Regelung sind benachteiligte Jugendliche, deren Entwicklung einen erfolgreichen Abschluss einer regulären Berufsausbildung noch nicht ermöglicht.

In einer Gemeinschaftsinitiative zwischen der IHK Erfurt und dem Arbeitsamt Erfurt werden im Vorgriff auf zentral zu erarbeitende Module z.B. von der Kammer entwickelte Qualifizierungsbausteine im Berufsberatungsjahr 2003/2004 in neun verschiedenen Berufsfeldern für ca. 350 Jugendliche bzw. junge Erwachsene umgesetzt und evaluiert.

Der Landesregierung ist die Bedeutung des Berufsberatungsprozesses, die unter Ziffer 5 im Antrag der SPD angesprochen wird, bewusst. Sie ist unter anderem Gegenstand der Arbeit der Arbeitsgruppe "Ausbildungsfähigkeit", die im Kultusministerium angesiedelt ist, und Bestandteil der Tätigkeit der Arbeitsgruppe "Thüringer Ausbildungsinitiative".

In Thüringen wurde in den vergangenen Jahren in Bezug auf die Berufswahlvorbereitung eine konsequente Strategie entwickelt und auch verfolgt, ausgehend von den Empfehlungen für das fächerübergreifende Thema "Berufswahlvorbereitung" und den arbeitsweltbezogenen Fächern der Thüringer Stundentafel über Projekte, z.B. Technik für Regelschüler, Praxisklassen, freiwillige 10. Klasse, InPrax bis hin zur Vereinbarung über die Gestaltung der Zusammenarbeit zur weiteren Verbesserung der Ausbildungsfähigkeit, insbesondere der Abgänger der Regelschulen im Freistaat Thüringen.

Allein im Rahmen der Thüringer Ausbildungsinitiative wurden seit 1999 27 Maßnahmen bzw. Initiativen durchgeführt. Als hervorhebenswert sei hier die Einführung des Berufswahlpasses im Jahr 2004 in Klassenstufe 7 und das Projekt "Berufsstart" genannt. Am Projekt beteiligt sind Unternehmen, wirtschaftsnahe Bildungseinrichtungen und 24 Schulen aus ganz Thüringen. Neu ist, dass die Berufsorientierung bereits drei Jahre vor Beendigung der Schulzeit beginnt. Durch Kompetenzdiagnosen und Berufsorientierungsbausteine pro Schuljahr, z.B. zwei Wochen Praktikum bei Betrieben und Bildungsträgern, sol-

len Grundkenntnisse verschiedener Berufsfelder und Berufe erworben werden sowie Interessen und Eignung festgestellt werden, um damit letztendlich auch das Problem der Ausbildungsabbrecher in den Griff zu bekommen. Inwieweit ein spezifischer Beratungsbedarf für junge Menschen und deren Eltern in den künftigen Job-Centern verstärkt integriert wird, liegt in der Zuständigkeit des Bundesgesetzgebers. Die Arbeitsmarktgesetze befinden sich derzeit noch im Beratungsverfahren von Bundestag und Bundesrat, wie Sie ja wissen. Ich bin überzeugt davon, dass die bereits in Abstimmung und im Konsens mit den beteiligten Partnern eingeleiteten Maßnahmen der Landesregierung den Antrag letztendlich überflüssig machen.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Herr Minister, gestatten Sie eine Anfrage durch den Abgeordneten Buse?

Reinholz, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Infrastruktur:

Gern.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Bitte, Herr Buse.

Abgeordneter Buse, PDS:

Herr Minister, weil Sie zwei Sätze vorher gerade über die Ausbildungsplatzabbrecher, das Abbrechen von Ausbildungen, geredet haben, würde ich Sie gern fragen: Ihr Kollege, Herr Minister Krapp, hat vor Ihnen die Aktivitäten in der Berufswahlvorbereitung dargelegt. Ich interpretiere das so, dass Sie damit jegliche Verantwortung für die 5.500 Abbrüche im Jahr von sich weisen, dann bliebe die Verantwortung ausschließlich bei der Wirtschaft oder bei den jungen Menschen. Teilen Sie diese Einschätzung, Herr Minister?

Reinholz, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Infrastruktur:

Herr Buse, Berufsauswahl beginnt nicht erst in der Schule,

(Zwischenruf Abg. Buse, PDS: Das ist richtig.)

Berufsauswahl beginnt auch im Elternhaus.

(Zwischenruf Abg. Buse, PDS: Ja.)

(Beifall bei der CDU)

Und von den 365 Ausbildungsberufen, die wir in Deutschland haben, gibt es 10, die zu den Top gehören, die angerannt werden, worauf sich die Masse der Jugendlichen konzentriert. Vielleicht sollte man auch als Jugendlicher

mal den Weg des Praktikums wählen und mein Kollege Krapp gibt diesen Weg ja vor. Sie wissen genauso gut wie ich, dass es früher in DDR-Zeiten durchaus üblich war, Berufspraktika zu machen. Vielleicht müssen sich die Jugendlichen mal etwas mehr darüber informieren und nicht erst im Laufe der Ausbildung, im ersten Halbjahr oder im ersten Ausbildungsjahr, feststellen, dass ist eigentlich der völlig falsche Beruf, den ich da versuche zu ergreifen. Das führt nämlich auch zu Frust bei den Betrieben, die diese Ausbildung betreiben müssen, weil sie sich nämlich dann wieder einen neuen Jugendlichen suchen müssen.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, so wichtig es ist, dieses gemeinsame Anliegen "Verbesserung der Ausbildungssituation innerhalb der dualen Berufsausbildung" im Thüringer Landtag zu behandeln, so wenig hilfreich, denke ich, ist es, durch sich wiederholende Anträge der SPD den Eindruck zu vermitteln, dass die Beteiligten erst durch diese Anträge zur Arbeit getragen werden müssen. Meine Damen und Herren, wir haben das Problem im Griff, und zwar wesentlich besser als so manches SPD-regierte Land.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Frau Abgeordnete Bechthum, SPD-Fraktion.

Abgeordnete Bechthum, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, ganz so kann man das doch nicht im Raum stehen lassen, was jetzt alles so gesagt wurde. Wenn ich Sie, Herr Minister Krapp, und jetzt noch Herrn Minister Reinholz höre, muss ich den Eindruck haben, wir in Thüringen können sagen, alles ist gut, wir brauchen gar nichts zu ändern.

(Unruhe bei der CDU)

Es sitzen Schüler hier. Ich weiß nicht, wie oft Sie hier Schülergruppen auch mit betreuen als Besuchergruppen.

(Unruhe bei der CDU)

Ich höre fast bei jeder Gruppe: Warum haben wir hier so wenig Ausbildungsplätze und warum wandern so viele ab, wie ist das mit der Berufssituation? Das kann man in fast jeder Gruppe so hören. Wenn wir wieder festgestellt haben, dass über 5.000 junge Menschen, junge Familien jedes Jahr abwandern aus Thüringen, dann muss uns das langsam doch viel, viel mehr beunruhigen, als es hier immer noch dargestellt wurde. Und wenn wir sagen, es sind über 2.400 in den alten Bundesländern in Ausbildung, dann ist das besonders für uns als bekümmert darzustellen und festzustellen, denn es sind ja vor allem die jungen Frauen, das bedauern wir ja immer, die einen guten Ab-

schluss haben. Wir reden immer davon, in einigen Jahren haben wir mit unseren jungen Menschen hier riesige Defizite. Es werden die Kinder fehlen, die eigentlich hier geboren werden sollten. Es sind die jungen Frauen, die vor allem hochwertige Ausbildungsberufe suchen, Herr Reinholz, und die fehlen hier. Sie haben richtig gesagt, wieso schaffen wir es immer noch nicht zu informieren, dass es mehr als diese 10 und 20 Berufe gibt, für die sich die Mehrheit der jungen Menschen entscheidet.

(Zwischenruf Abg. Vopel, CDU: Wir informieren sie doch.)

Diese hochwertigen Berufe, die zu wenig hier angeboten werden, die müssen wir auch versuchen vielleicht über die Ausbildungsumlage hier mit zu verändern, dass man den Firmen auch hilft, mehr solche Plätze zu schaffen

(Unruhe bei der CDU)

und vor allem die Unternehmenskultur, auch die Unternehmer im Umgang gerade mit jungen Menschen auch zu schulen. Da ist auch ein Stillstand zu vermerken. Ich muss Ihnen sagen, Herr Krapp, der IHK-Präsident Herr Chrestensen, wir kennen uns aus vielen Situationen, wir sind zusammen im Kuratorium der Fachhochschule Erfurt, kritisiert sehr realistisch, wo sind die Defizite. Er sagte: Wo sind die Defizite in der Schule? Warum werden immer noch so wenige Berufe hier nur gewählt? Wo sind die Defizite der Landesregierung? Sie schieben ja immer alles weg, was Sie machen. Natürlich muss man auch die Defizite des Elternhauses mit hervorheben. Wenn ich Sie hier höre, Herr Krapp, Sie reden immer alles schön. Es läuft das Praktikum, es läuft das, das sind alles Maßnahmen. Wir waren auch auf den Ausbildungsmessen und ich sehe auch dort, wie die Schulen kommen. Sie werden dort durchgeschleust, dann wird mal gesagt, ah, einer, zwei, die haben jetzt hier einen Ausbildungsvertrag abgeschlossen, daran wird dann alles hochgezogen. Sie können doch auch mal sagen, da kann man auch was besser machen, dass Sie einmal kritisch sagen könnten, hier klappt es noch nicht, das ist gut, dass es das gibt, aber wie wird das angenommen. Das würden wir uns hier wünschen und nicht immer alles schönreden und so tun, die böse Opposition, die wieder nur alles schlechtredet. Wir wollen doch etwas tun für unsere jungen Menschen. Die fragen uns und die unterscheiden da überhaupt nicht, ob wir jetzt die Opposition sind oder ob wir in der Regierung sind.

(Unruhe bei der CDU)

Sie wollen, dass wir auch was tun, und sie sind froh, wenn wir sagen, wir werden das wieder zum Thema im Landtag machen. Dann merken sie, man kümmert sich um sie, und so möchten wir das auch gesehen haben. Danke.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Jetzt gibt es mehrere Wortmeldungen. Der Abgeordnete Michel, CDU-Fraktion, hat sich zu Wort gemeldet und die Minister der Landesregierung Krapp und Reinholz. Sie sagen jetzt, ich soll den Abgeordneten erst mal reden lassen.

Abgeordneter Michel, CDU:

Frau Präsidentin, verehrte Abgeordnete, verehrte Zuschauer, vor allen Dingen, liebe Schüler und meine Ex-Kollegen, ich muss zur Frau Pelke mal was sagen: Frau Pelke, ich habe bis jetzt gemerkt, Sie haben eigentlich sehr sachliche Redebeiträge geleistet. Ich muss dazu aber jetzt ergänzen, wenn Sie so dazu Stellung beziehen, dann möchte ich aber doch merken, zumindest habe ich das nicht mitbekommen, dass Sie mehr in der Praxis mal nachfragen. Ich war nun bis vor vier Wochen in der Praxis und ich kann das nur bestätigen, was Herr Krapp gesagt hat und was Herr Minister Reinholz gesagt hat: In den Schulen wird viel unternommen, um die Ausbildung gut vorzubereiten.

(Beifall bei der CDU)

Ich erinnere nur daran, dass z.B. Projekttag in Bezug auf Berufswahlvorbereitung gemacht werden. Die Projekttag werden nicht nur von einem Fachlehrer vorbereitet, nehme ich meinetwegen Wirtschaft und Technik oder Wirtschaft und Recht, da wird zusammen mit Deutsch gearbeitet oder auch mit Geographie oder anderen Fachkollegen. Da werden Projekte gemacht, wo sich Schüler z.B. in einem Betrieb vorstellen, wo sie ihre Bewerbung z.B. schreiben. Dann kommen jetzt diese Sachen mit diesen Berufsabbrechern. Wir haben auch in der Schule schon solche - ich will es mal in Anführungsstrichen sagen - "Schulversager", die mehrere Klassen mehrmals durchlaufen bzw. dann, wo die Gefahr besteht, dass sie das Ziel der Hauptschule oder der Realschule nicht schaffen, da haben wir Praxisklassen eingerichtet, z.B. im Saale-Orla-Kreis, wo ich herkomme, und die werden sehr gut angenommen. Dort haben die Schüler, die bislang Schwierigkeiten hatten auf theoretischem Gebiet, Gelegenheit, sich dort mehr praktisch vorzubereiten.

(Beifall bei der CDU)

Das macht ihnen Spaß und sie haben auch Erfolg.

Das Arbeitsamt, was angesprochen wurde, gibt sich bei uns im Saale-Orla-Kreis, wo ich herkomme, auch sehr viel Mühe, denn das Arbeitsamt kommt regelmäßig in die Schule, die machen Stunden mit mehreren Klassen, dort wird sich mit den Schülern beraten und auch mit den Eltern. Dort wird die Zusammenarbeit auch angeboten.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Herr Abgeordneter Michel, gestatten Sie eine Anfrage durch Frau Abgeordnete Pelke?

Abgeordneter Michel, CDU:

Bitte.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Bitte, Frau Pelke.

Abgeordnete Pelke, SPD:

Danke schön. Herr Kollege, stimmen Sie mir zu, dass ich gesagt habe, dass an vielen Punkten und gerade in der Berufsorientierung in Richtung Zusammenarbeit mit den Eltern und mit der Schule mehr getan werden muss? Ich habe damit weder schlechtgeredet, was läuft, sondern nur darauf verwiesen, dass hinsichtlich von 5.500 Abbrechern diese Situation verbessert werden muss. Stimmen Sie mir zu, dass es hinsichtlich dieser Situation gut wäre, diesen Antrag einfach als Diskussionsgrundlage an die Ausschüsse zu überweisen und genau diesen Austausch zu vollziehen, den Sie jetzt hier auch aus Ihrer praktischen Erfahrung deutlich machen?

Abgeordneter Michel, CDU:

Ich gebe Ihnen Recht. Wissen Sie, wir arbeiten nie so gut, als dass nicht noch mehr getan werden könnte. Aber lassen Sie erst mal das wirken, was jetzt in den Kreisen und in den Schulen angeboten wird. Die Arbeit ist nicht einmal getan und dann erwarten wir gleich eine Wirkung. Da müssen Sie mal Kollegen fragen, welche Schwierigkeiten es da gibt. Ich setze eine Maßnahme an und dann soll alles gleich gut sein. Das wirkt auch über die Eltern. Dass man dann natürlich auch noch Ausbildungsbörsen machen könnte, zum Beispiel mit den Betrieben, mit den ausbildungsbereiten Betrieben, welche Anforderungen die stellen und welche Hoffnungen und welche Wünsche die Schüler haben, dass man auf einen Nenner kommt, das wäre auch gut. Das könnten wir mit unseren Parteien vielleicht sogar in Erfurt machen. Mir schwebt so etwas vor. Das gebe ich zu, da können wir auch mehr machen - ich zumindest, ich werde auch mehr machen. Danke.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Nun weiß ich nicht, ob die beiden Minister sich über eine Reihenfolge geeinigt haben? Ja? Minister Krapp, bitte schön.

Dr. Krapp, Kultusminister:

Ich hatte eigentlich eine Rückfrage an Abgeordnete Bechthum in Verbindung mit den Aussagen von Frau Pelke. Ich habe da nämlich gewisse Widersprüche herausgehört. Ich will es noch mal formulieren: Frau Bechthum, Sie haben die Abwanderung beklagt von Schülerinnen und Schülern, die hier keine Ausbildungsstelle finden. Da stimme ich Ihnen zu, es gibt zu wenige duale Ausbildungsstellen. Und Frau Pelke hat aber beklagt, dass Ausbildungsstellen nicht besetzt werden können, weil unsere Absolventen nicht ausbildungsfähig sind

(Zwischenruf Abg. Pelke, SPD: Das ist eine Unverschämtheit, da gebe ich Ihnen mein Blatt Papier.)

wegen fehlender Orientierung auf die Berufsbildung. Nun frage ich: Haben Sie das nicht abgestimmt in der Fraktion oder können Sie das vielleicht erhellen?

(Zwischenruf Abg. Bechthum, SPD: Ich habe das spontan gesagt.)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Minister Reinholz, bitte schön.

(Zwischenruf Abg. Döring, SPD: Wir haben noch Reserven.)

(Zwischenruf Abg. Gentzel, SPD)

Reinholz, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Infrastruktur:

Herr Gentzel, Ihre scherzhaften Bemerkungen ehren Sie hin und wieder.

(Zwischenruf Abg. Gentzel, SPD: Aber es scheint Ihnen zu gefallen.)

Ja, ich bin immer für einen guten Witz zu haben, vor allen Dingen, wenn ihm ein gewisses Niveau fehlt.

(Beifall bei der CDU)

Frau Bechthum, Sie haben vorhin noch mal die Abbrecher angesprochen, mangelnde Information. Frau Bechthum, wir können das nicht nur bei der Landesregierung abladen, weder bei meinem Kollegen Krapp noch bei mir. Wir machen zum Beispiel zusätzlich zu den ganzen Programmen, die Kollege Krapp aufgelegt hat, um die Schülerinnen und Schüler über Ausbildungsplätze in Thüringen zu informieren, auch noch das "Thüringen perspektiv", das zum Beispiel auch über Antenne Thüringen läuft, die ja bekannterweise von Jugendlichen sehr gern und viel gehört wird. Ich möchte an der Stelle aber einfach noch mal daran erinnern: Das fängt in der Familie an - da fängt es an.

(Beifall bei der CDU)

Die Eltern haben verflüxt noch mal auch die Verpflichtung, ihre Kinder darüber zu informieren, was sie perspektivisch mal werden können. Nicht immer alles nur bei der Schule parken oder später bei demjenigen, der die Jugendlichen ausbilden soll, festzustellen, dass der Junge nicht ausbildungsfähig ist, weil es der völlig falsche Beruf ist, der seinen Neigungen und seinen Fähigkeiten überhaupt nicht entspricht. Ich sehe mich einfach nicht in der Lage, das hier ständig zum wiederholten Mal herunterzubeten, dass es nicht die alleinige Aufgabe der Landesregierung ist, Ausbildung zu organisieren. Das ist auch Aufgabe der Wirtschaft.

(Beifall bei der CDU)

Sie können der Thüringer Landesregierung ja nun weiß Gott nicht nachsagen, dass sie nichts dafür getan hat, dass die Jugendlichen im Ausbildungsjahr 2002 und im Ausbildungsjahr 2003 die entsprechende Anzahl an Ausbildungsplätzen finden, denn nicht umsonst liegt Thüringen an der Spitze aller vermittelten Ausbildungsplätze in ganz Deutschland und vor allen Dingen in den neuen Bundesländern und ich wiederhole es noch mal deutlich, über SPD-regierte "Bundesländer". Danke.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Frau Abgeordnete Pelke, SPD-Fraktion, hat noch eine Wortmeldung signalisiert.

Abgeordnete Pelke, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, also dieses bewusste Missverstehen und diese Eitelkeiten auf der Ministerbank, wann immer man hier einen Antrag vorlegt und eine kritische Bemerkung macht, dass wir alles schlechtreden würden, das geht langsam auf keine Kuhhaut, um es im Sinne von Minister Sklenar vielleicht mal zu sagen.

(Beifall bei der SPD)

Es muss doch möglich sein, kritische Bemerkungen zu machen, wenn eben junge Menschen nicht in betriebliche Ausbildungsplätze vermittelt werden, oder es muss doch möglich sein, kritische Bemerkungen hinsichtlich der Berufsvorbereitung machen zu können, wenn das selbst von der Wirtschaft, wenn das selbst vom Wirtschaftsstaatssekretär in Ausschuss-Sitzungen - leider in der Öffentlichkeit wahrscheinlich nicht, aber dort zumindest - definitiv angesprochen wird. Wenn das nicht mehr geht, dann verabschieden wir uns, über die Zukunft von jungen Menschen nachzudenken. Himmel noch mal, kein Mensch hat gesagt, dass Sie nichts getan haben, Herr Minister Krapp. Kein Mensch hat gesagt, dass die Lehrer nichts tun. Wir haben gesagt, Eltern haben Verantwortung und wir ha-

ben lediglich darauf verwiesen, dass genau die Bereiche noch enger und besser miteinander arbeiten müssen.

(Beifall bei der SPD)

Wenn Sie mir dann nicht zuhören, ich gebe es Ihnen gern auch noch mal schriftlich. Ich habe gesagt, um das Bild der Thüringer Ausbildungsmisere abzurunden, ca. 2.400 junge Menschen nehmen eine Berufsausbildung in den alten Ländern auf und es sind eindeutig die besten Bewerber. Das war der Punkt zur Abwanderung und da nehme ich auch nichts davon zurück. Ich habe gesagt, wenn sich der Berufsberatungsprozess während der Schulzeit gemeinsam mit Schülern und Eltern nicht grundlegend verändert - ich habe nicht mal "Lehrer" gesagt -, gemeinsam mit Schülern und Lehrern nicht verändert, dann müssen wir uns nicht wundern, wenn 5.500 Jugendliche abbrechen. So!

(Beifall bei der SPD)

Jetzt erklären Sie mir bitte, was ich an diesem Punkt falsch gemacht habe. Wären Sie bereit, so wie der Kollege Michel und andere auch mal die offene Diskussion zu betreiben, zum Beispiel im Ausschuss für Bildung und Medien, zum Beispiel im Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Strukturpolitik,

(Zwischenruf Abg. Vopel, CDU: Das haben wir doch schon.)

dann würden Sie auch feststellen, auch wenn Sie mit den Jugendlichen mal selber reden bei solchen Berufsbildungsmessen, Herr Krapp, das meine ich jetzt gar nicht böse, aber wenn man nicht da oben stehen muss wie Sie, ein Grußwort halten und wie das alles so ist und Sie müssen ja den Rundgang machen, mit den Vertretern der Betriebe reden, ich halte das auch alles für richtig. Wenn man die Zeit hätte, die der Minister nicht immer haben kann, mal mit den Jugendlichen zu reden, wie diese durchsauen und dann vor der Tür stehen - ich kriege es in der Thüringenhalle des Öfteren mit -, und wenn man dann mal mit den Jugendlichen selber redet, wie kann ich denn so eine Ausbildungsbörse oder -messe noch attraktiver machen, auch in ihrem Interesse, dann ist das doch verdammt noch mal nicht böse gemeint. Ich bin Herrn Reinholz dankbar für das, was er hier zum Schluss gesagt hat. Auch ich bin es manchmal Leid, immer alles doppelt und dreifach runterzubeten und immer darauf zu verweisen, wir sind nicht die bösen Menschen, wir wollen was für die jungen Leute tun. Ich bin Ihnen dankbar, dass Sie in Ihrem letzten Wortbeitrag hier gesagt haben, in erster Linie hat für Ausbildungsplätze die Wirtschaft Verantwortung und genau daran wollen wir erinnern und das würden wir gern mit Ihnen gemeinsam tun. Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Nun liegen hier keine Wortmeldungen mehr vor.

(Zwischenruf Abg. Döring, SPD: Schade.)

Es ist beantragt worden, an den Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Strukturpolitik zu überweisen. Wer diesem zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. Danke schön. Die Gegenstimmen bitte. Das ist eine Mehrheit von Gegenstimmen. Gibt es hier Stimmenthaltungen? Gibt es nicht. Die Ausschussüberweisung ist abgelehnt.

Es ist beantragt worden, an den Ausschuss für Soziales, Familie und Gesundheit zu überweisen. Wer dem zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Danke schön. Die Gegenstimmen bitte. Das ist eine Mehrheit von Gegenstimmen. Gibt es hier Stimmenthaltungen? Die gibt es nicht. Auch diese Ausschussüberweisung ist abgelehnt worden.

Frau Pelke, Sie haben jetzt zum Schluss noch gesagt, auch im Bildungsausschuss müsste man mal darüber sprechen. Das war keine Beantragung?

(Zuruf Abg. Pelke, SPD)

Akustisch habe ich das zwar nicht ganz verstanden, aber es wird offensichtlich nicht beantragt, dass das an den Ausschuss für Bildung und Medien noch überwiesen wird, so dass ich feststelle, es ist keine Ausschussüberweisung erfolgt und es wird unmittelbar über den Antrag der SPD-Fraktion abgestimmt. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. Danke schön. Die Gegenstimmen bitte. Das ist eine Mehrheit von Gegenstimmen. Gibt es Stimmenthaltungen? Das ist nicht der Fall. Der Antrag ist damit abgelehnt.

Ich komme zum Aufruf des **Tagesordnungspunkts 13**

**Koordination und Qualifizierung
der überregionalen Aktivitäten
gegen Rechtsextremismus**

Antrag der Fraktion der SPD
- Drucksache 3/3817 -

Es gibt einen Sofortbericht zu Nummer 2 des Antrags. Herr Staatssekretär Scherer, bitte.

Scherer, Staatssekretär:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren Abgeordneten, dem Plenum liegt ein Antrag der Fraktion der SPD zur Koordination und Qualifizierung der überregionalen Aktivitäten gegen Rechtsextremismus vor, dem aus Sicht der Landesregierung aus folgenden Gründen zu widersprechen ist:

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend initiierte im Jahre 2001 innerhalb des Aktionsprogramms "Jugend für Toleranz und Demokratie gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus" die drei Bundesprogramme, nämlich CIVITAS, Entimon und XENOS. Die Beurteilung von Projektkonzeptionen, die daraus resultierende Mittelbewilligung verantworten allein nicht die Servicestellen der Bundesprogramme und die Beratung sowie eine Evaluation der Projektträger erfolgt ebenfalls durch die Beauftragten des Bundes. Diese Struktur sichert den Trägern Eigenständigkeit innerhalb ihrer Präventionsarbeit und setzte zunächst - laut Leitlinien der Programme, die ursprünglich einmal da standen - nicht zwingend eine Zusammenarbeit mit Kommunen und Landesinstitutionen voraus. Damit wurde dem freien Agieren der CIVITAS-Strukturprojekte ABAD, Opferberatung und MOBIT - mobiles Beratungsteam gegen Rechtsextremismus - auch diese Möglichkeit gegeben, so zu agieren.

Im Sommer 2003 wurden dann Leitlinien und Finanzierungs-konzeptionen der Servicestelle CIVITAS zum Teil erheblich verändert, aus unserer Sicht zu Recht auch verändert. Beispielsweise erfolgt nun eine weitere Förderung der Strukturprojekte durch den Bund nur bei vorhandener 20-prozentiger Kofinanzierung von dritter Stelle und, was ich für sehr wichtig halte, bei Vernetzung der Strukturprojekte mit der kommunalen Ebene, was vorher eben so nicht gefordert war. Ob der Bund die im Freistaat Thüringen bisher voll finanzierten, überregional tätigen Projekte ABAD und MOBIT weiter fördert, ist derzeit noch nicht vom Bund entschieden. Solide Präventionsarbeit gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus verlangt die Nutzung der vorhandenen Strukturen und die Stärkung von Kompetenzen und ergebnisorientierte - und ich betone -, auch nachhaltige Konzeptionen.

Die Thüringer Landesregierung hat im Jahr 2001 reagiert. Übrigens war bundesweit die wahrnehmbare Zunahme von antidemokratischem und gewaltbereitem Denken und Handeln von Jugendlichen festzustellen. Wir haben reagiert durch die Schaffung der interministeriellen Koordinierungsstelle Gewaltprävention. Diese Koordinierungsstelle verfolgt einen ressortübergreifenden Präventionsansatz. Dieser lässt bereits existierende Strukturen sowie Verantwortungsträger in den Kommunen miteinander ergebnisorientierte Präventionsarbeit gegen Gewalt und politischen Extremismus leisten. Die Koordinierungsstelle sieht sich dabei nicht nur in einer koordinierenden Rolle, sondern versteht sich auch als Initiator oder auch als Berater. Die Wahrung der Eigenständigkeit der vor Ort Handelnden ist dabei aus unserer Sicht auch unverzichtbar. Schon im Herbst 2001 wurde im Freistaat Thüringen die Arbeitsgemeinschaft "Arbeit gegen Rechtsextremismus" gegründet. Diese Arbeitsgemeinschaft verfolgt die Zielstellung, die im Bereich der Präventionsarbeit gegen Rechtsextremismus Tätigen intensiver zu vernetzen und den Erfahrungsaustausch auch sicherzustellen.

Die Koordinierungsstelle ist neben anderen Vereinen, Initiativgruppen und Institutionen Mitglied in dieser Arbeitsgemeinschaft. Aus dieser heraus wurde ein Sprecherat gebildet, dem neben jeweils einem Vertreter der Koordinierungsstelle und der Landesarbeitsgemeinschaft "Katholische Jugendsozialarbeit" ein Vorstandsmitglied des Vereins MOBIT e.V., ABAD und L'amitié angehören. Die Arbeitsgemeinschaft veranstaltete z.B. gestern in der Europäischen Jugendbildungs- und Begegnungsstätte Weimar eine gemeinsame Tagung zur Thematik "Zwischenbilanz, aktuelle Problemlage in Thüringen und die Arbeit des Kooperationsnetzwerkes gegen Rechts".

Das, was im Antrag der SPD-Fraktion gefordert wird, findet bereits auf Arbeitsebene statt. Dieser Prozess wird von der Landesregierung auch unterstützt. Geboten ist eine Intensivierung der Arbeit der bereits existierenden Arbeitsgemeinschaft. Strukturen sind geschaffen; auf Arbeitsebene werden entsprechende Problemfelder auch diskutiert. Das Gegeneinander, das zu Anfang sicher auch da war, wandelt sich nach meiner Wahrnehmung in eine konstruktive Arbeitsatmosphäre, denn es geht darum, den Rechtsextremismus im Freistaat Thüringen zu minimieren und zu bekämpfen, wo immer es möglich ist.

In Ihrem Antrag fordert die SPD-Fraktion unter Punkt 2, über erzielte Ergebnisse der bisherigen Arbeit der überregionalen Strukturprojekte im Rahmen der Bundesprogramme CIVITAS und Entimon sowie der Koordinierungsstelle zu informieren. Modellprojekte wie MOBIT und ABAD, die das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend verantwortet, werden durch dieses fachwissenschaftlich begleitet und deren Arbeitsergebnisse werden auch dort ausgewertet. Die Erkenntnisse des Bundesministeriums über die Arbeit der überregional tätigen Projekte in Thüringen sind der Landesregierung des Freistaats nicht zugänglich. Der im November 2003 erstellte erste Zwischenbericht der Universität Bielefeld über die ersten Modellphasen der Strukturprojekte innerhalb des Bundesprogramms CIVITAS wird erst im Frühjahr 2004 veröffentlicht werden. Die Zusammenarbeit zwischen den Servicestellen der Bundesprogramme und der Koordinierungsstelle hat sich - das kann ich, glaube ich, berichten - deutlich verbessert. Die Koordinierungsstelle berät bei Anfragen selbstverständlich auch Projektträger zu allen drei Bundesprogrammen bei der Erstellung von Präventionskonzeptionen. Diese Beratungstätigkeit unterstützt eine koordinierte Gewaltprävention in der Fläche.

Über die Arbeit der Koordinierungsstelle Gewaltprävention selbst ist am 23.10. dieses Jahres im Innenausschuss ausführlich berichtet worden. Ein schriftlicher Gesamtbericht wird demnächst den Mitgliedern des Ausschusses auch zugeleitet werden.

Zusammenfassend will ich nochmals betonen: Der Freistaat Thüringen setzt innerhalb seiner Präventionsarbeit gegen Gewalt und politischen Extremismus nicht vor-

rangig auf das vom Bund aufgelegte Aktionsprogramm mit CIVITAS, Entimon oder XENOS, er nimmt es aber durchaus in seine Beratungen mit auf. Das ist bereits die bekannte Position der Landesregierung. Innerhalb der Ressorts der Landesregierung des Freistaats Thüringen erfolgt die Unterstützung und Anregung von Präventionsarbeit auch in der Praxis an der Basis bereits gewachsener Strukturen. Die Landesregierung sieht daher in diesem Bereich zurzeit keinen darüber hinausgehenden Handlungsbedarf. Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Möchte eine Fraktion die Aussprache zu diesem Bericht beantragen? Ich sehe, es sind alle drei Fraktionen, so dass wir jetzt zu diesem Bericht die Aussprache führen und zum Punkt 1 des Antrags. Ich rufe als ersten Redner auf den Abgeordneten Dr. Hahnemann, PDS-Fraktion.

Abgeordneter Dr. Hahnemann, PDS:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, Zitat: "In Anbetracht der Ergebnisse des Thüringen-Monitors" - mit diesen Worten beginnt der vorliegende Antrag der SPD. Mit der Zustimmung zu dem Antrag soll die Landesregierung aufgefordert werden, ein Konzept zur Koordination staatlichen und zivilgesellschaftlichen Engagements gegen Rechtsextremismus in Thüringen zu erarbeiten. Ja, "in Anbetracht der Ergebnisse des Thüringen-Monitors", nach denen jeder vierte Thüringer rechtsextrem eingestellt ist und sogar mehr als die Hälfte der Befragten rassistische Aussagen unterstützen. Angesichts dessen brauchen wir zivilgesellschaftliche Konzepte, die auf eine Abänderung dieses verheerenden politischen Alltagsklimas abzielen. Denn die Gegenwehr gegen Rechtsextremismus und Rassismus wird nur dann erfolgreich und andauernd sein, wenn der ideologische Teich abgelassen wird, in dem sich Neonazis wie Fische im Wasser bewegen können. Deshalb unterstützen wir den Grundgedanken des CIVITAS-Bundesprogramms, nicht täterorientiert den einzelnen Rechtsextremisten zum Zentrum eines Gegenkonzepts zu machen, sondern den Neonazis das Umfeld zu entziehen. Denn diese Neonazis fühlen sich als Vollstrecker eines zwar nur heimlich, aber oft schon mehrheitlich geäußerten Willens der Bevölkerung. Solange ein gesellschaftliches Klima besteht, wie es der Thüringen-Monitor beschreibt, wird jedem Neonazi, der ins Gefängnis wandert oder der aus der rechten Gemeinschaft durch Angebote aus einer neuen Perspektive herausgelöst wird, ein neuer Neonazi folgen. Solange sich die Alltagskultur und die politischen Einstellungen in der Bevölkerung nicht ändern, werden Opfer rechter Gewalt auch weiterhin auf parteiliche Unterstützung angewiesen sein. Notwendig sind auch weiterhin Beratungsangebote, die sich die Perspektive der Betroffenen von rechter und rassistischer Gewalt zu eigen machen und nicht gleichzeitig die Täter im Blick haben.

Solange es richtig bleibt zu sagen, dass fremdenfeindliche, antisemitische und neofaschistische Äußerungen nicht randständig sind, sondern sich in der Mitte der Gesellschaft finden, solange müssen bürgerschaftlich engagierte Personen und Initiativen gestärkt werden, die auch kritisch gegenüber staatlichen Stellen und politischen Parteien sind, weil auch in Amtsstuben und auf Parteiversammlungen rassistischen Diskriminierungen nicht der nötige entschiedene Widerstand entgegengesetzt wird. Aus dieser gesellschaftspolitischen Analyse heraus und mit einer zivilgesellschaftlichen Strategie setzt das Konzept des Bundesprogramms CIVITAS an. So heißt es in den Richtlinien für das Jahr 2004, Zitat: "Ziel des Programms CIVITAS - Initiative gegen Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern - ist es, eine demokratische, gemeinwesenorientierte Kultur in den neuen Bundesländern einer Ideologie der Ungleichwertigkeit von Menschen, die sich in Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus ausdrückt, entgegenzusetzen. Die Arbeit soll menschenrechtsorientiert sein und die Perspektive der Opfer rechtsextremistischer Gewalt im Blick haben." Dem zivilgesellschaftlichen Konzept des Bundesprogramms, nämlich Rechtsextremismus mit der Verankerung einer Gegenkultur und mit Blickwinkel der Opfer zu begegnen, steht der Ansatz der Koordinierungsstelle Gewaltprävention im Prinzip diametral gegenüber. Schaut man sich die Genese dieser Stelle - schon immer ohne eigene Haushaltsmittel - an, dann ist es auch nicht weiter verwunderlich. Die Forderung vieler gesellschaftlicher Akteure nach einem dem bürgerschaftlichen Engagement verpflichteten Landesprogramm gegen Rassismus und Neofaschismus wurde durch die Mehrheitsfraktion immer abgelehnt. Das CIVITAS-Programm verfolgte bisher den zivilgesellschaftlichen Ansatz der Förderung staatsferner bürgerschaftlicher Strukturen im Gemeinwesen mit dem Ziel, ein ideologisches und kulturelles Gegengewicht zu rechtsextremen und rassistischen Einstellungen zu entwickeln. Die Koordinierungsstelle Gewaltprävention hat von ihrem politischen Ansatz her mit dem Bundesprogramm CIVITAS widerstreitende Arbeitsschwerpunkte und -methoden. So befasst sich die KOST-G z.B. mit Rechtsextremismus unter dem Aspekt des Gewaltbegriffs oder unter dem Titel "Politischer Extremismus". Außerdem forciert die KOST-G einen täterorientierten Umgang mit Neofaschismus und hat diesem Ansatz entsprechende Projekte eingeleitet. Im Sammelsurium der Themen, die von der KOST-G weiterbearbeitet werden, finden sich dann auch noch Drogenprävention und häusliche Gewalt. Außerdem ist die Koordinierungsstelle Gewaltprävention eine staatliche Einrichtung, darüber hinaus noch angesiedelt in einem Ministerium, das dem sicherheitspolitischen Profil der CDU-Fraktion im Landtag verpflichtet ist. Die Landesregierung hat bisher aus ihrer Ablehnung gegenüber dem Leitgedanken des Bundesprogramms CIVITAS keinen Hehl gemacht. Minister Trautvetter äußerte sich bei unterschiedlichen Gelegenheiten dahin gehend, dass eine enge Zusammenarbeit der KOST-G mit den landesweit wirksamen CIVITAS-Projekten aufgrund der unterschiedlichen Herange-

hensweise an die Problematik Rechtsextremismus nicht möglich sei. Und er bestätigt es auch gerade im Moment.

(Zwischenruf Trautvetter, Innenminister: So ist es.)

Insbesondere die Ausrichtung des CIVITAS-Programms auf Realisierung eines örtlichen Gegengewichts zu rechtsextremen Tendenzen und Förderung aufsuchender und niedrigschwelliger Beratungsangebote für Betroffene von rechter Gewalt wird durch die Landesregierung nicht befürwortet. Aber gerade die beiden landesweit wirkenden Projekte MOBIT und ABAD setzen diese Kriterien des Bundesprogramms in ihrer Arbeit um. Unter den oben skizzierten grundlegenden Unterschieden des CIVITAS-Programms zum politischen Ansatz der Koordinierungsstelle bleibt es unverständlich, wieso die SPD-Fraktion die Erarbeitung eines gemeinsamen Konzepts für möglich hält und dazu auch noch eine Landesregierung beauftragt, die nicht anerkennen will, dass es in Thüringen zwar parteilich ungebundene, aber dennoch höchst verbindliche Strukturen des Rechtsextremismus gibt, die sich auf eine zunehmend ideologische Basis in der Bevölkerung stützen können.

Die ewige Leier vom personellen Rückgang in der rechtsextremistischen Szene in Thüringen, von der vermeintlichen Auslösung struktureller Zusammenhänge und die Reduzierung des Rechtsextremismus auf ein Gewalt- oder Jugendproblem, das ist wohl bekannt und das stellt der Landesregierung nachhaltig den Blick auf die tatsächliche Entwicklung in Thüringen. Hier hat sich nämlich ein flächendeckendes Netz so genannter freier Kameradschaften entwickelt, die über die diversen Informationssysteme ihre Aktivitäten koordinieren, ihre Strategien abstimmen und auch Straftaten planen. Nach dem Scheitern des NPD-Verbotsverfahrens, an dem Thüringen einen nicht ganz unwesentlichen Anteil hatte, wird die Zusammenarbeit zwischen den freien Kameradschaften und der NPD offen gepflegt. So kandidiert der Kameradschaftsführer Thorsten Heise auf der Landesliste der NPD zu den nächsten Landtagswahlen auf Platz 3. In den letzten Monaten ist eine Zunahme von lokalen Aktivitäten zu beobachten: Verherrlichung von NS-Kriegsverbrechen, Infostände, Schulungsversammlungen, Skinhead-Konzerte.

Meine Damen und Herren, es ereigneten sich 2003 weit mehr rassistische oder rechtsextrem motivierte Angriffe auf Migranten oder andere Bevölkerungsgruppen, die nicht ins völkische Weltbild der Neonazis passen, als das Innenministerium glauben machen will. Verständigungsprobleme, tiefstes Misstrauen gegenüber staatlichen Behörden auf der Seite der Opfer und oftmaliges Ignorieren oder Verschweigen des politischen Hintergrundes auf der Seite der Institutionen machen erklärbar, warum unabhängige und klientelnahe Beratung der Betroffenen zu weit höheren Opferzahlen in Thüringen kommt als die Landesregierung.

Die Landesregierung ignoriert weiterhin diese Entwicklung und hat sich in den letzten Monaten lieber intensiv damit beschäftigt, die landesweit wirkenden CIVITAS-Projekte zu diskreditieren. Es wäre sinnvoller, die Vielfalt des Engagements gegen Rechtsextremismus und Rassismus zu begrüßen und zu befördern. Die Entscheidung über das Fortbestehen dieser Projekte wird endgültig wohl heute in Berlin getroffen. Schon jetzt steht zu befürchten, dass dem Anspruch des Bundesprogramms verpflichtete Projekte in Thüringen keine weitere Förderung erhalten, da eine befürwortende Stellungnahme der Landesregierung ausblieb, oder sie werden inhaltlich und von ihrem Wirkungskreis her beschnitten werden.

Kritik an dieser Stelle muss aber auch in Richtung des Bundesprogramms CIVITAS selbst gehen. Es ist doch eigentlich absurd, die Förderung staatsferner Projekte von der Zustimmung einer Landesregierung abhängig zu machen. Alleiniger Maßstab bei der Vergabe von Mitteln darf doch nur die fachliche Bewertung sein und nicht die Frage nach dem Wohlverhalten gegenüber den jeweiligen Landesregierungen. Vor diesem Hintergrund ist der Antrag eigentlich nicht geeignet, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen der SPD-Fraktion, das Fortbestehen der landesweit arbeitenden CIVITAS-Projekte zu sichern oder zu befördern. Aber der Antrag wird auch nicht schaden. Er zeigt immerhin ein hilfloses Bemühen, Restbestände der Projekte in eine Kooperation mit der KOST-G hinüberzuretten. Aber statt Abwicklung von ABAD, Zurechtstutzen von MOBIT und der Installierung von Projekten, die dem Leitgedanken des Bundesprogramms wenig entsprechen, sollte die Notwendigkeit staatlich unabhängiger, überregional tätiger und zivilgesellschaftlicher Projekte gegen Rechtsextremismus anerkannt und gefördert werden. Doch das ist leider nicht die Intention des Antrags. Deshalb habe ich meiner Fraktion nur die Enthaltung in der Abstimmung empfehlen können. Danke.

(Beifall bei der PDS)

Vizepräsidentin Ellenberger:

Als Nächste hat sich Frau Groß zu Wort gemeldet. Bitte, Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Groß, CDU:

Sehr verehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich weiß eigentlich gar nicht, Herr Dr. Hahnemann, ob man auf Ihre Rede etwas sagen sollte. Wenn Sie die ...

(Zwischenruf Abg. Dr. Hahnemann, PDS: ... tun Sie es nicht ...)

Ja, am besten wäre es wirklich, man sagt nichts, weil es eigentlich auch nicht angebracht ist.

(Zwischenruf Abg. Dittes, PDS: Sie können es ja auch nicht.)

Wenn Sie von der ewigen Leier und vom Rückgang extremistischer Straftaten sprechen, das mag für Sie eine ewige Leier sein, auch im Thüringen-Monitor war das zu lesen, ich denke, wir oder die Masse hier im hohen Haus sind froh, wenn Straftaten dieser Art zurückgehen. Scheinbar scheint Ihnen das nicht zu gefallen. Da Sie aber immer sagen, dass die Landesregierung oder die CDU-Fraktion Programme kritisiert, so darf ich Ihnen sagen, auch der Bundesrechnungshof hat die Regierungsprogramme gegen Rechtsextremismus charakterisiert und hat sie als uneffektiv dargestellt. Selbst - an die Damen und Herren der SPD-Fraktion - die Friedrich-Ebert-Stiftung hat die Maßnahmen gegen Rechtsradikalismus und Fremdenfeindlichkeit des Bundes evaluiert, mit dem Fazit: Nicht alle Programme, die sich "gegen Rechts" nennen, sind automatisch gut, sondern es ist oft kurzfristige und symbolische Politik.

Das Projekt CIVITAS, eins von drei Aktionsprogrammen des Bundes, wurde im Jahr 2000 aufgelegt. Thüringen erhielt im Jahr 2001 über 5 Mio. € für 179 Projekte. Als gut zu bewerten ist der Anstieg der kommunalen Präventionsprojekte. Ich denke, das ist eine Folge der verbesserten Zusammenarbeit zwischen Bundesministerium, der Servicestelle CIVITAS und auch der KOST-G. Im SPD-Antrag wird die Zusammenarbeit zwischen der KOST-G und dem Bundesprogramm als nebeneinander und als gegeneinander bezeichnet. Ich denke, auch schon in dem Sofortbericht, den Herr Staatssekretär Scherer gehalten hat, sind Punkte aufgezeigt worden, wo zusammengearbeitet wird. Es kann nicht Aufgabe des Landes Thüringen sein, diese Projekte auszuwerten. Im Übrigen war das auch vom Bund so anfangs nicht gewollt, denn bis zum Sommer dieses Jahres ist ja diese Vollfinanzierung gewesen; es gab keinerlei Koordinierung mit den Ländern. Erst nachdem die Finanzierung verändert worden ist, ist ja jetzt das Land mit gefragt. Diese Modellprojekte aus Ihrem Antrag, MOBIT und ABAD, werden vom Bundesministerium selbst bewertet. Wie wir gehört haben, wird wohl im Frühjahr 2004 das Ergebnis erwartet. Die Zusammenarbeit, die schon angesprochen worden ist, hat sich wesentlich verbessert. Aber ich glaube, das ist zurückzuführen auf die Zusammenarbeit mit der Koordinierungsstelle Gewaltprävention des Innenministeriums. An dieser Stelle möchte ich den Mitarbeitern der KOST-G im Innenministerium für ihre engagierte Arbeit danken.

(Beifall bei der CDU)

Es gibt eine Reihe lokaler Projekte, die ihre Anerkennung im kommunalen Bereich finden. Über Sicherung oder Nichtsicherung der Projekte, wie im Antrag beschrieben, wird der Bund selbst entscheiden. Der Antrag hat mich aber veranlasst, die Erfahrungen der Regionalbüros, die es in Gotha und Saalfeld-Rudolstadt gibt, ein-

mal zu erfragen.

Das Jugendamt Gotha hat dem Regionalbüro MOBIT e.V. verschiedene Angebote zu Gesprächen und zur Teilnahme bei Veranstaltungen unterbreitet, die zum großen Teil nicht wahrgenommen worden sind. Dieses Ziel, was MOBIT hat, diese spürbare Vernetzung und Kooperation von Initiativen, Einrichtungen im Blick auf Gewalt, so wird es zumindest vom Jugendamt Gotha eingeschätzt, ist nicht erreicht oder wird zumindest angezweifelt. Man setzt vom Jugendamt Gotha mehr auf etablierte Träger vor Ort.

In Saalfeld-Rudolstadt war das eigentlich noch etwas deutlicher. Man hat dort von einer Schaffung einer Parallelstruktur gesprochen, die nicht bereit ist, mit den örtlichen Trägern zu kooperieren. Die Einschätzung sagt, dass dieses Regionalbüro dort eigentlich für die Region keinen Nutzen bringt.

Ich möchte weiter keine Bewertung vornehmen. Es kann auch manchmal sein, dass das an handelnden Personen liegt. Problematisch sehen wir als CDU-Fraktion die politischen Ansätze von MOBIT und ABAD. Da möchte ich nur, das ist im letzten Plenum diskutiert worden, auf diese antifaschistische Kaffeefahrt hinweisen, wo MOBIT und ABAD Mitveranstalter waren. Als Resümee möchte ich

(Zwischenruf Abg. Dr. Hahnemann, PDS: Das ist doch überhaupt nicht wahr, Frau Groß.)

die Zusammenarbeit, wo sie sinnvoll und möglich ist,

(Zwischenruf Abg. Dr. Hahnemann, PDS: Sagen Sie doch bitte die Wahrheit. Das stimmt nicht, was Sie behaupten.)

sollte ...

(Zwischenruf Abg. Dr. Hahnemann, PDS: Das ist unerträglich. Sie sind schlimmer als der Minister im Ausschuss.)

(Unruhe bei der CDU)

Das nehme ich von Ihnen als Kompliment, Herr Dr. Hahnemann.

(Beifall bei der CDU)

(Zwischenruf Abg. Dr. Hahnemann, PDS: Dann haben Sie mich falsch verstanden.)

Zusammenarbeit sollte sein, aber sie muss von allen auch gewollt und gelebt werden. Sie muss eine fachbezogene Basis haben. Das Land wird nicht die Verantwortung für Bundesprogramme übernehmen, wenn der Bund sich aus der Verantwortung stiehlt. Wir als CDU-Fraktion werden diesen Antrag ablehnen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Ellenberger:

Frau Abgeordnete Pelke. Bitte schön.

Abgeordnete Pelke, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, sehr geehrte Kollegin Groß, ich stimme Ihnen in einem auf jeden Fall zu, es hat immer damit etwas zu tun, welche Menschen an welchem Projekt wie miteinander umgehen. Auch das gehört zu beachten in diesem Zusammenhang.

Zunächst erst einmal, Herr Staatssekretär, vielen Dank für die Berichterstattung. Es ist auch offenkundig, dass sich bereits einiges verändert hat. Auch der Thüringen-Monitor hat uns - genau wie aktuelle Ereignisse, wie zum Beispiel in Suhl und in Ohrdruf - noch einmal die Brisanz des Themas vor Augen geführt. Ich will das auch zugestehen, dass für uns offenkundig geworden ist, dass es Bewegung in der Landesregierung und auch im Ministerium gegeben hat. Herzlichen Dank. Die Landesregierung hat sich bereit erklärt, die Aktivitäten des Vereins "Mobile Beratung in Thüringen" (MOBIT) zu befürworten und hat auch eine entsprechende Stellungnahme abgegeben. Auch dafür herzlichen Dank. Das eine oder andere Gespräch macht doch Sinn, wenn man miteinander redet.

Es ist uns auch, meine Damen und Herren, das will ich hier an diesem Punkt noch einmal sagen, wirklich egal, wer sich dann im Kampf gegen Rechtsextremismus und Rassismus im Lande Thüringen welchen Erfolg sozusagen für sich selbst verbucht. Uns geht es nur darum, dass sich in diesem Feld noch mehr bewegt, als bislang schon getan worden ist. Auch das sage ich ausdrücklich.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen würde ich mir wünschen, dass wir sowohl Ihren Bericht als auch die Überlegungen, die in unserem Antrag festgeschrieben sind hinsichtlich einer gemeinsamen Konzeption, differenziert in den Ausschüssen diskutieren können, in diesem Falle aus unserer Sicht im Innenausschuss. Wir wollen hier nicht nur das Konzept der freien Träger, sondern auch die Konzeption der Koordinierungsstelle Gewalt diskutieren. Da sehe ich das ein Stückchen anders als Kollege Hahnemann. Wir sind wirklich noch optimistisch der Meinung, dass es möglich sein muss, auf einer gemeinsamen Grundlage auch gemeinsam miteinander tätig zu werden, um das, was alle, und das unterstelle ich im positiven Sinne, wollen im Kampf gegen Rechtsextremismus, enger zu vernetzen. Denn davon bin ich, liebe Kolleginnen und Kollegen, felsenfest überzeugt: Nur wenn es uns gelingt, in Zukunft eine bisherige Konkurrenz zwischen verschiedenen Angeboten auszuschließen, und nur wenn es uns gelingt, bei

allen Beteiligten fachlich fundiert und abgestimmt zu handeln, dann werden aus meiner Sicht sowohl das Bundesprogramm als auch die Aktivitäten der Koordinierungsstelle noch besser greifen können und damit einen noch besseren Sinn haben. Genauso wie sich MOBIT fachlich bewegt hat und Veränderungen umsetzt, genauso müsste dies auch der Koordinierungsstelle Gewalt möglich sein und es müsste uns allen gemeinsam gelingen, eine abgestimmte Konzeption und damit auch eine abgestimmte Strategie zu präsentieren. Was in diesem Zusammenhang noch fehlt, ist der dritte Baustein im diskutierten Angebot, dessen Fortführung im Moment noch ungewiss ist; die Opferberatung, bisher vom Verein ABAD durchgeführt, ist nach unserer Meinung und nach unserem Wissen gefährdet. Soweit wir gehört haben, soll dieses über einen anderen Träger abgewickelt werden. Es gibt wohl ein Bekenntnis der Landesregierung zur Opferberatung und wir müssen jetzt abwarten, in welcher Trägerkonstellation dieses zukünftig umgesetzt wird.

Deswegen, liebe Kolleginnen und Kollegen, betrachten Sie das wieder nicht als Schlechttreden von etwas, was gelaufen ist, sondern einfach als gemeinsames Darübernachdenken, wie es noch besser gestaltet werden kann. Wir sollten uns unter der Federführung des Innenausschusses Zeit nehmen, die bisherigen Erfahrungen im Bereich der Koordinierungsstelle und der mobilen Beratungen der Opferberatung zu bilanzieren. Wir sollten uns auch die Zeit nehmen, darauf aufbauend die Strategie für die Zukunft zu entwerfen. Denn sowohl die Situation der öffentlichen Haushalte auf allen Ebenen als auch der unverändert hohe Handlungsbedarf im Bereich des Rechtsextremismus und im Bereich demokratiefeindlicher Aktivitäten sollten für uns Anlass sein, um ein, und so empfinde ich es ab und an, bisheriges Gegeneinander und eine gewisse Konkurrenz an einer Stelle, wo wir sie nicht gebrauchen können, schleunigst zu beenden. Deshalb beantragen wir die Fortführung der Beratung unter Federführung des Innenausschusses dort und im Ausschuss für Soziales, Familie und Gesundheit. Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie dieses mittragen könnten. Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Ellenberger:

Herr Abgeordneter Dittes, das war doch vorhin eine Wortmeldung? Bitte schön.

Abgeordneter Dittes, PDS:

Frau Pelke, aus unserer Sicht ist es eben nicht egal, wer sich im Kampf gegen Rechtsextremismus das größte Etikett aufklebt, sondern es ist wichtig, wie tatsächlich die Handlungsansätze orientieren und wo sie genau angreifen. Da gibt es eben den grundsätzlichen Widerspruch zwischen dem CIVITAS-Programm und der Landesregierung, wenn man die Aussagen des Innenministers ernst nimmt, wenn er sagt, wir lehnen den politischen Ansatz

der Projekte, die nach CIVITAS gefördert sind, ab, weil sie eine demokratische Gegenkultur in den neuen Bundesländern anstreben. Das ist nicht der Ansatz der Thüringer Landesregierung. Aber, Frau Groß, dieser politische Ansatz, den Sie bei dem Träger nicht teilen, ist Handlungsmaxime, ist Handlungsauftrag an die Träger, der sich aus dem CIVITAS-Leitlinienprogramm ergibt und damit sind diese Träger auch verpflichtet, mit ihren Projekten jeweils genauso öffentlich, aber auch im konkreten Handlungsrahmen zu agieren. Das in der Tat ist eben nicht Ihr Handlungsansatz und deswegen ist es eben nicht egal, wer diese Arbeit weiterführt, ob die KOST-G oder die Projekte, die nach dem CIVITAS-Programm tatsächlich auch arbeiten.

Es gibt, und das will ich nicht bestreiten, natürlich auch Möglichkeiten der Kooperation - Herr Scherer, hat es angesprochen in der Arbeitsgruppe -, wo mit ganz unterschiedlichen Ansätzen Erfahrungen ausgetauscht werden können, wo Projekte auch voneinander profitieren können und wo unterschiedliche Handlungsansätze auch ausgewertet werden müssen. Bloß muss man auch dazu bereit sein. Diese Bereitschaft gibt es in der Landesregierung bis zum heutigen Zeitpunkt nicht. Herr Scherer, Sie müssen mir zugestehen, dass ich sehr überrascht gewesen bin über Ihren Redebeitrag, und, ich glaube, Sie wissen das.

(Zuruf Scherer, Staatssekretär: Nein.)

Ich habe hier vorne zwei Ausschussprotokolle, aus denen ich nicht zitieren werde, zu Ihrem Glück, weil ich das nach Geschäftsordnung nicht darf, aber ich darf zumindest zusammenfassen, was Sie dort gesagt haben, Herr Trautvetter. Sie lehnen eine Kooperation mit beiden landesweit arbeitenden Trägern der CIVITAS-Projekte ABAD und MOBIT ab, so lange, bis Sie Ihr Konzept verändert haben, aber Sie lehnen auch ab, mit ihnen darüber zu sprechen, wie denn diese Konzeptänderung mit Ihnen gemeinsam unter Umständen erfolgen soll, damit in Thüringen tatsächlich eine übergreifende Kooperation in der Bekämpfung des Rechtsextremismus, Neofaschismus, Rassismus und Antisemitismus vonstatten geht.

(Unruhe bei der CDU)

Diese Gespräche lehnen Sie ab. Herr Trautvetter, es gibt bis zum heutigen Zeitpunkt im Rahmen der Landesregierung keine eigene Zuständigkeit für das CIVITAS-Programm, keine Zuständigkeit bei einer Behörde oder bei einer Einrichtung der Thüringer Landesregierung, die verbindlicher Ansprechpartner für die Projekte, für die Träger des geförderten CIVITAS-Programms in Thüringen ist. Ich selbst hatte erst vor wenigen Wochen ein Gespräch mit der KOST-G, wo mir dieses ausdrücklich bestätigt worden ist, dass die KOST-G eben nicht verantwortlich ist für das CIVITAS-Programm. Wenn eine solche Verantwortlichkeitserklärung erfolgt, dann müsste man eben auch strukturelle Veränderungen im Rahmen der KOST-G

herbeiführen, aber ich füge hinzu, auch inhaltlich. Es sind aber noch nicht einmal die strukturellen Veränderungen erfolgt. So muss man konstatieren: Es gibt keine Zuständigkeit innerhalb der Landesregierung für die CIVITAS-Projekte in Thüringen.

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Wir haben es doch erst im Ausschuss gehabt. Da hat wieder jemand nicht zugehört. Es ist doch zum Heulen.)

Ich habe die Protokolle hier. Verleiten Sie mich nicht, gegen die Geschäftsordnung zu verstoßen, Herr Fiedler.

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Sie wollen es doch gar nicht zur Kenntnis nehmen. Das ist ja das Schlimme daran, dass die KOST-G immer Ihre Arbeit macht. Das passt Ihnen nicht.)

Wir haben doch eines, Herr Fiedler, vor vier Wochen hier in diesem Haus ganz deutlich gemerkt - da antworte ich auch gleich auf Sie, Frau Groß -: Der Thüringen-Monitor hat uns doch eine dramatische Entwicklung aufgezeigt; 56 Prozent der befragten Thüringer - und es war eine repräsentative Umfrage - sind der Meinung, dass die Bundesrepublik in einem gefährlichen Maße überfremdet ist, und nahezu ein Viertel der befragten Thüringer beantworten alle Fragen, die auf ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild hinweisen, komplett mit Ja oder mit ihrer Zustimmung. Hier geht der Thüringen-Monitor davon aus, dass fast 24 Prozent der befragten Thüringerinnen und Thüringer ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild haben. Das ist doch gerade alarmierend. Und sich darauf zurückzuziehen, dass jetzt hier der Ansatz der KOST-G, die das Problem noch nicht einmal beim Namen nennt, der richtige Ansatz ist, und zu versuchen, die anderen parallel und mit anderen Konzepten tatsächlich arbeitenden Projekte als nicht produktiv, als nicht zielführend in diesem Bereich abzuqualifizieren - Frau Groß, es wäre besser gewesen, Sie hätten überhaupt nicht auf den Redebeitrag von Herrn Hahnemann reagiert, weil Voraussetzung dafür ist, Sie hätten zuhören müssen. Herr Hahnemann hat von der ewigen Leier des personellen Rückgangs im Bereich des organisierten Rechtsextremismus gesprochen, nicht vom Straftatenrückgang. Diese Zahlen aus dem Thüringen-Monitor zeigen doch, dass es überhaupt kein Indiz dafür sein kann, wie Ideologie verankert ist, wenn Straftaten zurückgehen und wenn Organisationsgrad zurückgeht, sondern dass die ideologische Grundlage, die es in Thüringen dafür gibt, zugenommen hat, Mehrheiten gefunden hat, und dagegen müssen wir uns richten und das können wir nicht mehr mit Programmen, die sich ausschließlich auf die Gewaltprävention beziehen, sondern dazu müssen wir tatsächlich eine Gegenkulturbewegung initiieren. Die muss vernetzt werden und dazu braucht es eben auch Institutionen und dazu braucht es auch Strukturen, wie die unter anderem im Rahmen des CIVITAS-Programms geförderten Strukturen welche sind.

(Zwischenruf Abg. Dr. Pietzsch, CDU: Ja, ja.)

Auch der Rückgang der Straftaten, Frau Groß, selbst wenn Sie den sehen und wenn wir den auch in der PKS nachlesen können, ist doch nur ein Indiz für die Entwicklung. Wir waren doch auch diejenigen,

(Zwischenruf Abg. Groß, CDU: Aber man muss es auch einmal zur Kenntnis nehmen.)

die gesagt haben - das nehmen Sie mir bitte ab, da können Sie nachlesen -, das Ansteigen der Straftaten mit rechtsextremem rassistischem Hintergrund ist nicht auf eine veränderte Lagesituation und Organisation im Bereich des Rechtsextremismus zurückzuführen, sondern ist Gradmesser für eine erhöhte Sensibilisierung, für eine erhöhte Anzeigebereitschaft, für eine erhöhte Aufmerksamkeit bei Bürgerinnen, aber auch bei Institutionen, aber auch bei den Behörden des Staates. Diese Sensibilisierung, diese Aufmerksamkeit hat abgenommen und dazu haben Sie auch einen Teil an politischer Verantwortung mit beigetragen. Straftaten allein, das zeigt doch der Thüringen-Monitor, sind nicht der Gradmesser für eine ideologische Verankerung von rechtsextremen Positionen in Thüringen. Nehmen Sie doch wenigstens diese Untersuchung, die Sie selbst in Auftrag gegeben haben, einmal ernst.

(Zwischenruf Abg. Dr. Pietzsch, CDU:
Klimmzüge werden olympische Disziplin.)

Ich habe es akustisch nicht verstanden, Herr Pietzsch. Ein Letztes, Frau Groß, und auch persönlich, meine Damen und Herren: Die antifaschistische Kaffeefahrt, die scheint ja nun langsam ein Synonym zu werden, die geht wahrscheinlich irgendwann auch noch einmal in das Herkunftswörterbuch ein und dann wird man dort lesen können: Die antifaschistische Kaffeefahrt war kein Krawallkommando von irgendwelchen autonomen Antifaschisten, sondern

(Unruhe bei der CDU)

- Frau Groß, Herr Trautvetter - die antifaschistische Kaffeefahrt wurde organisiert von der Landesarbeitsgemeinschaft Antifaschismus und Antirassismus. Weder MOBIT noch ABAD waren Mitveranstalter. Ich will Ihnen auch kurz die Orte skizzieren, an denen die antifaschistische Kaffeefahrt Halt gemacht hat.

(Zwischenruf Abg. Groß, CDU: Das haben wir doch schon letztes Mal gemacht.)

Nein, das haben wir das letzte Mal nicht gemacht. Der erste Ort, Frau Groß, und das dürften Sie kennen, war der Hauptfriedhof in Gotha, nachdem dort wenige Wochen zuvor durch Rechtsextremisten das sowjetische Ehrenmal und der Friedhof für die Kinder von Zwangsarbeitern geschändet worden sind. Dort hat die antifaschistische Kaffeefahrt kurz angehalten, hat sich über die

Situation vor Ort informiert, hat zum politischen und historischen Hintergrund dieser Ehrenfriedhöfe gesprochen und hat Blumen für die Opfer niedergelegt. Das war der erste Anlaufpunkt für die von Ihnen

(Zwischenruf Abg. Groß, CDU: Aber es geht ja noch weiter.)

verteufelte antifaschistische Kaffeefahrt. Der zweite Anlaufpunkt für die antifaschistische Kaffeefahrt war Ohrdruf. Und Ohrdruf ist ein Ort, an dem sich signifikant die Übergriffe auf Migrantinnen im letzten Jahr gehäuft haben, wo erst vor zwei oder einer Woche die Polizei in Thüringen ein in der Öffentlichkeit genanntes Sprengstofflabor plus Beratungsraum ausgehoben hat. Es gibt also eine Berechtigung, auch auf solche Orte hinzuweisen. Der nächste Ort war Jena, dort wurde hingewiesen auf eine Ärztin, die dort noch wohnt, die im Rahmen des Euthanasieprogramms mitgewirkt hat. Es waren zwei Immobilien in Jena Gegenstand der antifaschistischen Kaffeefahrt mit Kundgebung, die von Rechtsextremisten als Anlauf- und Strukturierungsorte genutzt werden. Es war letztendlich in Gera eine Station, ein Ort, ein Stadtteil von Gera, wo Nazis die Hegemonialmacht übernommen haben, wo auch optisch spürbar ist

(Unruhe bei der CDU)

durch Aufkleber, wer in diesem Stadtteil das Sagen hat. Es war ein Versandgeschäft Gegenstand der antifaschistischen Kaffeefahrt, welches für den Versand rechtsextremistischer Musik tatsächlich verantwortlich zeichnet. Das zeigt doch auch diese Themenvielfalt, die da von der LAG aufgegriffen worden ist, zeigt doch auch die Themenvielfalt, wenn wir über Rechtsextremismus reden und legt doch geradezu nahe, dass es auch vielfältige Konzepte zur Bekämpfung von Rechtsextremismus geben muss, als alleinig auf Gewaltstraftaten oder Straftaten im Allgemeinen abzielen. Das ist der grundlegende Unterschied zwischen dem Ansinnen der Landesregierung einerseits und dem Ansinnen des CIVITAS-Programms. Eines hat Herr Scherer nicht erwähnt, als er die Leitlinien angesprochen hat, nämlich, dass die Landesregierung aufgefordert ist, eine fachliche Stellungnahme abzugeben, bei aller Kritik, die ich teile, dass die Fachlichkeit durch die Landesregierung selbst nicht begründet werden kann, nicht eingeschätzt werden kann. Aber diese fehlende Stellungnahme der Landesregierung bei zumindest einem Projekt führt wahrscheinlich dazu, dass dieses Projekt mit dem mittlerweile, wie Herr Scherer hier versucht glaubhaft zu vermitteln, eine konstruktive Arbeitsatmosphäre gefunden wird, ab dem 1. Januar nicht mehr besteht. Ich denke, vor diesem Hintergrund sollte man tatsächlich dieses widersprüchliche Verhalten der Landesregierung, nämlich einerseits sich im Ausschuss zu beteiligen an Diffamierungs- und Diskreditierungskampagnen gegen CIVITAS-Programme und gegen deren Träger und das taktische Verhalten von Herrn Scherer hier im Landtag, bewerten und vor diesem Hintergrund bewerten wir auch oder

entscheiden wir auch, wie wir uns zum Antrag der SPD verhalten werden, nämlich dort eine engere Kooperation zwischen beiden zu ermöglichen. Wir glauben, dass eine Kooperation möglich ist bei Beibehaltung der Eigenständigkeit und Beibehaltung der politischen Zielsetzung dieses CIVITAS-Programms. Nur leider haben wir den Eindruck, dass das mit dem Antrag der SPD nicht angegangen wird. Vielen Dank.

(Beifall bei der PDS)

Vizepräsidentin Ellenberger:

Gibt es weitere Wortmeldungen? Dann Herr Minister Trautvetter, bitte schön.

Trautvetter, Innenminister:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, vielleicht einige Bemerkungen noch dazu. Herr Dittes, Sie haben vollkommen Recht, die Koordinierungsstelle ist nicht für CIVITAS verantwortlich, weil CIVITAS ein Bundesprogramm ist und die Koordinierungsstelle

(Beifall bei der CDU)

ist keine Bundeseinrichtung, sondern eine Landeseinrichtung und als solche ist für CIVITAS der Bund verantwortlich. Wir können dort auch gar nicht in die Verantwortung hinein, weil wir keine Zuständigkeit haben. Aber die Koordinierungsstelle Gewaltprävention arbeitet sehr gut mit CIVITAS zusammen. Es gibt eine hervorragende Zusammenarbeit und Frau Salzmann ist seit September dieses Jahres im Kuratorium für die CIVITAS-Projekte.

(Beifall bei der CDU)

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Das war ja das, wo er nicht zugehört hat. So macht er das immer.)

Sie erwecken den Eindruck, es gäbe in Thüringen nur zwei CIVITAS-Projekte.

(Zwischenruf Abg. Dittes, PDS: Ich rede über die, die landesweit arbeiten.)

Sie erwecken den Eindruck, in Thüringen wären nur MOBIT und ABAD tätig. Wir haben im Jahr 2001 50 CIVITAS-Projekte in Thüringen, im Jahr 2002 63 CIVITAS-Projekte, im Jahr 2003 zum jetzigen Stand 37 CIVITAS-Projekte.

(Zwischenruf Abg. Dittes, PDS: Zeitweise befristet oder kommunal.)

Die sind nicht landesweit, die sind regional tätig, aber es sind CIVITAS-Projekte. Wenn Sie schon die antifaschi-

stische Kaffeefahrt erwähnen, jawohl, man kann auf solche Orte hinweisen. Aber die Teilnehmer von solchen Fahrten haben nicht das Recht dann gewalttätig gegen Personen vorzugehen, die sich an solchen Orten aufhalten.

(Beifall bei der CDU)

Das ist der große Unterschied. Natürlich gibt es Bewegung, vor allem bei MOBIT, und wir führen Gespräche. Frau Pelke, wir sind zwar noch weit davon entfernt jetzt Jubelrufe auszustoßen und positive Stellungnahmen zu schreiben, aber es ist auch für 2004 nicht notwendig, weil 2004 MOBIT ohne Landesmittel auskommt, und wir werden sicherlich 2004 gut zusammenarbeiten. Herr Hahnemann hat genau eigentlich die Intentionen der CIVITAS-Projekte beschrieben, wie sie auch vorgegeben werden, nämlich demokratische Strukturen stärken. Ich will es nur an einem Beispiel deutlich machen, warum ABAD momentan kein Partner für uns sein kann. Das Demonstrationsrecht ist eine Errungenschaft der Demokratie; es gilt aber auch deutschlandweit anerkannt das Vermummungsgebot.

(Beifall bei der CDU)

Demzufolge kann es nicht sein, wenn zu einem Rockkonzert mit gleichzeitig stattfindender Demonstration aufgerufen wird, aber die Grundregeln des demokratischen Umgangs missachtet werden, indem auf diesen Ankündigungsplakaten direkt zur Vermummung aufgerufen wird.

(Zwischenruf Abg. Dittes, PDS: Aufrufer war nicht ABAD.)

(Beifall bei der CDU)

Das kann nicht sein. Das ist ja nun leider kein Einzelfall, sondern ich kann auch daran erinnern, das Plakat von ABAD im Jahre 2002 ist ja nicht von der Landesregierung zurückgezogen worden. Die Forderung ist ja vom Bund aufgemacht worden, dass ABAD das Plakat, das kalte Herz, zurückzieht.

Vizepräsidentin Ellenberger:

Herr Minister, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

Trautvetter, Innenminister:

Bitte, Herr Hahnemann.

Abgeordneter Dr. Hahnemann, PDS:

Herr Minister, können Sie mir sagen, wie oft wir Ihnen sagen und belegen müssen, dass ABAD für diese Dinge nicht verantwortlich ist, dass Sie es bereit sind zur Kenntnis zu nehmen?

Trautvetter, Innenminister:

"ABAD" steht auf dem Plakat drauf,

(Zwischenruf Abg. Dittes, PDS: Da steht auch "CIVITAS" drauf.)

"CIVITAS" und "ABAD" steht auf diesem Plakat drauf. CIVITAS hat sich gegen dieses Plakat verwahrt.

(Beifall bei der CDU)

Das ist Realität und deswegen werden wir sehr wohl sicher mit MOBIT weiter arbeiten. Mit ABAD ist unter der Überlegung, wie ABAD vorgeht, keine Zusammenarbeit mit der Landesregierung möglich.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Ellenberger:

Herr Minister Trautvetter, lassen Sie eine zweite Zwischenfrage zu?

Trautvetter, Innenminister:

Aber bitte.

Abgeordneter Dittes, PDS:

Ist Ihnen bekannt, Herr Trautvetter, oder sind Sie bereit zur Kenntnis zu nehmen, dass ABAD in einem Schreiben an die Servicestelle CIVITAS deutlich gemacht hat, dass dieses Plakat, was Sie eben hochgehalten haben, ohne Kenntnis von ABAD angefertigt worden ist und sie dieses Plakat auch nicht zu verantworten haben wie auch die selbige Veranstaltung nicht?

(Unruhe bei der CDU)

Trautvetter, Innenminister:

Entschuldigung, für urheberrechtliche Auseinandersetzungen und Streitigkeiten ist nicht die Landesregierung verantwortlich.

(Beifall bei der CDU)

Dann hätte ABAD sich auch mal öffentlich davon distanzieren sollen und nicht mit einem Schreiben zu CIVITAS, sondern öffentlich in Thüringen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Ellenberger:

Es gibt für mich sichtbar keine weiteren Wortmeldungen. Wir können die Aussprache schließen und reden jetzt über den Antrag, diesen Bericht im Ausschuss weiterzu-

beraten. Zunächst einmal, alle drei Fraktionen haben die Aussprache zum Bericht beantragt, so dass auch alle drei Fraktionen einverstanden sein müssen mit so einem Antrag, den Bericht im Ausschuss weiterzubearbeiten.

(Zwischenruf Abg. Dittes, PDS: Aber der Antrag ist abzustimmen.)

Die CDU-Fraktion ist nicht einverstanden? Dann brauchen wir das nicht abzustimmen. Dann bleibt nur noch die Frage: Gibt es Widerspruch dazu, dass dem Berichtersuchen Genüge getan wurde? Das ist nicht der Fall, dann kann ich feststellen, das Berichtersuchen ist erfüllt und wir können den Tagesordnungspunkt 13 abschließen.

(Zwischenruf Abg. Dr. Pidde, SPD: Aber wir müssen noch über Teil 1 des Antrags abstimmen.)

Entschuldigung. Ja, ich muss noch über etwas anderes abstimmen lassen. Entschuldigung. Jetzt gibt es noch die Nummer 1 des Antrags abzustimmen. Das hatte ich übersehen, ich bitte um Entschuldigung.

(Heiterkeit bei der CDU)

Herr Abgeordneter Stauch, Sie werden gewiss namentliche Abstimmung beantragen.

Abgeordneter Stauch, CDU:

Wir möchten zu Punkt 1 namentliche Abstimmung beantragen.

Vizepräsidentin Ellenberger:

Dann bitte ich die Schriftführer die Stimmkarten einzusammeln.

Ich nehme an, dass alle Abgeordneten ihre Stimmkarten abgeben konnten. Ich bitte um Auszählung.

Das Abstimmergebnis zu Punkt 1 des Antrags der SPD-Fraktion in Drucksache 3/3817 liegt vor. Es wurden 67 Stimmen abgegeben, davon 14 Jastimmen, 41 Neinstimmen, 12 Enthaltungen. Damit ist dieser Punkt des Antrags mit Mehrheit abgelehnt (namentliche Abstimmung siehe Anlage 2).

Jetzt können wir aber tatsächlich den Tagesordnungspunkt 13 abschließen und ich rufe den **Tagesordnungspunkt 14** auf

Zusammenarbeit von Jugendhilfe und Arbeitsverwaltung

Antrag der Fraktion der SPD
- Drucksache 3/3819 -

Die Begründung wird nicht gewünscht, wir kommen dann zur Aussprache und ich bitte zunächst Frau Abgeordnete Pelke ans Rednerpult.

Abgeordnete Pelke, SPD:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, sehr geehrte Frau Präsidentin, lassen Sie mich ganz kurz erläutern, worum es uns mit unserem Antrag geht.

1. Das Land Thüringen hat wie kein zweites Bundesland sich zum Themenbereich "Jugendberufshilfe" bekannt. Ausdrücklich wurde mit § 19 des Thüringer Kinder- und Jugendhilfeausführungsgesetzes den öffentlichen Trägern auf kommunaler Ebene und auf Landesebene der Auftrag erteilt, die Angebote der Arbeitsverwaltung bedarfsgerecht zu ergänzen. Weiterhin sollen die öffentlichen Träger der Jugendhilfe im Zusammenwirken mit der Arbeitsverwaltung darauf hinwirken, dass besonders benachteiligte Jugendliche, darüber hinaus natürlich alle Jugendlichen insgesamt, aber besonders benachteiligte Jugendliche Angebote zur beruflichen Integration erhalten. Dies ist ein aktiver Handlungsauftrag für die Jugendhilfe sowohl auf Landes- als auch auf der kommunalen Ebene. Trotz unterschiedlicher Bewertungen sind wir ja wohl alle der Meinung, dass die Arbeitsverwaltung mit ihren Beratungsangeboten noch deutlich verbessert werden muss. Wenn ich den zu Hartz IV konkurrierenden Antrag des Existenzgrundlagengesetzes der CDU richtig lese und auch die politischen Diskussionen dazu hoffentlich richtig verfolgt habe, so scheint eigentlich bei aller Unterschiedlichkeit, was die Auffassung der CDU angeht, aber zumindest Übereinstimmung zu bestehen, dass sich die Sozialhilfe und die Jugendhilfe entsprechend einzubringen haben.

Also kurz gesagt, wenn man die gesetzlichen Grundlagen ernst nimmt und wenn man darüber hinaus die Kooperationsvereinbarung zur Zusammenarbeit von Jugendhilfe und Arbeitsverwaltung bei der Integration benachteiligter Jugendlicher - diese Vereinbarung ist bereits von 1994 - ernst nimmt, dann, liebe Kolleginnen und Kollegen, müsste die Jugendhilfe längst aktiv sein und längst müsste es ein intensives Zusammenwirken der Jugendhilfe mit der Arbeitsverwaltung auf örtlicher Ebene und des Fachressorts und seiner nachgeordneten Behörden mit dem Landesarbeitsamt auf überörtlicher Ebene geben. Ich kann Ihnen aber sagen, aus meiner Erfahrung zumindest, dass die Jugendhilfe dieses Arbeitsfeld immer mehr verlässt und schuldzuweisend auf die Arbeitsverwaltung verweist. Den entscheidenden Impuls allerdings in diese Richtung hat auch die Landesregierung mit der Veränderung der Finanzierung des Landesprogramms Jugendberufshilfe vorgenommen. Ich bitte Sie einfach, genau darauf zu achten, welchen fachlichen Einfluss die Jugendhilfe auf kommunaler Ebene und auf Landesebene tatsächlich bei der Neugestaltung von Beratungsangeboten mit der Bundesanstalt für Arbeit geltend macht. Hier, meine Damen und Herren, gibt es eine erhebliche und eine zunehmend größer werdende Diskrepanz zwischen der Rechtsgrundlage auf der

einen Seite und dem tatsächlichen Handeln der Jugendhilfe auf der anderen Seite. Sie ist aus meiner Sicht in diesem Rahmen fast nicht mehr existent und das ist für mich so ein Stückchen Flucht vor der Verantwortung.

Zum Punkt 2, weshalb dieser Antrag aus unserer Sicht wichtig ist weiterberaten zu werden: Die Bundesanstalt für Arbeit schreibt zunehmend Maßnahmen der so genannten Benachteiligtenförderung nach VOL aus. Kolleginnen und Kollegen von der CDU, wenn Sie vielleicht zuhören, das hat auch ein bisschen was mit Kritik in dieser Richtung zu tun, nicht dass Sie wieder sagen, wir zeigen nur mit dem Finger auf die eine Seite. Es sind uns Ausschreibungsverfahren bekannt, die kleine Träger der Jugendsozialarbeit aufgrund der Größenordnungen faktisch ausschließen.

(Zwischenruf Abg. Schugens, CDU: Das wissen wir schon.)

Darüber hinaus hat es Bestrebungen der Bundesanstalt für Arbeit gegeben, die Ausschreibungsverfahren auch für die Benachteiligtenförderung zumindest auf der Ebene des Landesarbeitsamtes zu konzentrieren und auch dort zu entscheiden. All dies wurde nicht etwa von den öffentlichen Trägern der Jugendhilfe auf Landes- oder auch auf kommunaler Ebene wahrgenommen, sondern ausschließlich von den freien Trägern, die in dieser Angelegenheit schon seit Wochen Sturm laufen. Das ist für mich ein deutliches Indiz, dass sich die Jugendhilfe von Mitverantwortung in diesem Falle hier im Freistaat Thüringen weit gehend verabschiedet hat. Wie aber soll denn Jugendhilfe ergänzend Leistungen erbringen, wenn sie in keiner Weise zumindest über die künftige Struktur der Angebote informiert wird oder wenn sie nicht informiert werden will? Wie soll die Jugendhilfeplanung im Bereich der Jugendsozialarbeit erfolgen, wenn der größte Teil der Mittel, zum Glück unverändert, von der BA kommt, die Jugendhilfe aber offenbar wenig Interesse an den Strategien der Arbeitsverwaltung hat? Wie soll die Jugendhilfe Trägervielfalt und auch Qualität gewährleisten, wenn die in den vergangenen Jahren mühsam entwickelte regionale Struktur plötzlich durch diese veränderte und auch nicht positive Geschäftspolitik der BA und das Desinteresse der öffentlichen Jugendhilfe in Frage gestellt wird. Wie also soll, liebe Kolleginnen und Kollegen, Qualität gewährleistet werden, wenn zu befürchten ist, dass allein der Preis eine Rolle spielen wird? Aus allen Erfahrungen wissen wir, Sie genauso wie ich, dass ein derartiger Prozess über kurz oder lang zu Fehlentwicklungen und auch zu Leistungsdefiziten führt, und erst dann, leider erst dann, nachgesteuert wird. Noch besteht die Möglichkeit gestaltend Einfluss zu nehmen, in Kooperation mit der Arbeitsverwaltung Verantwortung wahrzunehmen. Wenn sich hier etwas ändern soll, dann muss auch dieser gesetzliche Auftrag nun ernst genommen werden, meine Damen und Herren, und vor allen Dingen auch in Richtung der Landesregierung, dann muss auf Ebene des zuständigen Fachressorts im wahrsten Sinne des Wortes nun endlich losge-

legt werden, was diese Zusammenarbeit angeht. Natürlich müssen sich die Landkreise, wenn ich das von Ihnen wieder gesagt bekomme, und die kreisfreien Städte in ihrer Rolle als örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe zum Aufgabenbereich der Jugendberufshilfe bekennen und nicht nur bekennen, sondern auch handeln. Sonst besteht die Gefahr, ich sage es an dieser Stelle noch mal, dass mühsam entwickelte kleinteilige Strukturen, die wir in diesem Bereich brauchen, im Bereich der Jugendsozialarbeit und der Jugendberufshilfe zerstört werden. Ich erinnere mich gut an eine Tagung beim paritätischen Wohlfahrtsverband zum Aufbau der Job-Center und ich erinnere mich auch an Gespräche mit dem Sozialamt in Erfurt und mit dem Arbeitsamt in Erfurt. Wenn das in anderen Bereichen anders ist, vielleicht können Sie darüber auch noch mal was sagen. Es ist gut, und ich bitte das einfach zur Kenntnis zu nehmen, dass Sie, meine Damen und Herren von der Landesregierung, möglicherweise offenbar aufgrund unserer Nachfrage nunmehr in diesem Bereich tätig werden. Nicht, dass Sie das falsch verstehen, das heißt nicht, dass Sie gar nichts gemacht haben, sondern es geht um diesen Aspekt der Einbindung in diese Strukturen. Wenn jetzt die oberste Landesjugendbehörde zukünftig auf die Arbeitsverwaltung zugeht und damit auch als ernsthafter Verhandlungspartner auftritt, dann kann uns das nur recht sein. Ich denke, es wurde auch Zeit, weil bislang in dieser Frage nichts Bemerkenswertes geschehen ist. Die Vertreterin seinerzeit des Landesarbeitsamtes jedenfalls bei der von mir genannten Tagung erklärte auf Nachfrage, dass die Sozialämter Ansprechpartner sind und die Jugendämter so hier und da mal beteiligt werden. Da hörte man deutlich heraus, welcher Stellenwert den Jugendämtern eingeräumt wurde. Das ist dann aus dieser Sicht auch verständlich, denn wenn Jugendhilfe sich kaum rührt und auch nicht selbstbewusst auftritt und ihren Lobbyauftrag für junge Menschen tatsächlich wahrnimmt, dann muss man sich nicht wundern, wenn die Stimme der Jugendhilfe auch nicht gehört wird.

Bei unseren Gesprächen im Arbeitsamt Erfurt war leider auch von der örtlichen Jugendhilfe wenig zu hören. Positiv zu bemerken war allerdings, dass das Sozialamt in sehr couragierter Form auftrat. Genau das ist nämlich das Problem. Wenn die Jugendlichen oder junge Menschen erst im Sozialamt sind, dann heißt das, dass sie schon zwei oder drei Jahre erfolgloser Bemühungen hinter sich haben und dass wir es dann mit Problemfällen zu tun haben, sowohl aus Sicht des Betroffenen als auch aus Sicht derer, die dann mit Begleitmaßnahmen versuchen müssen hier Abhilfe zu schaffen.

Deswegen sollten auch die Ausschreibungsverfahren der Bundesanstalt für Arbeit, auch das an die Landesregierung, zumindest dort, wo es diesen Personenkreis betrifft, mit denen auch Jugend- und Sozialhilfe zu tun hat, wirklich nicht beschönigt werden. Sie müssen nur einmal bei den Vertretern der Liga nachfragen, wie das dort empfunden wird. Es ist doch auch sonst, liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU, Ihr ganz besonderes Anliegen, Trägervielfalt und freie Träger innerhalb der Jugendhilfe und auch der

Sozialhilfe einzufordern. Das ist auch richtig, wenn wir auch in Einzelpunkten dort unterschiedliche Auffassungen haben, was die Verantwortung der öffentlichen Hand angeht, aber zu Trägervielfalt und freien Trägern stehen wir alle.

Wenn aber jetzt auf völlig anderen Grundlagen eine Ausschreibung durch die Bundesanstalt für Arbeit erfolgt und wenn diese Ausschreibung auch von der regionalen Ebene weggeht bzw. verlagert wird, dann kann ich nur garantieren, und das leider im negativen Sinne, dass das Ausschreibungsergebnis nur noch an einem, nämlich am Preis gemessen wird und nicht mehr im Interesse der Menschen liegt.

(Beifall bei der SPD)

Wenn sich in dieser Situation die Jugendhilfe, die einen fachlichen Anspruch zu vertreten hat, heraushält, dann ist das an dem Punkt, und das will ich auch so deutlich sagen, verantwortungslos, und nicht nur das, sondern es wird natürlich am Ende auch teurer. Zur Erinnerung: Die Jugendhilfe soll die Angebote der Arbeitsverwaltung ergänzen und sie wird umso mehr ergänzen müssen, je schlechter die Grundlage der Arbeitsverwaltung ist. Deshalb muss es im originären Interesse des Sozialministeriums und auch der örtlichen Jugendämter liegen, in den Gestaltungsprozess des Arbeitsamts, der Arbeitsverwaltung mit einzugreifen. Genau aus diesem Grund muss es in Zukunft innerhalb der Job-Center, darauf hatten wir vorhin schon mal verwiesen, einen speziellen Servicebereich für junge Menschen und deren Eltern geben, weil genau dort sich dann Jugendhilfe einbringen muss mit all den ergänzenden Angeboten, die notwendig sind.

Deswegen sage ich noch mal ganz deutlich: Thüringen hat eine gute rechtliche Grundlage, aber diese muss auch umgesetzt werden. Genau das muss in Anspruch genommen werden, was ich gesagt habe, Jugendhilfe muss den Einfluss innerhalb der Arbeitsverwaltung für sich in Anspruch nehmen. Wir werden in den nächsten Tagen oder Wochen, wie ich hoffe, die Ergebnisse des Vermittlungsausschusses auf den Tisch bekommen

(Beifall bei der SPD)

und wir werden uns im Interesse von unseren Thüringer Jugendlichen und deren Eltern darüber einen Kopf machen müssen, wie die Angebote von Arbeitsverwaltung, von Jugendhilfe und von Sozialhilfe aufeinander abgestimmt und miteinander verknüpft werden können und wie sie möglicherweise sogar auch institutionell zukünftig in Thüringen zu verankern sind. Deswegen möchte ich Sie an diesem Punkt herzlich bitten, gemeinsam mit uns diesen Antrag an den Ausschuss für Soziales, Familie und Gesundheit zu überweisen und ihn dort möglicherweise auch unter Hinzuziehung von Experten, beispielsweise der Arbeitsverwaltung oder anderer auch von Ihnen zu benennender Experten, zu beraten. Aus unserer Sicht ist es jedenfalls nicht

damit getan weiter abzuwarten, den politischen Handlungsauftrag der Jugendhilfe über Bord zu schmeißen und zu versuchen ihn mit anderen Programmen, die man anbietet, zu kompensieren. Ich bitte deshalb um Ihre Zustimmung, diesen Antrag an den Ausschuss für Soziales, Familie und Gesundheit zu überweisen. Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Ellenberger:

Frau Abgeordnete Vopel, bitte schön.

Abgeordnete Vopel, CDU:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, Frau Kollegin Pelke, der geneigte Zuhörer läuft Gefahr zu meinen, die Landesregierung kann die Bundesanstalt für Arbeit beeinflussen oder gar anweisen. Das muss man mal so deutlich sagen, so klang das im Moment.

(Beifall bei der CDU)

Der vorliegende Antrag, der die Zusammenarbeit von Jugendhilfe und Arbeitsverwaltung beinhaltet und sich bezieht - ich sage es jetzt mal verkürzt, da weiß jeder, was gemeint ist - auf die bisher in Kraft getretenen und künftigen, sich noch im Vermittlungsausschuss befindenden Hartz-Gesetze, der geht in großen Teilen an die falsche Adresse, so einfach ist das, der geht in großen Teilen an die falsche Adresse. Sie beauftragen die Landesregierung, die Fehler, die die Bundesregierung bei ihrer Gesetzgebung gemacht hat, wieder zu revidieren, und das kann es ja wohl nicht sein.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben im Vorfeld darauf hingewiesen, das fängt ja bei Job-Aktiv und Hartz I und II, bei allem an, was es für die neuen Länder bedeutet. Wir haben Änderungsvorschläge gemacht, die abgelehnt worden sind. Wir sind beschimpft worden, dass wir die Gesetze abgelehnt haben, und jetzt, wo sie in Kraft sind und sich herausstellt, dass sie zuungunsten unserer Menschen, unserer Jugendlichen, aber auch aller anderen Arbeitslosen sind, da kommen Sie her und sagen, so, Landesregierung, nun tue mal etwas dagegen. So kann es eigentlich nicht sein.

(Beifall bei der CDU)

(Zwischenruf Abg. Pelke, SPD: Wenn Sie uns missverstehen wollen.)

Nein, ich will Sie gar nicht missverstehen. Wir haben immer auf die unterschiedlichen Ausgangslagen aufmerksam gemacht. Frau Pelke, ich komme dann im zweiten Punkt Ihres Antrags noch dazu, dann geben Sie doch mal Herrn Matschie diesen Antrag mit. Der hat in jeder Zeitung verkündet, er will alle Kanäle nutzen, um für uns zu

werben, um für uns positive Dinge zu bewirken. Nun soll er das doch bitte schön nicht nur bei Interviews machen, sondern soll es tatsächlich mal tun.

(Beifall bei der CDU)

(Zwischenruf Abg. Gentzel, SPD: Böse Polemik, ganz böse.)

Nein, das hat mit Polemik überhaupt nichts zu tun. Aber es kann doch nicht sein, dass wir für die Dinge verantwortlich gemacht werden, die in Berlin versaut werden, zum Kuckuck noch mal.

(Zwischenruf Abg. Pelke, SPD: Das habe ich doch gar nicht gesagt, so hören Sie doch zu ...)

Ich habe sehr gut zugehört, Frau Pelke.

Nun zu Ihren beiden Punkten in Ihrem Antrag: Sie wissen es besser, das weiß ich, weil Sie im Landesjugendhilfeausschuss sind, und Sie wissen, dass sich der Landesjugendhilfeausschuss sehr ausführlich mit all diesen Dingen wie Hartz I und II befasst hat, es geht aber weiter. Es gibt doch mittlerweile eine ganze Reihe von Gesprächen in den Kommunen auf Basis der Kooperationsempfehlung mit dem Wirtschaftsministerium, mit dem Landesarbeitsamt Sachsen-Anhalt/Thüringen und mit dem Landesamt für Soziales und Familie. Diese Gespräche haben doch stattgefunden, das wissen Sie doch ganz genau. Sie wissen auch ganz genau, dass man - wir haben kommunale Selbstverwaltung - in den einzelnen Kommunen unterschiedlich reagiert. Und Sie wissen auch ganz genau, dass wir da niemanden anweisen oder drücken können, dass die Prioritäten da sehr unterschiedlich gesetzt sind. Es gibt Beispiele, wo das alles recht gut funktioniert, auch die Einbindung der Jugendhilfeausschüsse. Ich bilde mir ein, dass es in unserem Landkreis so ist, obwohl das sehr schwierig ist, z.B. gegen unsere Kreisspitze. Der Kreisjugendhilfeausschuss müht sich bei uns redlich, aber er hat es da nicht immer einfach. Es gibt Landkreise oder auch kreisfreie Städte, wo das sehr gut funktioniert. Deswegen kann man hier nicht pauschal sagen, die Landesregierung muss da endlich mal was tun; es ist von Anfang an, seitdem die neuen Gesetze avisiert waren und in Kraft getreten sind, was getan worden. Was am Ende beim Vermittlungsausschuss rauskommt, das können Sie heute noch nicht sagen und das kann ich nicht sagen. Ich gehe mal davon aus, dass die Leute, die an diesem Tisch sitzen, selbst noch nicht wissen, was wirklich am Ende beschlossen wird. Wenn dann der Beschluss vorliegt, bin ich mir ziemlich sicher, dass alle zuständigen Stellen sich sehr schnell an einen Tisch setzen werden. Ich habe neulich auch mit den Leitern der Arbeitsämter gesprochen und wir haben auch mit dem Präsidenten - noch nennt er sich ja wohl so - des Landesarbeitsamts Sachsen-Anhalt/Thüringen gesprochen. Wenn Sie in Ihrem ersten Punkt die künftigen regionalen Strukturen der Arbeitsämter ansprechen, dann wissen Sie so gut wie ich, dass die Leute da so verunsichert sind, da sie

ihre eigenen Strukturen Ende Dezember noch nicht kennen, die Anfang Januar in Kraft treten sollen. Das ist doch im Moment die Wirklichkeit

(Beifall bei der CDU)

und das können Sie nun wirklich nicht dieser Landesregierung anlasten.

Zum Punkt 2 möchte ich eines sagen: Die Ausschreibungsverfahren beklagen wir genauso wie Sie. Das betrifft überhaupt nicht nur benachteiligte Jugendliche; wir haben es kürzlich beim Arbeitsamtsgespräch hier in Erfurt besprochen. Ich sage das auch, ich habe immer auf dem Standpunkt gestanden, wir haben auch Trägerstrukturen dabei gehabt, da ließ die Qualität zu wünschen übrig, aber im Großen und Ganzen sind doch ganz vernünftige Trägerstrukturen in Thüringen mittlerweile vorhanden. Wenn die Ausschreibungslose jetzt so gewählt sind, dass unsere Leute überhaupt nicht zum Zuge kommen, dann ist das einfach nicht machbar. Aber auch da kann ich nur sagen, sagen Sie das Ihren Leuten in Berlin. Dort ist das verzapft worden, das ist die Achse Berlin-Nürnberg, die das verzapft hat, und nicht die Landesregierung in Erfurt.

(Beifall bei der CDU)

Ja, es ist doch so. Und eines muss ich Ihnen auch sagen, Frau Pelke, die Träger, die haben sich auch bei mir wieder angemeldet, mehrere, die sich mittlerweile zusammenfinden, die im Moment das tun, was wir in der Wirtschaft seit Jahren fordern: Arbeitet zusammen, legt alle Befindlichkeiten ab und macht wieder Gemeinschaften. Anders wird es wahrscheinlich nicht gehen, denn ich sehe - und das ist uns auch so bestätigt worden - im Moment überhaupt keine Bereitschaft, von dieser Verfahrensweise wieder abzugehen. Das können wir nicht beeinflussen, das ist das Schlimme, das können nur Sie. Sie haben im Moment die Regierungsverantwortung in Berlin, Sie haben den Zugriff der Bundesanstalt für Arbeit, aber es ist ja nun mal leider so, dass dort im Moment über - ja, wie sage ich es meinem Kinde - die Spitze dieser Bundesanstalt mehr gesprochen wird und über die Gelder, die dort verbraten oder auch nicht verbraten werden, mehr gesprochen wird als über inhaltliche Arbeiten. Und da bitte ich Sie aber wirklich drum, da bringt das doch überhaupt nichts, auch wenn Sie sich wieder hier hinstellen und sagen, das ist eine Kritik an meine eigene Regierung oder nach Nürnberg. Die Kritik ist ja schön, wenn Sie die hier üben, aber die muss da geübt werden, wo sie gehört wird. Hier hört die keiner von denen, die es etwas angeht. Geben Sie das Ihrem Landesvorsitzenden, dem Staatssekretär mit auf den Weg, der soll die da anbringen, wo sie hingehört, und nicht bei dieser Landesregierung. Danke schön.

Vizepräsidentin Ellenberger:

Herr Abgeordneter Nothnagel, bitte schön.

Abgeordneter Nothnagel, PDS:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, dass die vor mir gehaltene Rede nach dem Muster abläuft, das war so zu erwarten.

(Beifall bei der PDS)

Natürlich gibt der Antrag der SPD-Fraktion in der Drucksache 3/3819 auch einige Angriffspunkte dazu. Aber, Frau Vopel, ich muss schon sagen, Sie haben das Thema hier ein bisschen verfehlt, denn der Antrag hat zwei Punkte.

(Beifall bei der PDS)

(Zwischenruf Abg. Nitzpon, PDS: Nicht nur ein bisschen.)

Danke. Es geht hier um die Einbindung der örtlichen Jugendhilfe und die Verantwortung der Landesregierung, die sie endlich mal wahrnehmen muss,

(Beifall bei der PDS)

und nicht nur um das Verweisen auf Rotgrün und auf Berlin und dass dort alles Böse geschieht und hier alles Gute. Das Muster geht einfach so nicht mehr auf.

Veränderungen innerhalb der Arbeitsverwaltung werden kommen. Es steht fachlich auch außer Frage, dass die Arbeitsverwaltung auch mit der Jugendhilfe zusammenarbeiten muss. Die Verantwortlichkeit der Jugendhilfe gerade in Maßnahmen der Benachteiligtenförderung darf bei sämtlichen Veränderungen der Arbeitsverwaltung nicht außen vor bleiben. Diskussionen innerhalb der Fachpraxis mahnen an, dass in perspektivischen Planungsprozessen die Verantwortlichkeit für das Klientel entscheidend sein muss. Im Bereich der Benachteiligtenförderung scheint es kein Konzept der Landesregierung zu geben, das perspektivische Defizite in der Umstrukturierung der Arbeitsverwaltung mit Sicht auf das Klientel in Blick nimmt. Die Umstrukturierung kommt, das ist richtig, aber sie wird für Jugendliche und insbesondere in der Benachteiligtenförderung kaum positive Effekte bringen, wenn nicht im Vorfeld die Jugendhilfe an diesem Prozess beteiligt wird. Dazu ist es notwendig, dass seitens der Landesregierung und der örtlichen Träger zu agieren ist. Warum die Bundesregierung die Notwendigkeit zur Kooperation allerdings im Vorfeld nicht im Blick hatte, bleibt meiner Fraktion unverständlich.

Meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion, ich kann Ihnen zwar auch nicht ersparen zu sagen, dass dies rational nicht nachvollziehbar ist. Es ist schon ein kleiner Spagat in diesem Antrag, ohne Kritiken an die Adresse der Bundesregierung das Ganze in Kauf zu nehmen.

Die Vorgaben der Bundesanstalt für Arbeit werden regional dazu genutzt, um Gelder einzusparen. Das, was jetzt

das Problem ist, hat mehrere Facetten. Finanzielle Sparzwänge werden gegen Qualitätsanforderungen ausgespielt, Frau Pelke hat das ja schon sehr deutlich dargestellt.

(Zwischenruf Abg. Vopel, CDU: Da sind wir die falsche Adresse.)

Durch die Umstrukturierung in der Arbeitsverwaltung bzw. durch den Umbau der Bundesanstalt für Arbeit werden definitiv Fehler gemacht, die sich drastisch auf die Jugendsozialarbeit und die Jugendberufshilfe und deren Zielgruppen auswirken werden. Ein Teil der fachlichen Angebote der Benachteiligtenförderung wird in Losgrößen ausgeschrieben, die in Größen rangieren, die kleine und mittlere Träger benachteiligen. Letztendlich werden für die Vergabe die niedrigsten Preise entscheidend sein und nicht mehr die qualitative Anforderung an die Benachteiligtenförderung. In Baden-Württemberg gab es zentrale Ausschreibungen für die berufsvorbereitenden Maßnahmen als ein Modellprojekt. Erfahrungsberichte weisen auf Probleme hin, die bei der Durchführung des Modells auftraten, also die Vernachlässigung der Qualität hinsichtlich des Personals, der Träger, der Räumlichkeiten, des Konzepts etc. sowie der Wettbewerbsverzerrung durch Dumpingpreise und ähnliche Probleme.

(Beifall bei der PDS)

Die Erfahrungen, die mit dem baden-württembergischen Modellversuch gemacht wurden, zeigen, dass eine zentrale, ortsferne Ausschreibung nicht zur Verbesserung der Qualität der berufsvorbereitenden Maßnahmen beiträgt und langfristig zu monopolistischen und damit unwirtschaftlichen Wettbewerbsstrukturen führt. Auch in Thüringen erfolgen bereits seit Herbst Ausschreibungen von Trainings- und Eingliederungsmaßnahmen. In dem Ausschreibungsprocedere werden weder die Interessen des Klientels noch die notwendigen regionalen Kenntnisse der Anbieter mit berücksichtigt. Zwingend und für die benachteiligten Jugendlichen förderlich ist, dass Ausschreibungen und Vergabe von Angeboten der Benachteiligtenförderung durch die Arbeitsverwaltungen mit den beteiligten Ämtern vor Ort abzustimmen sind, um zum einen den Forderungen des SGB III, aber auch des SGB VIII gerecht zu werden, und zum anderen die ortsnahe und differenzierte individualisierte und passgenaue Vergabe von Förderangeboten für benachteiligte junge Menschen anzukurbeln.

Hier sehen wir die Verantwortung und den Handlungsbedarf der Landesregierung, und zwar in folgender Richtung: Die verstärkte Information der Leitung der örtlichen Jugendhilfe und Sozialämter über Möglichkeiten und Erfordernisse der Zusammenarbeit vor dem Hintergrund der Hartz-Gesetze seitens des Wirtschaftsministeriums, verstärkte Informationen über örtliche Jugendhilfe durch das Sozialministerium, Initiierung und fachliche Begleitung des Prozesses der Kooperation der örtlichen Jugendhilfe in die bereits existierenden gemeinsamen Anlaufstellen der Arbeitsämter und der Sozialämter, das heißt eine verstärkte

Vernetzung aller an diesem Prozess Beteiligten, und

(Beifall bei der PDS)

nicht jeder macht nur seine Sache, und das parallel nebeneinander her.

Um diese und andere Möglichkeiten zu diskutieren und fachlich beurteilen zu können, beantrage ich auch namens meiner Fraktion die Überweisung an den Ausschuss für Soziales, Familie und Gesundheit.

(Beifall bei der PDS)

Vizepräsidentin Ellenberger:

Herr Abgeordneter Nothnagel, da gibt es jetzt noch eine Nachfrage von Frau Abgeordneten Vopel.

Abgeordneter Nothnagel, PDS:

Ja.

Vizepräsidentin Ellenberger:

Bitte schön.

Abgeordnete Vopel, CDU:

Herr Kollege Nothnagel, Sie haben nun sehr ausführlich, was ich auch beklage, die Ausschreibungs- und die Vergabep Praxis kritisiert. Geben Sie mir aber Recht, dass das nicht von der Landesregierung, sondern dass das über die Bundesanstalt für Arbeit so läuft?

Abgeordneter Nothnagel, PDS:

Natürlich läuft das über die Bundesanstalt für Arbeit, aber hier ist das Wirtschaftsministerium letztendlich auch mit einzubeziehen und ich habe gesagt, dass es eine Vernetzung aller am Prozess Beteiligten geben muss.

(Beifall bei der PDS)

Es bringt doch niemandem was, wenn einer dem anderen den schwarzen Peter zuschiebt und sich an der Tatsache nichts verändert.

(Beifall bei der PDS)

Vizepräsidentin Ellenberger:

Herr Staatssekretär Benner, bitte schön.

Benner, Staatssekretär:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten, die Behauptung im vorliegenden Antrag der SPD-Fraktion, die Verantwortlichen in den

Jugendhilfebehörden seien im Bereich der Zusammenarbeit mit der Arbeitsverwaltung untätig, verwundert schon. Sie sollten doch zur Kenntnis genommen haben, dass die Gesetze zur Neugestaltung des Arbeitsmarkts und der Sozialhilfe zurzeit im Vermittlungsausschuss des Bundesrates verhandelt werden. Ohne endgültige gesetzliche Grundlage wird der Umbau der Bundesanstalt für Arbeit nicht vollzogen werden können.

(Zwischenruf Abg. Vopel, CDU: Eben.)

Wie diese Grundlagen letztendlich aussehen, kann heute noch niemand abschließend sagen, sie stehen erst nach Abschluss des Vermittlungsverfahrens zu Hartz III und Hartz IV endgültig fest.

Natürlich hat sich die Landesregierung mit der Umstrukturierung der Arbeitsverwaltungen und deren Auswirkungen beschäftigt. Von Untätigkeit, wie sie in der Begründung Ihres Antrags behauptet wird, kann überhaupt keine Rede sein. Wer sich intensiver mit dem Thema befasst, dem fällt sehr schnell auf, dass sich die Vorstellungen der Bundesanstalt für Arbeit über ihre neuen Strukturen fast täglich verändern. Da ist es doch nur allzu verständlich, wenn die Thüringer Landesjugendbehörden und die örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe zunächst einmal eine gewisse abwartende Haltung einnehmen.

Meine Damen und Herren von der Fraktion der SPD, Sie fragen unter Punkt 1, welche Initiativen die Landesregierung ergriffen hat, um die Zusammenarbeit der künftigen Bundesagentur für Arbeit mit den Trägern der Jugendhilfe zu gewährleisten. Ich will Ihnen einige dieser Initiativen nennen: Schon am 25. März 2003 wurden im Rahmen der Amtsleitertagung der Thüringer Jugendämter die Amtsleiter informiert und sensibilisiert. Das Thema der Veranstaltung lautete damals "Das Hartz-Konzept - moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt und seine Konsequenzen für die Jugendhilfen". Ein wichtiges Ergebnis dieser Veranstaltung war die Anregung an die Jugendämter, frühzeitig einen Hartz-Verantwortlichen in jedem Jugendamt zu benennen. Dieser soll die Zusammenarbeit zwischen den Jugendämtern und der Arbeitsverwaltung herstellen bzw. verstetigen. Der Unterausschuss V des Landesjugendhilfeausschusses hat sich im Rahmen seiner Gremienarbeit intensiv mit der Problematik "Hartz-Konzept" befasst. Er hat eine Stellungnahme erarbeitet, die durch den Landesjugendhilfeausschuss in seiner Sitzung am 2. Juni 2003 beschlossen wurde. Im Zusammenhang mit diesem Beschluss und auf der Basis der Thüringer Kooperationsempfehlung fanden bisher Abstimmungsgespräche zwischen Vertretern des Sozialministeriums, des Wirtschaftsministeriums, des Landesarbeitsamts und des Landesamts für Soziales und Familie statt. Schon im Januar des nächsten Jahres ist das nächste Treffen geplant, um sich über den Stand der Dinge in den einzelnen Institutionen zu informieren und gegebenenfalls gemeinsam aktiv zu werden. Auf den Tagungen der Verantwortlichen für die Jugendsozialarbeit am 19. Mai 2003 und am 17. November 2003 hat die Hartz-

Gesetzgebung ebenfalls den inhaltlichen Schwerpunkt ausgemacht. In Vorbereitung der Jugendministerkonferenz 2003 wurden die Vorschläge der Hartz-Kommission in Bezug auf die Jugendsozialarbeit bewertet und natürlich auch kritisiert. Im Rahmen dieser Jugendministerkonferenz - sie fand am 22./23. Mai 2003 statt - hat der Freistaat Thüringen die unzureichende Einbeziehung der Jugendhilfe in die vorliegenden Gesetze kritisiert. Bei der Arbeits- und Sozialministerkonferenz am 20. und 21. November in Rostock habe ich mich ausdrücklich für behinderte Auszubildende eingesetzt und die Bundesanstalt veranlasst, ihre Versuche zu unterlassen, die Jugendämter mit Leistungen für behinderte Menschen zu belasten.

(Beifall bei der CDU)

Ich danke hier ausdrücklich dem Kollegen im Bundeswirtschaftsministerium, dass er auf meinen Brief reagiert und die Bundesanstalt entsprechend angewiesen hat. Auf Drängen Thüringens hat nunmehr die Bundesanstalt für Arbeit eine Klarstellung ihrer Dienstanweisung vorgenommen.

Der Träger Jugendberufshilfe Thüringen e.V., bei dem das Sozialministerium Mitglied ist, hat ebenfalls umfangreiche Initiativen gestartet, um die Zusammenarbeit zwischen Jugendhilfe und Arbeitsverwaltung zu gewährleisten. Drei dieser Initiativen seien hier kurz genannt:

1. die Information der örtlichen Jugend- und Sozialämter über Möglichkeiten und Erfordernisse der Zusammenarbeit vor dem Hintergrund der Hartz-Gesetze,
2. die fachliche Begleitung bei der Einbindung der örtlichen Jugendhilfe in bereits existierende gemeinsame Anlaufstellen der Arbeitsämter und Sozialämter und
3. die gezielte Entwicklung von Know-how bei so genannten Dritten, die zukünftig im Auftrag der Job-Center fungieren können.

Diese Aufzählung macht deutlich, in welchem Umfang die obere und oberste Landesjugendbehörde im Rahmen ihres gesetzlichen Auftrags tätig ist. Sobald der gesetzliche Rahmen über die Beschlüsse des Deutschen Bundestags und Bundesrats verbindlich sind, werden der Landesarbeitskreis und die örtlichen Arbeitskreise aktiv werden.

Ich komme zum Punkt 2 des SPD-Antrags. Lassen Sie mich Folgendes dazu sagen: Es geht um das Ausschreibungsverfahren der Bundesanstalt, was hier schon mehrfach angesprochen wurde, bezüglich der Trainings- und Eingliederungsmaßnahmen und der berufsvorbereitenden Maßnahmen. Bereits in diesem Herbst hat die Bundesanstalt für Arbeit Trainings- und Eingliederungsmaßnahmen ausgeschrieben. Das geschah im Bereich der Trainingsmaßnahmen für über 31.000 Teilnehmer in 21 Losen. Wie schon so oft ist die Planung der Arbeitsverwaltung auch bei diesem Problem am grünen Tisch gemacht wor-

den. Hätten sich die Träger nicht zu Bietergemeinschaften zusammengeschlossen, wären sie völlig überfordert gewesen. Es ist zu befürchten, dass bei der Größe der Angebote eine Angebotsauswahl ausschließlich über den Preis erfolgt. Insofern sind alle Parteien in diesem hohen Hause einer Meinung. Dies wird zu Lasten der Prozess- und Ergebnisqualität gehen und kann den Bestand bewährter kleiner und mittlerer, aber leistungsfähiger Maßnahmeanbieter gefährden. Es bestehen erhebliche Zweifel, ob die seitens der Bundesanstalt favorisierten gewerblichen Anbieter das Problem "benachteiligte Jugendliche" besser werden bewältigen können. Die oberste Landesjugendbehörde wird hier weiterhin eine sachgerechte Beteiligung der Jugendhilfe fordern. Sie sehen, dass von Untätigkeit keine Rede sein kann. Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Ellenberger:

Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen, dann können wir die Aussprache schließen und kommen zur Abstimmung. Zunächst ist beantragt worden, den Antrag an den Ausschuss für Soziales, Familie und Gesundheit zu überweisen. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. Gegenstimmen? Der Antrag auf Überweisung ist mit Mehrheit abgelehnt.

Dann kommen wir zur direkten Abstimmung über den Antrag in Drucksache 3/3819 der SPD-Fraktion. Wer dem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Bei einer Anzahl von Ja-Stimmen ist dieser Antrag mit Mehrheit abgelehnt.

Ich kann den Tagesordnungspunkt 14 schließen und rufe den neuen **Tagesordnungspunkt 14 a** auf

Sicherung der Tarifautonomie

Antrag der Fraktion der SPD

- Drucksache 3/3818 -

dazu: Entschließungsantrag der
Fraktion der PDS

- Drucksache 3/3855 -

Ich bitte zunächst Herrn Abgeordneten Müller an das Rednerpult.

Abgeordneter Dr. Müller, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, mit diesem Antrag möchten wir ein Signal für die laufenden Verhandlungen des Vermittlungsausschusses in Berlin setzen. Es geht uns darum, ein im Grundgesetz verankertes Recht und die auch in Thüringen bewährten Aushandlungsprozesse zwischen den Verbänden der Wirtschaft und den Gewerkschaften nicht zu gefährden. Deshalb: Hände weg von der Tarifautonomie und Hände weg von dem, was allein die Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen in Tarifverträgen zu regeln haben.

(Beifall bei der SPD)

Wir verbinden diese Hoffnungen auf den Erhalt bewährter Regularien nicht zuletzt mit der Hoffnung, dass der Thüringer Ministerpräsident in diesem Fall nicht zu den Hardlinern in der CDU zählt. Das Thüringer Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Infrastruktur hat am 21. März dieses Jahres ein Symposium zur Zukunft des Flächentarifvertrags in Thüringen durchgeführt. Es gibt eine gemeinsame Erklärung des DGB Thüringen mit dem Verband der Thüringer Wirtschaft zur Zukunft des Flächentarifvertrags in Thüringen. Dort wird eine höhere Tarifbindung als bisher angestrebt und es wird ein Bekenntnis zu Flächentarifverträgen und zur Berücksichtigung spezifischer betrieblicher Belange innerhalb dieser Flächentarifverträge abgegeben. Der neue und der alte Wirtschaftsminister bekennen sich in ihren Vorworten zur Dokumentation des Symposiums zu den genannten Ergebnissen. Es gibt also keinen Grund, sich seitens der Politik in die Tarifautonomie der Verbände einzumischen. Immer wieder haben beide Seiten bewiesen, dass sie in der Lage sind, spezifische betriebliche Belange zu berücksichtigen. Wer von der Bundes-CDU nun meint, immer wieder in diesem Themenbereich zu sticheln, der verkennt die Belange unserer Betriebe in den neuen Ländern. Gerade Frau Merkel müsste das wissen. Längst sind wir aufgrund der gezahlten Niedriglöhne gegenüber den alten Ländern eigentlich außerordentlich konkurrenzfähig, um das einmal sarkastisch auszudrücken. Das alles führt aber offenkundig nicht dazu, dass Betriebsansiedlungen in nennenswertem Umfang erfolgen. Wir hatten ja gestern erst die Meldung mit den nicht ausgegebenen GA-Mitteln. Längst haben wir tarifvertragliche Vereinbarungen, die es in den Betrieben ermöglichen, auf wirtschaftlich schwierige Situationen angepasst zu reagieren. Wenn die Bundes-CDU versucht die Tarifautonomie anzukratzen und die Flächentarifverträge zu diskreditieren, dann erfolgt dies im Westen deshalb, weil dort ein weiterer Abbau der Leistungen für Arbeitnehmer erfolgen soll. Eine derartige Entwicklung würde uns in den neuen Ländern unmittelbar gefährden, sie würde zu einer Abwärtsspirale im Lohndumping führen. Wir alle wissen, was gerade im Baubereich im nicht tarifgebundenen Sektor an Dumping täglich abläuft. Dies hat bisher keinen einzigen Arbeitsplatz geschaffen, eher viele Arbeitsplätze gefährdet.

Lassen Sie mich noch eine Anmerkung machen im Hinblick auf das Thema "Abwanderung". Unsere Leistungsträger, vor allen Dingen junge Menschen, wandern dorthin ab, wo ihnen im Rahmen einer hohen Tarifbindung und von Flächentarifverträgen ein entsprechend guter Lohn geboten wird. Die florierenden Wirtschaftsräume der Altbundesländer zeichnen sich eben nicht durch eine geringe Tarifbindung, sondern vielmehr durch eine ausgeprägte Tarifbindung aus. Wenn wir also Leistungsträger bei uns behalten wollen oder zurückbekommen wollen, dann wird es nicht gelingen ohne ein entsprechend tariflich abgesichertes Niveau. Dies zu regulieren ist und bleibt die Aufgabe der Tarifpartner. Anregungen zu geben ist durchaus

eine Rolle, welche die Politik wahrnehmen kann; mehr sollte es aber nicht sein. Ich möchte Sie daher bitten, unserem Antrag zuzustimmen. Wir sollten gemeinsam signalisieren, dass Thüringen keine Gefährdung der Tarifautonomie zulassen wird. Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Ellenberger:

Herr Abgeordneter Kretschmer, Sie haben das Wort.

Abgeordneter Kretschmer, CDU:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, Herr Müller, ich hatte den Eindruck, Sie hatten sich alte Plakate von früher geborgt, so von vor 20 Jahren, die Sie jetzt hier hoch gehalten haben -

(Beifall bei der CDU)

"Hände weg vom Tarifvertrag" und was weiß ich nicht alles. Ich gehe auf die Behauptung, die Tarifpartner hätten bewiesen, dass sie die Sachen schon regeln werden, gleich noch mal ein. Nur Ihre Verknüpfung der Tarifverträge in Westdeutschland möglicherweise mit der Abwanderung, das ist ja aberwitzig. Die Behauptung, dass Leute abwandern, weil hier vielleicht keine Tarifverträge sind, und in Westdeutschland sind Tarifverträge, ist aberwitzig. Die Leute wandern ab aus zwei Ursachen: ganz einfach, sie suchen nach Arbeit. Das ist sehr verständlich. Zum Zweiten wird in Westdeutschland bedauerlicherweise zum Teil bis zu 200 Prozent mehr bezahlt. Da brauche ich mit Heimat und sonst welchen Ausreden gar nicht mehr zu kommen. Das ist ein ganz normaler Vorgang. Aber mit Tarifautonomie - das ist ein Ding.

Nun, meine Damen und Herren, liegt uns der Antrag der SPD-Fraktion vor, der immer in dieser merkwürdig antiquierten Form kommt. Das ist eine Appellation deklatorischen Charakters - "der Landtag bekräftigt". Das habe ich früher im "Neuen Deutschland" gelesen, solche Anträge - Wir stimmen zu.

(Zwischenruf Abg. Dr. Müller, SPD: Das war der Hinweis, dass wir lachen sollen.)

Doch. Diese Formulierung macht mich schon ganz unruhig,

(Unruhe bei der PDS)

und zwar soll der Antrag den Eindruck vermitteln, als ob unmittelbare Gefahr bestanden hat. Herr Buse, da müssen Sie jetzt nicht so ängstlich schauen. Das war früher Pflichtlektüre, ich konnte es leider nicht ändern.

Der Antrag soll den Eindruck vermitteln, als ob unmittelbare Gefahr eines Verfassungsbruchs, nämlich die Abschaf-

fung des Artikels 9 des Grundgesetzes, dort im Speziellen des Absatzes 3, besteht, meine Damen und Herren. Wir stellen die von Ihnen konstatierte so genannte hohe Bedeutung der Tarifautonomie nicht in Frage. Das ist weder vom Minister noch von der Fraktion, noch von sonst wem behauptet worden.

(Beifall bei der CDU)

Diesem Eindruck, dass hier eine unmittelbare Gefahr droht, will ich sehr schnell entgegenreten. Was ich noch dazu sagen will, ist die Frage, was soll eigentlich der Antrag? Der Adressat ist in Berlin. Es ist hier überhaupt keine Zuständigkeit im Landtag. Wenn ich mal zu dem Thema rede und da hilft es auch nicht, wenn Sie behaupten, es soll hier aus dem Landtag ein Signal nach Berlin gehen. Das ist schon hochinteressant. Ich könnte Ihnen Felder geben, wo wir sagen, da bräuchten wir Signale nach Berlin. Die sind aber unmittelbar auch an Ihre Regierung gerichtet, nicht so sehr an Frau Merkel,

(Beifall bei der CDU)

die Sie hier in dem Zusammenhang zitieren wollten. Obwohl ich sage, wir sind nicht zuständig, lohnt es sich schon, vielleicht doch mal kurz hineinzuschauen, auf welcher Grundlage denn überhaupt die Tarifautonomie in das Grundgesetz hineingekommen ist - im Grunde genommen die Koalitionsfreiheit. Denn das hat eine Geschichte, das war eine Reaktion auf die negative Erfahrung der totalitären Systeme zuvor, die im Dritten Reich beispielsweise sehr stringent eingegriffen hatten in die Fragen der Lohnbildung usw. Deshalb ist gleich nach Gründung der Bundesrepublik in die Verfassung dieser Artikel hineingekommen, dass eine freie Entwicklung der Löhne entstehen kann.

Es war, meine Damen und Herren, auch das ist deutlich, ein breiter Konsens zwischen Unternehmern, den Verbänden, Gewerkschaften, Staat und den meisten Bürgern der Republik damals. Das heißt also, mit der Verankerung der Koalitionsfreiheit wollten die Väter und Mütter des Grundgesetzes nicht die Voraussetzungen für einen unbeschränkten Anstieg des allgemeinen Lohnniveaus schaffen und damit nämlich eine inflationäre Entwicklung. Man muss doch an dieser Stelle feststellen, dass die Welt sich weiterentwickelt hat. Wenn Sie nun diese Tagung des Instituts der Wirtschaft vom März zitieren, es hat die Broschüre herausgegeben, da muss ich sagen, Sie waren gar nicht da. Wenn ich mich recht entsinne, Herr Gerstenberger war noch mit da bei dieser Tagung, die sehr interessant war. Für mich war es eine bemerkenswerte Harmonie zwischen den Tarifpartnern und manchmal hatte ich etwas Sorge um Herrn Minister a.D. Schuster, der mit seiner Frage, wie weit man denn auch in der aktuellen Situation noch mit Änderungen in der Frage des Flächentarifs oder einer Flexibilisierung weiterkommen könnte, eher etwas einsam dastand. Diese Harmonie zwischen den Vertretern der Wirtschaft, den Funktionären der Wirtschaft und der Gewerkschaft war schon bemerkenswert. Sie sind

aber meines Erachtens an dieser Stelle vielleicht von unterschiedlichen Blickwinkeln ausgegangen. Was insbesondere bei dieser Tagung als Harmonie angesprochen war, ist die Möglichkeit, im Einzelfall Öffnungsklauseln zu benutzen. Das heißt, wenn ein Unternehmen in einer Notlage ist, dann können sie, wenn existierende Tarifverträge solche Öffnungsklauseln vorsehen - das muss man dazu sagen, wenn sie es vorsehen - bestimmte Regelungen treffen, die vom Tarif abweichend sind.

Diese Harmonie ist auch ziemlich deutlich gewesen, weil man einsieht, wenn ein Betrieb in einer Notsituation ist, dass man - mit dem hohen Verständnis auch der Belegschaft im Übrigen - dort abweichen kann. Das, Herr Müller, hat überhaupt nichts damit zu tun, dass wir neue Firmen ansiedeln wollen. Das ist absoluter Schwachsinn, den Sie hier vortragen. Das hat mit Tarifrecht nichts zu tun, sondern hier ist ein Einsehen von Belegschaften, insbesondere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die sagen, wenn wir im Interesse unserer Arbeitsplätze und der Firmen etwas tun können, dann machen wir das. Das ist hoch anerkennenswert.

(Zwischenruf Abg. Schemmel, SPD: Nehmen Sie jetzt den Schwachsinn zurück?)

Was wir aber feststellen, ist, dass hier nicht nur einzelne Firmen in der Notlage sind. Das ist nämlich der Grund, warum die Situation im Augenblick versucht wird zu regeln, dass das gesamte System Bundesrepublik Deutschland in der Notsituation ist. Da müssen sich Änderungen finden, die sich über das hinaus ergeben, was bisher in möglichen Öffnungsklauseln da ist. Die erste Hoffnung war, dass die Tarifpartner sich darüber einigen würden, dass man eine generelle Öffnungsklausel - darum geht es nun im Einzelnen - finden würde. Das ist misslungen, wenn Sie das richtig sehen. Sie haben sich eben nicht geeinigt. Deshalb ist die Frage, ob man es nicht über eine gesetzliche Änderung ihnen generell auch zulassen kann. Damit ich nicht selber in Schwierigkeiten komme, habe ich mir extra auch ein Zitat von einem Vertreter der Wirtschaft herbeigebracht, der die Situation meines Erachtens sehr treffend darstellt. Ich habe die Pressemitteilung des Präsidenten des Wirtschaftsrats der CDU, des Präsidenten Prof. Dr. Lauk, der da schon sagt, dass solche Notsituationen von Leitung und Mitarbeitern einer Firma besser eingeschätzt werden können, als wenn es zentralistische Funktionäre sind. Er sagt, es gibt keine Einsicht unter den Funktionären auf der Unternehmerseite, der Wirtschaftsseite und der Gewerkschaftsseite, dass man das generell vereinbaren soll. Deshalb müsste die gesetzliche Regelung her. Er spricht dort von einem Tarifkartell, nämlich das Tarifkartell von Funktionärsseite, das insbesondere die Interessen derer verteidigt, die Arbeit haben. Aber die, die keine Arbeit haben, sind in dieser ganzen Sache überhaupt nicht berücksichtigt.

(Beifall bei der CDU)

Er spricht auch davon - das ist sehr bemerkenswert, wir merken das am eigenen Leibe auch -, dass manchmal nicht die Linie gehalten wird, wenn man sich mit Funktionären der Wirtschaft an einen Tisch setzt. Er spricht von Kartellbrüdern, die voneinander abhängig sind. Das finde ich sehr bemerkenswert und ich denke, nur darum geht es. Ich habe mir diesen Exkurs in die Geschichte und in die aktuelle Situation schon geleistet, dass Sie nicht sagen können, wir beschäftigen uns gar nicht mit Ihrem Antrag. Ich betone noch mal, wir sind nicht zuständig für diesen Antrag. Wenn Sie es nicht glauben, dann könnte ich Ihnen eine vergleichbare Situation schaffen. Ich könnte mir also vorstellen, dass meine Fraktion einen Antrag einbringt, der sagt, der Verkauf der Atomfabrik an China, das ist ganz was Abscheuliches und das müssen wir verurteilen. Ich könnte mir vorstellen, dass die Kollegen der PDS auch zustimmen, weil für Anträge, die gegen etwas sind, sind sie schnell zu motivieren.

(Zwischenruf Abg. Ramelow, PDS: Auch bei den Chinesen.)

Ja, ja. Ich sage es noch mal deutlich: Wir werden Ihren Antrag ablehnen und wir bleiben, das ist, glaube ich, die inhaltliche Aussage, auch dafür, dass wir die Weiterentwicklung betrieblicher Bündnisse unterstützen, und zwar unter grundsätzlicher Beibehaltung des Flächentarifvertrags.

(Beifall bei der CDU)

Das ist, glaube ich, die Formulierung, Herr Müller, die Sie nicht korrekt wiedergegeben haben, die auch im Papier des IWT steht. Der Verband der Wirtschaft, die Pressesprecherin Frau Dr. Schubert, hat gerade noch mal konkretisiert, es geht um eine generelle Öffnungsklausel, nicht die einzelnen, die jetzt schon vorhanden sind. Ablehnung Ihres Antrags.

Nun kommt noch, weil ich gerade in Richtung Herrn Ramelow gesehen habe, der Entschließungsantrag der PDS. Ich habe mir aufgeschrieben, erst mal ist es die absolute Unkenntnis der Zuständigkeiten. Wir haben es oft genug gehabt, wir können nicht auffordern den Bundestag, den Bundesrat und was weiß ich, nicht die Landesregierung und wen auch immer unter irgendwelche Handlungszwänge zu setzen. Das ist die Methode, und dass es jetzt heute früh gleich noch kommt auf einen Antrag der Kolleginnen und Kollegen der SPD-Fraktion, schnell noch so einen Entschließungsantrag hinterherzuschieben. Ich habe mir einfach mal den Spaß erlaubt, die Methode mit Ihren Parteibuchstaben zu definieren: PDS - plump, dreist und schwach.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Ellenberger:

Herr Abgeordneter Kretschmer. Ich denke, Sie sollten in Zukunft mit Ihrer Wortwahl etwas vorsichtiger sein.

(Unruhe im Hause)

Ich erinnere an das Wort "Schwachsinn", Herr Abgeordneter Kretschmer, unter anderem. Herr Abgeordneter Ramelow, Sie haben das Wort.

Abgeordneter Ramelow, PDS:

Herr Kollege Kretschmer, ich habe mir die Mühe gemacht, die Frage der Deklaration, die Sie beim SPD-Antrag kritisiert haben, noch einmal zu prüfen mit dem Tagesordnungspunkt, der gleich kommt. Herr Kollege, wenn ich Sie kurz stören darf. 86. Sitzung dieses hohen Hauses am 5. Juni 2003: Der Landtag begrüßt die bisherigen Initiativen der Landesregierung zur Deregulierung usw. und fordert auf zu beschleunigen. Also die Frage der Deklaration in dem Sprachstil des "Neuen Deutschlands", das Sie anmerken, beherrschen Sie selbst sehr gut. Das war nämlich ein CDU-Antrag,

(Beifall bei der PDS, SPD)

der auf diese Art und Weise angenommen worden ist. Ich will es nur der Klarstellung halber sagen.

Die zweite Geschichte: Sie haben mit Ihrem Hinweis auf das Grundgesetz völlig Recht. Auf das wollte ich hinweisen, dass es eben nicht nur um die Frage der Tarifautonomie als Tarifautonomie geht und auch nicht um das Tarifvertragsgesetz. Ich bedaure, dass Sie unseren Antrag, der der Versuch ist, den SPD-Antrag wenigstens ein bisschen zu qualifizieren, nicht einmal gelesen haben.

(Beifall bei der PDS)

Ich möchte jetzt die drei Buchstaben CDU nicht versuchen zu übersetzen. Aber zumindest kann ich feststellen, dass Sie den Text nicht gelesen haben. Wir haben geschrieben: "Der Landtag fordert die Landesregierung auf ...". Wen sollen wir sonst auffordern? Wir fordern die Landesregierung auf, in den Verhandlungen mit der Bundesregierung und dem Bundestag im Vermittlungsverfahren alle Versuche, die grundgesetzlich verankerte Tarifautonomie auszuhöhlen, abzulehnen. Sie hätten jetzt nur sagen müssen, das macht unser Ministerpräsident und wir haben keine Sorge. Wenn er das macht, ist es gut. Aber er hat im ZDF etwas anderes erklärt. Deswegen kann ich nur sagen, er hat sich selbst öffentlich entäußert und darauf hingewiesen, dass man die vorgezogene Steuerreform im Vermittlungsausschuss kompensieren müsste mit dem Eingriff in die Tarifautonomie und mit arbeitsrechtlichen Dingen bis hin zum Kündigungsschutz. Also, die Worte hat er selbst gewählt und ich glaube nicht, dass ich den Ministerpräsidenten jetzt öffentlich der Lüge bezichtigen soll. Er hat es im ZDF gesagt, er hat es für alle hörbar gesagt. Von daher haben wir Veranlassung als Landtag, unseren Landesvater aufzufordern, sich am Grundgesetz zu orientieren, was Sie zu Recht angemahnt haben.

(Beifall bei der PDS)

Meine Damen und Herren, Tarifautonomie hat Verfassungsrang. Es ist, wie Sie richtig gesagt haben, nach 1945 als Lehre aus dem Hitlerfaschismus, aber auch als Lehre der Weimarer Republik von den Vätern und Müttern des Grundgesetzes so aufgeschrieben worden, dass die Tarifautonomie, also die Koalitionsfreiheit der Arbeitgebervertreter gegenübergestellt wird der Koalitionsfreiheit der Arbeitnehmervertreter. Und, meine Damen und Herren, es war Konrad Adenauer, der das noch weiter prinzipiell hat herausarbeiten lassen. Dass die Tarifautonomie sich verteilt auf die Funktionäre - Herr Kretschmer, wenn ich Sie denn stören darf mit dem Altministerpräsidenten im Gespräch, der wird sich daran sehr gut erinnern, weil er Zeitzeuge ist -, dass man ganz klar gesagt hat, die Tarifparteien sollen den Flächentarifvertrag regeln und die Betriebsparteien im Tarifvertragsgesetz und im Betriebsverfassungsgesetz haben Friedenspflicht - ausdrücklich Friedenspflicht.

(Beifall bei der PDS)

Das steht in dem Gesetz, das Konrad Adenauer eingebracht hat und das Sie, meine Damen und Herren, in der Nachfolge oder in der Zuordnung Ihrer eigenen Partei zu verantworten haben, nämlich die Trennung zwischen Betriebsräten einerseits und den Tarifverhandlungen und dem Streikrecht andererseits. Das eine ist innerbetriebliche Konfliktlösung und das andere ist branchenmäßige Konfliktlösung. Die ist fein säuberlich getrennt worden, weil man nämlich nicht wollte, die Mütter und Väter des Grundgesetzes, dass in jedem Betrieb der eine Mitarbeiter dem anderen Mitarbeiter sein Teufel wird und dass der Betriebsrat tatsächlich zur Lösung von Konflikten auf den vorgegebenen Bahnen beitragen soll. Und wenn er sich nicht daran hält, läuft er sogar Gefahr, nach §§ 121 und 119 Betriebsverfassungsgesetz strafrechtlich relevant Ahndung zu bekommen oder sogar Strafe zahlen zu müssen, Ordnungsgeld. Das steht ausdrücklich am Ende des Betriebsverfassungsgesetzes drin. Und am Anfang steht, der Betriebsrat ist nicht Träger tariflicher Auseinandersetzungen.

Meine Damen und Herren, wenn Herr Kretschmer hier schon geschichtlich richtig auf die Umstände hinweist, dann darf er den Hinweis auf die dauerhafte Friedenspflicht der Betriebsräte nicht verschweigen.

(Beifall bei der PDS)

Sie müssen sich überlegen, wann soll sich Politik eigentlich einmischen. Da gehe ich auf etwas ein, das aktuell passiert ist. Ich habe als Fraktionsvorsitzender einen Brief bekommen - offenkundig ein Serienbrief - eines Verbands, der sich Zweckverband ostdeutscher Baubetriebe nennt. Ich glaube ZVOB. Da werde ich aufgefordert, Einspruch zu erheben als Politiker gegen die Allgemeinverbindlichkeitsverhandlungen der Mindestlöhne am Bau. Die Allgemeinverbindlichkeitsverhandlungen sind im Tarifvertragsge-

setz geregelt. In Thüringen ist das im Wirtschaftsministerium angesiedelt und der Allgemeinverbindlichkeitsausschuss wird ausschließlich von den Verbandsvertretern auf beiden Seiten beschickt und die Politik hält sich in der Regel aus den Allgemeinverbindlichkeitsverhandlungen heraus, weil es ausschließliche Angelegenheit der Träger der Tarifverträge und des Tarifvertragsrechts ist. Jetzt fordert mich ein Zweckverband auf, als Politiker soll ich Einspruch erheben, damit die Mindestlohnbedingungen am Bau kaputtgemacht werden. Das bedeutet, der mühsam ausgehandelte Kompromiss, der ja auf den Baustellen - und das wissen wir alle - versuchen soll, wenigstens einen Rest an Anstand und Würde der Menschen, die noch auf dem Bau tätig sind, zu wahren, dieser Kompromiss soll kaputtgemacht werden zugunsten einer Entwicklung, die zum Schluss zur Selbstausbeutung der Beschäftigten führt. Sie haben hier ein Zerrbild von den Funktionären gezeichnet, die das Tarifikartell bilden, Herr Kretschmer. Das ist ein Zerrbild. Wir haben in der Bundesrepublik Deutschland rund 60.000 Tarifverträge, differenzierte, höchst unterschiedliche Tarifverträge und auch in Thüringen haben wir die Situation, dass in 24 Prozent aller Betriebe ein Tarifvertrag vorliegt, die aber über 55 Prozent aller Mitarbeiter des ganzen Freistaats abdecken. Das heißt, für eine Mehrzahl der Beschäftigten in Thüringen gelten Tarifverträge und wir sehen, wo es hinführt, wenn diese Tarifverträge nicht mehr gelten, wenn sie durchlöchert werden wie ein Schweizer Käse. Es führt dazu, dass jeder sich anbietet, auch für weniger Geld arbeiten zu wollen. Das ist ein Zustand, ein Rückfall ins vergangene Jahrhundert.

(Beifall bei der PDS)

Ich hatte gehofft, dass wir in dem vereinten Deutschland eine solche Entwicklung, eine solche Rückwärtsentwicklung nicht erleben würden. In einem Punkt, Herr Kollege Kretschmer, haben Sie Recht. Der Antrag der SPD ist nicht geeignet, hier im Landtag tatsächlich eine nachhaltige Klärung herbeizuführen. Aber er bietet doch Gelegenheit, Ihre Sichtweisen einmal zu hören. Da muss ich sagen, die von Ihnen angesprochenen Sichtweisen und Ihr eigenes Verhalten von gestern, da oben sieht man noch das Transparent, der Eingriff ins Weihnachtsgeld und Urlaubsgeld der Thüringer Beamten, die Begründung der Finanzministerin, dass das Vorbild sein soll für die Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst nächsten Jahres - an dieser Haltung messe ich Sie. Das ist faktisch der Eingriff in die Tarifautonomie.

(Beifall bei der PDS)

Deswegen haben die Kollegen der Polizeigewerkschaft ja die rote Karte ausgegeben. Die rote Karte sollte man dann weiterentwickeln und sagen, bitte schön, diese rote Karte gilt all denjenigen, die eigentlich das Grundgesetz aushöhlen wollen. Sie haben eben gesagt, es soll eine Öffnungsklausel gemacht werden. Ich weiß, dass Not leidende Metallbetriebe in Thüringen in Größenordnungen von der Öffnungsklausel Gebrauch gemacht haben. Ich

weiß von genügend Betrieben, die Haustarifvereinbarungen abgeschlossen haben zugunsten der Arbeitsplatzsicherung. Ich weiß von Hunderten von Tarifvereinbarungen, wo Kolleginnen und Kollegen auf Lohn verzichtet haben zugunsten der Kollegen, die dafür nicht gekündigt werden, also direkt betriebliche Bündnisse praktiziert werden hier in Thüringen, lebhaft. Es ist gut, dass die Politik sich dort nicht einmischt. Wenn Sie jetzt so harmlos daherkommen und sagen, man könnte da ja einmal eine gesetzliche Öffnungsklausel genereller Natur hineinmachen, Herr Kollege Kretschmer, das bedeutet, dass die Tarifautonomie ausgehöhlt wird, indem man sie einfach damit kaputtmacht, indem man einfach sagt, ja, wer handelt denn die Öffnungsklausel, wer ist der Interessenvertreter der Belegschaft, um die es konkret geht? Bis jetzt ist es so, dass im Tarifvertrag normiert ist, in welcher Bandbreite abgewichen werden kann von dem Regelentlohnungsanspruch und zugunsten welcher Dinge. Was ich bisher sehr wichtig fand, war immer, dass ein Absenken von Löhnen immer konkurssicher gemacht worden ist. Wir erleben doch, dass mittlerweile Handwerksbetriebe drei, vier, fünf Monate keinen Lohn zahlen können wegen der Notlage. Da mache ich nicht den Handwerker dafür verantwortlich. Aber ich erlebe, dass Kollegen auf Lohn verzichten, und dann geht der Betrieb trotzdem in Konkurs und das Geld ist weg. Alles, worauf man länger als drei Monate verzichtet hat, kommt nicht mehr wieder. Und da sage ich: Wer vertritt die Interessen der Belegschaft, wenn es eine betriebliche Regelung "Bündnis für Arbeit" geben soll, die den Charakter des Tarifvertrags umfassen soll? Wenn es um die Umstrukturierung eines Unternehmens, eines Konzerns geht, ist der Betriebsrat kraft Gesetz der Zuständige. Da muss der Arbeitgeber nur den lästigen Prozess der Verhandlung mit seinem eigenen Betriebsrat auf die Reihe bringen. Da erlebe ich, dass die Betriebe, die am wenigsten Interesse an sozialen Standards haben, sich dann arrogant darüber hinwegsetzen. Oder wie in Jena geschehen, wo ein österreichischer Unternehmer einfach seinen Mitarbeitern sagt, bleiben Sie mal draußen vor der Tür, die Maschinen werden in der Zwischenzeit über Nacht weggeholt und dann kriegen die Kollegen gesagt, Lohn kriegt ihr keinen. Wenn das die Freiheit von betrieblichen Öffnungsklauseln ist, dann verzichte ich gern darauf.

(Beifall bei der PDS)

Meine Kolleginnen und Kollegen von der SPD, Ihren Antrag an sich, der Text ist o.k., dann sage ich, gut, er kommt mir ein bisschen vor, Herr Kollege Dr. Müller, wie ein Schaufensterantrag, wobei ich sage, wir stimmen ausdrücklich zu, die Tarifautonomie darf nicht angegriffen werden. Es wäre mir aber lieber, Sie hätten auf dem letzten SPD-Parteitag diesen Antrag gestellt, da haben ja Anträge aus Hamburg-Nord vorgelegen, vom Landesverband Saar vorgelegen, vom Unterbezirk Hamm, vom Distrikt Winterhude, alle diese Anträge, die konkret die Sicherung der Tarifautonomie von Ihrem Parteivorsitzenden, dem Bundeskanzler Schröder, verlangt haben, die wurden zugunsten einer allgemeinen Deklaration dann

nicht zur Abstimmung gebracht. Ich habe auch Angst, dass Ihr Bundeskanzler im Zweifelsfall bereit ist, für ein Linsengericht und ein paar Silberlinge die Tarifautonomie freizugeben. Da mahne ich dann an, in Ihren eigenen Reihen zu sagen: Sagen Sie bitte ganz deutlich, mit Ihrer ganzen Partei ist ein Eingriff in die Tarifautonomie nicht möglich, und sorgen Sie bitte auch dafür - wir werden Ihrem Antrag zustimmen -, dass Ihr Bundeskanzler, unser Bundeskanzler an dieser Stelle keine faulen Kompromisse macht. Wenn wir nicht wollen, dass in den Betrieben in Deutschland Wildwest herrscht, wenn wir nicht wollen, dass betriebliche Konflikte direkt im Betrieb ausgetragen werden, wenn wir nicht wollen, dass die Tarifregelungen so praktiziert werden wie in Frankreich oder in England mit endlosen Streiks in Betrieben, bis zur Betriebsbesetzung, bis zur Vernichtung von Produktionsmitteln, wenn wir das alles nicht wollen, müssen wir ein Interesse daran haben, dass Tarifverträge als grundgesetzlich geschütztes Minimum für alle Menschen in diesem Land gelten, meine sehr verehrten Damen und Herren. Ich habe schon Angst darum, dass die Verfassung nach 14 Jahren deutscher Einheit so ad absurdum geführt wird, dass am Schluss nichts mehr übrig bleibt. Die Massenarbeitslosigkeit, an die sich diese Gesellschaft gewöhnt hat, führt dazu, dass Menschen bereit sind, für Pfennige mittlerweile arbeiten zu gehen. Das halte ich für die Spirale in die Armut und in die Vernichtung von Existenzen.

Wenn in Nordrhein-Westfalen jetzt eine elektronische Plattform eingerichtet worden ist als Ergänzung zu "ebay", dem Vermittlungsangebot, wo man billig "Schnäppchen" kaufen kann, mittlerweile "enderbay" genannt, diese "enderbay"-elektronische Vermittlung dazu führt, dass Handwerker sich wechselseitig unterbieten, öffentliche oder private Ausschreibungen elektronisch gemacht werden und der den Zuschlag bekommt, der am wenigsten bietet, wenn dann diese Mentalität "Geiz ist geil" auf dem Rücken von Menschen, die in diesem Land arbeiten gehen, ausgetragen wird, dann sind wir wirklich im vergangenen Jahrhundert angekommen; deswegen sollten wir gemeinsam das Grundgesetz verteidigen. Vielen Dank.

(Beifall bei der PDS)

Vizepräsidentin Ellenberger:

Jetzt hat sich der Abgeordnete Müller noch einmal zu Wort gemeldet. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Dr. Müller, SPD:

Nur ganz kurz noch mal. Erst einmal das Inhaltliche, weil es schneller geht. Herr Kretschmer, wenn Sie sagen, dass Wirtschaftsansiedlung, Arbeitsmarkt mit Tarifrecht nichts zu tun hat im Grunde genommen, dann frage ich mich natürlich, warum gerade im Vermittlungsverfahren das alles miteinander verquickt wird. Da widerspricht sich die CDU in sich ein bisschen.

(Beifall bei der PDS)

Eigentlich bin ich zu diesen Formulierungsfragen nach vorn gekommen. Ich beobachte das ja jetzt schon eine geraume Zeit, dass Sie so wie ein Jurist erst einmal eine Formprüfung machen und die Anträge erst einmal inhaltlich verreißen. Da muss ich an der Stelle sagen, dass in der Weise, wie das hier formuliert wurde, das nicht von unserer Fraktion herübergekommen ist, sondern das ist genau das Problem, was können wir hier im Landtag überhaupt beschließen, und das ist im Zusammenspiel mit der Landtagsverwaltung hier so formuliert worden. Ich darf bemerken, ich habe z.B. zur Bundesanstalt für Arbeit, zum Verwaltungsausschuss eine Anfrage gemacht, das hat 14 Tage gedauert, bis wir uns da einig waren, wie wir das formulieren müssen, welche Position wir hier erfragen dürfen. Ich will damit sagen, dass nicht jede Formulierung, die hier kommt, irgendwo abgeschrieben ist, sondern dass da auch noch andere tätig sind. In diesem Zusammenhang, ich weiß nicht, wie das jetzt hier möglich ist, da hätte ich doch schon eine Position, wie man zu dem Antrag der PDS hier steht, von der Formulierung her, denn in dieser Weise hätten wir es ursprünglich gewollt. Wir mussten es dann ändern, weil nämlich die Landesregierung nicht im Vermittlungsausschuss sitzt, das ist ja bekannt. Da sitzen ja nur drei Landesvertreter und deswegen mussten wir quasi den Antrag aufweichen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Ellenberger:

Jetzt liegen mir keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Herr Minister Reinholz, bitte schön.

Ich hatte schon einmal darum gebeten, ein kleines bisschen früher hätte ich gern so ein Signal von der Landesregierung, wenn Sie noch einmal reden. Es geht nämlich darum, dass wir hier klingeln, wenn die Abgeordneten zusammenkommen wollen zum Abstimmen und wenn dann immer noch drei, vier Redemeldungen kommen, dann fühlen sie sich gefoppt von mir. Deswegen wäre es ja vielleicht kein Problem, wenn die Landesregierung sagen würde, zum Abschluss möchte ich reden. Es steht nirgends, tut mir Leid, wenn das bei uns übersehen worden ist, aber es gilt für alle Mitglieder der Landesregierung. Ich bitte darum, dass wir ein Signal bekommen. Bitte, Herr Minister Reinholz.

Reinholz, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Infrastruktur:

Schönen Dank, sehr verehrte Frau Landtagspräsidentin, aber ich hatte meinen Redebeitrag zum Ende angemeldet gehabt. Es muss ein kleines Versehen sein.

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Tarifautonomie hat Verfassungsrang und erfüllt eine wichtige sozialstaatliche

Funktion. Hierzu bekennt sich selbstverständlich die Landesregierung.

(Beifall bei der SPD)

Sie hat einen regen und konstruktiven Kontakt mit den Tarifpartnern. Gemeinsam mit den Tarifpartnern hat die Landesregierung im Frühjahr dieses Jahres ein Symposium zur Zukunft des Flächentarifvertrags moderiert. Gemeinsam haben die Beteiligten übereingestimmt, am Flächentarifvertrag im Grundsatz festzuhalten, ihn fortzuentwickeln und seine bestehenden vielfältigen Flexibilisierungsmöglichkeiten auch aktiv zu nutzen. Die von den Tarifpartnern vereinbarten Regelungen bieten insbesondere den kleinen und mittelständischen Betrieben Orientierung und sind hilfreich bei Betriebsansiedlungen sowie der Sicherung von Beschäftigung. Gemeinsam mit dem Verband der Wirtschaft Thüringens e.V. und seinen Tarifträgerverbänden, dem Deutschen Gewerkschaftsbund und seinen Mitgliedsgewerkschaften, hat das Thüringer Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Infrastruktur die Ergebnisse dieses Symposiums auch veröffentlicht.

Der Dialog zum flexiblen Flächentarifvertrag geht jedoch weiter. Ein konstruktiver Schritt in diese Richtung ist die "Gemeinsame Erklärung der Spitzenverbände der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen in Thüringen, des Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Verbandes der Wirtschaft Thüringens e.V. zur Zukunft des Flächentarifvertrags und zur Förderung der Tarifbindung." Diese Art des partnerschaftlichen Dialogs wird von der Landesregierung jederzeit unterstützt. Die wirtschaftliche Situation in Deutschland verschlechtert sich jedoch zusehends. Ziel muss es sein, die wirtschafts-, finanz-, sozial- und arbeitsrechtlichen Rahmenbedingungen wieder stärker auf die Förderung von Beschäftigung auszurichten.

(Beifall bei der CDU)

Nur wenn Beschäftigungshürden abgebaut und Unternehmergeist wieder gefördert wird, kann es gelingen, den Arbeitsmarkt zu beleben. Im Rahmen des Tarifvertragsrechts ist es notwendig, starre und einseitige Haltungen zu bestimmten Problemfeldern aufzugeben und durch Gesprächs- und Kompromissbereitschaft der vielfach geforderten Flexibilität der Tarifverträge letztendlich zum Tragen zu verhelfen. So können durch spezifische Regelungen von Unternehmen in schwierigen Situationen oder bei Firmenansiedlungen geeignete Rahmenbedingungen geschaffen sowie beschäftigungssichernde Maßnahmen und die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze auch erreicht werden.

In einer Reihe von Tarifverträgen sind bereits Öffnungsklauseln enthalten, meine Damen und Herren, die es den Betriebspartnern ermöglichen - unter bestimmten Voraussetzungen natürlich -, vom Tarifvertrag abweichende Betriebsvereinbarungen abzuschließen. Diesen Weg gilt es beschäftigungsorientiert nun auch weiterzuentwickeln. Die verstärkte Nutzung der Möglichkeit innerhalb des be-

stehenden Tarifvertragssystems ist letztlich der richtige Ansatz, die Vorteile des Flächentarifvertrags mit der notwendigen Flexibilität auf betrieblichen Ebenen zu verbinden. Diese Ihnen vom Grundgesetz zugewiesene Gestaltungsverantwortung müssen die Tarifvertragsparteien konstruktiv auch wahrnehmen. Jedoch ist dies nicht in allen Branchen und Wirtschaftszweigen möglich. Dies zeigt auch das jüngste Scheitern der Gespräche von Arbeitgebern und Gewerkschaften über eine Öffnung der Tarifverträge. Eine freiwillige Vereinbarung ist grundsätzlich, denke ich, die beste Lösung. Gleichzeitig erschwert das Scheitern der Gespräche von Arbeitgebern und Gewerkschaften einen Kompromiss über die anstehenden Reformen im Vermittlungsausschuss. Im Rahmen der anstehenden Gesetzgebungsverfahren zur Arbeitsmarktreform hat der Freistaat Thüringen den Gesetzentwurf des Bundesrates unterstützt, wonach Bündnisse für Arbeit auf betrieblicher Ebene unter gewissen Voraussetzungen notwendig sind und gesetzlich verankert werden. Dies ist jedoch, meine Damen und Herren, kein Angriff auf die Tarifautonomie.

(Beifall bei der CDU)

Die Landesregierung bekennt sich zur grundgesetzlichen Verankerung der Tarifautonomie. Konkret geht es aber um die Verankerung von betrieblichen Bündnissen im Tarifvertragsgesetz, wenn zuvor keine Öffnungsklauseln vereinbart sind. Nach dem Gesetzentwurf des Bundesrates sollen beschäftigungsorientierte Abweichungen von Tarifverträgen unter Beachtung der Tarifautonomie auch zugelassen werden. Beschäftigung sichernde Betriebsvereinbarungen werden gesetzlich abgesichert. Betriebliche Abweichungen sind nach dem Gesetzentwurf nur zulässig, wenn der Betriebsrat sowie zwei Drittel der Belegschaft zustimmen und die Tarifparteien innerhalb von vier Wochen keine Einwände erheben. Die Zustimmung des überwiegenden Teils der Belegschaft, ich sagte es bereits, Zweidrittelmehrheit, ist aber immer erforderlich. Die Beteiligung der Tarifvertragsparteien bei der Sicherung von Beschäftigung wird von der Landesregierung generell vorausgesetzt und hat auch Eingang in den vorliegenden Gesetzentwurf des Bundesrates gefunden.

Meine Damen und Herren, auch der Bundeskanzler hat in seiner Agenda 2010 gesetzliche Regelungen angekündigt, wenn sich die Tarifpartner nicht im Verhandlungswege auf Tariföffnungsklauseln verständigen. Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Ellenberger:

Bitte, Herr Abgeordneter Pidde.

Abgeordneter Dr. Pidde, SPD:

Namens der SPD-Fraktion beantrage ich namentliche Abstimmung.

Vizepräsidentin Ellenberger:

Gut. Aber nur über den Antrag der SPD-Fraktion?

Abgeordneter Dr. Pidde, SPD:

Nur über den Antrag der SPD-Fraktion.

Vizepräsidentin Ellenberger:

Dann bitte ich die Schriftführer die Stimmkarten einzusammeln.

Konnte jeder seine Stimmkarte abgeben? Dann bitte ich um Auszählung.

Jetzt liegt das Ergebnis der Abstimmung zum Antrag in Drucksache 3/3818 vor. Es wurden 73 Stimmen abgegeben, davon 29 Jastimmen, 44 Neinstimmen. Damit ist der Antrag mit Mehrheit abgelehnt (Namentliche Abstimmung siehe Anlage 3).

Wir kommen zur Abstimmung des Entschließungsantrags der PDS-Fraktion in Drucksache 3/3855. Wer diesem Entschließungsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Dieser Antrag ist auch mit Mehrheit abgelehnt.

Jetzt kommen wir zum Aufruf des **Tagesordnungspunkts 15**

Bericht der Landesregierung zu dem Thema "Durch Deregulierung und Entbürokratisierung die Attraktivität des Standorts Thüringen stärken"

dazu: Beschluss des Landtags
- Drucksache 3/3384 -

Herr Minister Reinholz, bitte schön, Sie haben das Wort für den Bericht.

Reinholz, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Infrastruktur:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, zunächst bedanke ich mich für die Gelegenheit, Ihnen hier an dieser Stelle die Maßnahmen der Thüringer Landesregierung vorstellen zu können, mit denen die Attraktivität des Standorts Thüringen durch Deregulierung und Entbürokratisierung gestärkt werden soll. Es ist unser gemeinsames Ziel, Thüringen voranzubringen, seine Leistungsfähigkeit auszubauen und seine Attraktivität als Standort weiter zu verbessern. Unter den breit gefächerten Bemühungen stellen Deregulierung und Entbürokratisierung natürlich nur einen, aber auch einen wichtigen Bestandteil dar. Lassen Sie mich deshalb vorab einige Eckdaten in Erinnerung rufen, welche die Position Thüringens innerhalb der neuen Länder, aber auch innerhalb der Bundesrepublik Deutschland insgesamt umschrei-

ben. Sie stellen letztlich auch das Thema Deregulierung und Entbürokratisierung in den notwendigen gesamtwirtschaftlichen Zusammenhang.

Beim Strukturwandel, meine Damen und Herren, steht Thüringen an der Spitze aller neuen Länder. Im vergangenen Jahr erreichte das verarbeitende Gewerbe in Thüringen einen Anteil von 19,1 Prozent an der gesamten Bruttowertschöpfung, der Durchschnitt der neuen Länder liegt nur bei knapp 16 Prozent. Trotz der schwierigen Konjunkturlage ist das verarbeitende Gewerbe in Thüringen in den letzten drei Jahren real weiter um 23,2 Prozent gewachsen. Im ersten halben Jahr dieses Jahres betrug das reale Wachstum sogar 8 Prozent. Durch dieses Wachstum entstehen neue Arbeitsplätze. In keinem anderen Bundesland ist der Industriebesatz in den letzten Jahren so stark gestiegen wie in Thüringen.

(Beifall bei der CDU)

Mit inzwischen 58 Industriebeschäftigten pro 1.000 Einwohner steht Thüringen auch hier deutlich vor allen anderen neuen Ländern. Lassen Sie mich einen weiteren Punkt erwähnen. 150 km neu gebaute bzw. 6-streifig ausgebauten Autobahn wurden seit Anfang des Jahres 2000 für den Verkehr freigegeben. Damit wurden 60 Prozent der seit 1991 in diesem Bereich in Angriff genommenen Projekte in diesem Zeitraum auch abgeschlossen. In den Jahren 2000 bis 2002 wurden Zuschüsse für gewerbliche Investitionen aus der Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur in Höhe von gut rund 1 Mrd. € für mehr als 2.600 Projekte mit einem Investitionsvolumen von knapp 5 Mrd. € bewilligt. Die Unternehmen sicherten dabei die Schaffung von mehr als 16.600 neuen Arbeitsplätzen zu. Im Rahmen der Existenzgründerinitiative GET UP und THEI haben sich bis Ende August dieses Jahres 256 technologieorientierte Unternehmen mit insgesamt 812 Arbeitsplätzen neu gegründet, ein solcher ...

(Ausfall der Mikrophonanlage)

Ich war gerade bei der Existenzgründerinitiative GET UP gewesen und hatte gesagt, dass bis Ende August dieses Jahres 256 technologieorientierte Unternehmen mit insgesamt 812 Arbeitsplätzen neu gegründet wurden. Ein solcher Zuwachs, meine Damen und Herren, kann sich angesichts der großen Bedeutung innovativer Unternehmen für die Thüringer Wirtschaft sehen lassen und gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. Ich denke, diese Fakten sprechen für sich, sie werden belegt durch die aktuellen Wachstumsdaten für das erste Halbjahr. Hier liegt Thüringen bundesweit, ich betone bundesweit, auf dem zweiten Platz. Unser Land ist ein attraktiver Standort für Investoren. Wir haben eine gute Infrastruktur, dennoch gilt es sie auszubauen und sie letztendlich auch noch weiter zu verbessern. Es gilt den positiven Trend zu unterstützen und auch zu verstetigen. Dies ist im Rahmen unseres gegenwärtigen Umfelds leider nicht so einfach.

Deutschland leidet, wie Sie alle wissen, unter massiven strukturellen Problemen. Arbeitslosigkeit, leere Sozialkassen, Finanznot der öffentlichen Hand sind nur einige Schlagworte, die den gegenwärtigen Zustand beschreiben. Die Wirtschaft stagniert, der Konjunkturmotor ist nahezu abgewürgt, der Wohlstand einer ganzen Gesellschaft ist mittel- und langfristig gefährdet, wenn man nicht rasch gegensteuert. Als eine Ursache für die derzeitige strukturelle Wachstumsschwäche in Deutschland wird zu Recht die zunehmende Bürokratie angeführt. Flexibilität und Reaktionsgeschwindigkeit sind in Zeiten global verflochtener Märkte zwei wichtige Faktoren für erfolgreiches unternehmerisches Handeln. Um auf dem Weltmarkt alte Kunden zu halten und neue Kunden zu gewinnen, reicht es oft nicht aus, qualitativ hochwertige und preiswerte Produkte anbieten zu können. Man muss letztlich auch als Erster damit auf dem Markt sein. Unnötige bürokratische Regelungen verzögern unternehmerisches Handeln und gefährden damit auch seinen Erfolg. Aber nicht nur staatliche Bürokratie, sondern auch Überreglementierung im privatrechtlichen Bereich gestalten sich zunehmend als Investitionshemmnis. Die Grundlage für unseren Wohlstand bildet eine funktionierende Wirtschaft, sie benötigt angemessene Rahmenbedingungen, um funktionieren zu können. Die Einflussmöglichkeiten des Staates beziehen sich dabei vorwiegend auf Gesetzgebung und Verwaltung. Vor diesem Hintergrund hat sich die Landesregierung zu einer Reihe von Maßnahmen entschlossen, um durch Deregulierung und Entbürokratisierung die Attraktivität des Standorts Thüringen zu stärken. Staatliche Bürokratie erwächst oftmals aus dem Bestreben, um jeden Preis Einzelfallgerechtigkeit durch unverhältnismäßig detaillierte Bestimmungen zu erzielen. Dies führt zu unübersichtlichen Regularien, mit denen Kreativität und Entscheidungsspielraum der Bearbeiter oftmals unnötig eingeschränkt werden. Deshalb hat die Thüringer Landesregierung durch Beschluss vom 10. und 17.12.2002 in der Thüringer Staatskanzlei eine Stabsstelle eingerichtet. In einem ersten Schritt wurden von ihr die in Thüringen geltenden Verwaltungsvorschriften überprüft. Anhand eines Katalogs von Prüfkriterien wurden die Verwaltungsvorschriften vor allem unter den Aspekten Notwendigkeit, Zweckmäßigkeit, Kostenwirksamkeit und Vollzugseignung geprüft. Vorschriften, die nicht vorgelegt wurden oder die im Zuge dieser Überprüfung nicht ausdrücklich bestätigt wurden, treten außer Kraft bzw. werden zum Jahreswechsel außer Kraft treten. Die von der Stabsstelle bestätigten Verwaltungsvorschriften werden mit einer Verfallsautomatik von fünf Jahren sukzessive in ein beim Thüringer Innenministerium in der Aufbauphase befindliches Gültigkeitsverzeichnis aufgenommen. Dieses Gültigkeitsverzeichnis führt als Positivliste die Titel aller gültigen veröffentlichten und unveröffentlichten Verwaltungsvorschriften Thüringens auf. Es wird jährlich als Sonderdruck des Staatsanzeigers erscheinen und erstmals mit Stichtag 01.01.2004 in der ersten Februarausgabe herausgegeben. Einzelheiten zu Inhalt, Aufbau, Erstellung und Verfahren der Herausgabe des Gültigkeitsverzeichnisses wurden vom Thüringer Innenministerium geregelt und im "Thüringer

Staatsanzeiger" bekannt gemacht. Zudem wird der Inhalt über das Internet allgemein, also den Bürgern, der Wirtschaft, der Verwaltung und der Justiz zugänglich gemacht. Die Anwendung soll künftig über das im Aufbau befindliche Landeskommunalportal bereitgestellt werden. Daneben prüft die Stabsstelle im Rahmen ihres Auftrags auch Neuentwürfe von Gesetzen und Rechtsverordnungen. Zu beachten ist in diesem Zusammenhang, dass die Stabsstelle ausschließlich Vorschriften des Landes überprüft. Nicht Prüfungsgegenstand sind kommunale Vorschriften und Standards sowie Vorschriften des Bundes, für die das Land keine Aufhebungskompetenz hat.

Neben der weiterhin erfolgenden Prüfung von neuen Verwaltungsvorschriften, Gesetzen und Verordnungen soll künftig die Prüfung des Bestandes von Gesetzen und Verordnungen Schwerpunkt der Arbeit sein. Die interessanteste Frage ist natürlich: Was kommt dabei heraus? Zum Stichtag 17. November 2003 wurden 2.182 Verwaltungsvorschriften vorgelegt, von denen 1.133 nicht bestätigt wurden. Dies entspricht einer Deregulierungsquote von 52 Prozent.

(Zwischenruf Abg. Dittes, PDS: Das ist doch ein Witz.)

356 Verwaltungsvorschriften müssen noch überarbeitet werden. Weiterhin wurden 25 Rechtsverordnungen und 8 Gesetze vorgelegt, diese wurden weit gehend bestätigt. Die Ressorts, meine Damen und Herren, haben des Weiteren rund 1.600 Verwaltungsvorschriften selbst gemeldet, die ohne weitere inhaltliche Prüfung sofort entfallen bzw. zum 31. Dezember 2003 ersatzlos außer Kraft treten können.

Am 19. Mai 2003 wurde der Wettbewerb "Norm-Check" vom Thüringer Innenministerium gestartet. Mit dem Wettbewerb "Norm-Check" wurde um die Nennung überzogener, überflüssiger oder auch widersprüchlicher Vorschriften gebeten. Ziel des Wettbewerbs ist es, durch das Ansprechen eines umfassenden Adressatenkreises entbehrliche Regeln ausfindig zu machen und abzuschaffen. Bürgerinnen und Bürger ebenso wie Wirtschafts- und Handwerksunternehmen oder Behörden waren aufgefordert, ihre negativen Erfahrungen mit überzogenen, überflüssigen oder widersprüchlichen Vorschriften, durch die sie sich in ungerechtfertigter Weise eingeschränkt sehen, an das Thüringer Innenministerium zu melden. Dabei wurden alle Meldungen an die jeweils zuständige Stelle der Landesregierung zur inhaltlichen Bearbeitung weitergeleitet. Der Wettbewerb endete am 15. September 2003. Alle Vorschläge, die spätestens mit dem 15. September 2003 datiert waren, wurden auch berücksichtigt. Bis zu diesem Zeitpunkt waren insgesamt 198 Vorschläge im Thüringer Innenministerium eingegangen. Um aus allen eingegangenen Vorschlägen die besten auszuwählen zu können, wurden sie unter fachlicher Bewertung zunächst den jeweiligen Fachressorts übersandt. Die Bewertung erfolgte anhand eines vom Thüringer Innenministerium

vorbereiteten und resortsabgestimmten schematisierten Bewertungsbogens. Derzeit wird vom Thüringer Innenministerium eine Bewertung nach allgemeinen Kriterien durch eine Jury vorbereitet. Als Mitglieder der Jury konnten Persönlichkeiten aus Verbänden und Wirtschaft gewonnen werden, die zum Teil bereits im Vorfeld des Wettbewerbs ihre Mitarbeit verbindlich zugesagt hatten, so z.B. der Präsident des Gemeinde- und Städtebundes, der Hauptgeschäftsführer der IHK Erfurt oder der Präsident des Verbandes der Wirtschaft Thüringens e.V.

Auf dieser Grundlage sollen anschließend in einer Zusammenkunft aller Jurymitglieder unter Leitung des Thüringer Innenministeriums die Preisträger ausgewählt werden. Im Rahmen einer öffentlichen Preisverleihung durch den Innenminister werden die Preisträger und ihre Vorschläge der Öffentlichkeit vorgestellt.

Das Wirtschaftsministerium hat bereits im Februar 2003 die Verbände und Unternehmen gebeten, konkrete Vorschläge zur Deregulierung zu unterbreiten. Durch die Abfrage von Unternehmen und Verbänden sollten externer Sachverstand genutzt werden, damit tatsächlich die Probleme identifiziert werden, welche die Wirtschaft belasten. Die Vorschläge und Anregungen wurden zusammengestellt und den Ressorts zur Bewertung zugeleitet. Es handelt sich dabei um rund 300 Vorschläge und Anregungen, die allerdings, und das muss ich deutlich sagen, zu 85 Prozent Bundesrecht betreffen. Im Ergebnis der Befragung wurde sehr deutlich, dass die deutsche Wirtschaft vielfach von Überregulierungen privatrechtlicher Verhältnisse belastet ist und nicht nur durch öffentlich-rechtliche Bestimmungen.

Schwerpunkt der Kritik waren immer wieder das Arbeitsrecht und hier wiederum das Teilzeit- und Befristungsgesetz. Im Wesentlichen wird in der Wirtschaft dessen vollständige Abschaffung gefordert.

Ein weiterer Hauptkritikpunkt der Wirtschaft ist das Kündigungsschutzrecht. Dies betrifft die Schwellenwerte, bei denen der Kündigungsschutz einsetzt. So wird teilweise eine Anhebung der Grenze auf 20 Mitarbeiter, teilweise sogar auf 50 Mitarbeiter gefordert. Teilweise wird die Sinnhaftigkeit der Kriterien zur Sozialauswahl hinterfragt bzw. eine Gesetzgebung gefordert, welche die Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts zum Kündigungsschutz korrigieren soll. Als problematisch gesehen wird auch die Stellung Schwerbehinderter im Betrieb im Hinblick auf das Mitbestimmungsrecht. Kritik wird von der Wirtschaft auch am Betriebsverfassungsrecht geübt. Dies betrifft zunächst die Frage der Notwendigkeit, einen Betriebsrat einzurichten, aber auch seine Rechte. So wird vertreten, dass Betriebsräte nur gegründet werden sollen, wenn die Belegschaft dies wünscht. Zum anderen wird gefordert, die Beteiligungsrechte der Betriebsräte zu beschränken. Gefordert werden des Weiteren Öffnungsklauseln im Tarifrecht, insbesondere die Möglichkeit mit Zustimmung der Belegschaft bzw. des Betriebsrats von

Tarifverträgen abzuweichen. Gleichzeitig kritisiert werden Statistikpflichten gegenüber den verschiedensten Einrichtungen und Gebietskörperschaften sowie das uneinheitliche Formularwesen bei inhaltlich verwandten Themen. Letzteres betrifft insbesondere die Angaben gegenüber Sozialversicherungen; so werden einheitliche Formulare bei den verschiedenen Krankenkassen vielfach gefordert. Gefordert wird auch eine verbesserte Qualifizierung des Personals, um die bürokratischen Routinearbeiten zügiger erledigen zu können. In verschiedenen Ausprägungen finden sich die Forderungen nach der Vereinheitlichung und Vereinfachung von Behördengängen wieder. Stichworte seien hier nur die "One-Stop-Office" oder der "Behördenlotse". Oft beklagt wird eine unsachgemäße oder kleinliche Anwendung von Gesetzen; behördeninterne Abläufe und Kommunikationswege sind zu verbessern. Ermessensspielräume, meine Damen und Herren, sollen nach Möglichkeit im Sinne der Wirtschaft genutzt werden.

Auch das Arbeitsstättenrecht wurde vielfach kritisiert. Im Kern wurde vorgeschlagen, betriebliche Vereinbarungen an die Stelle von arbeitsschutzrechtlichen Bestimmungen treten zu lassen, da in den Betrieben unter Einbeziehung der Belegschaft der größere Sachverstand hinsichtlich der Notwendigkeit von Arbeitsschutzmaßnahmen gegeben sei als bei einer Behörde. Im Bereich des Steuerrechts wurde eine generelle Vereinfachung gefordert. Vielfach wird die Abschaffung der Ökosteuer gefordert. Auch das Steuervergünstigungsabbaugesetz sollte verhindert werden. Insbesondere aus dem Handwerk werden Änderungen des Umsatzsteuerrechts gefordert.

Die Landesregierung hat die aus ihrer Sicht relevanten Vorschläge zusammengefasst und bewertet; sie hat diese Zusammenfassung und Bewertung mit den Kammern und Verbänden am 19. November und ergänzend noch einmal am 4. Dezember 2003 diskutiert. Insgesamt deckt sich die Haltung der Landesregierung in vielen Punkten mit den Forderungen der Unternehmen und Verbände. Die Verbände und Unternehmen fanden sich auch in der Auswahl der von der Landesregierung bewerteten Fragen angemessen repräsentiert.

Meine Damen und Herren, ich kann nicht alle Details an dieser Stelle vortragen, daher stellt die Landesregierung dem Thüringer Landtag die Auswertung der wesentlichen Forderungen von Unternehmen, Verbänden und Kommunen zur Deregulierung zur Verfügung.

Eine dringliche Forderung der Wirtschaft war die Einrichtung einer Clearingstelle. Diese Stelle wurde im TMWAI als Ansprechpartner der Wirtschaft in allen Fragen der Deregulierung eingerichtet. Ihre Aufgabe ist es, Hinweise von Unternehmen bzw. Wirtschaftsverbänden auf überzogene, überflüssige oder widersprüchliche Vorschriften im Bereich des Wirtschafts- und Arbeitsrechts zu sammeln und zur Bearbeitung an die zuständigen Stellen weiterzuleiten. Genehmigungsverfahren sollen auf diese Weise sowohl im Einzelfall beschleunigt als auch

generell als bürokratische Hemmnisse identifiziert und, soweit möglich, abgebaut werden. Die Clearingstelle ist zugleich Kommunikationspartner für die Wirtschaft zu Fragen der Deregulierung. Aktuell hat sie den Entwurf für ein Konzept für mehr Wirtschaftsfreundlichkeit, Unternehmerfreundlichkeit erarbeitet. Sie betreut weiterhin seitens der Landesregierung die Bewerbung Thüringens als Innovationsregion. Die Bundesregierung beabsichtigt, wie Sie sicher wissen, Anfang des Jahres ein Auswahlverfahren zu starten, um Regionen festzulegen, in denen bestimmte verfahrensrechtliche Bestimmungen ausgesetzt werden sollen, um letztlich zu erproben, welche Auswirkungen dies auf die Wirtschaft hat. Die Landesregierung hat Thüringen in seiner Gesamtheit als Testregion angemeldet. In Kooperation mit Kammern und kommunalen Spitzenverbänden bereitet sich Thüringen auf die förmliche Bewerbung derzeit vor.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich die Erkenntnisse wie folgt zusammenfassen: Der Staat, und hierzu zähle ich alle öffentlich-rechtlichen Gebietskörperschaften, muss sich auf seine Kernaufgaben zurückziehen, das sind die, die nicht von einzelnen oder kleineren Gruppen geleistet werden können. Es ist nicht die Aufgabe der Politik, sondern der Wirtschaft, Arbeitsplätze zu schaffen. Würde sie es zu ihrer Aufgabe machen Arbeitsplätze zu schaffen, wäre der Weg in die Staatswirtschaft vorprogrammiert. Die Politik beeinflusst allerdings die Rahmenbedingungen zur Schaffung von Arbeitsplätzen. Wirtschaftliche Freiheit kann und darf in einer sozialen Marktwirtschaft nicht grenzenlos sein. So darf wirtschaftliches Handeln Leib, Leben und Gesundheit anderer nicht gefährden; der wirtschaftliche Wettbewerb muss fair sein; Produkte dürfen den Verbraucher bei sachgemäßer Verwendung nicht gefährden. In diesem Spannungsfeld muss und darf der Staat seine Regeln setzen. Er sollte nicht über diesen Rahmen hinausgehen, will er die wirtschaftliche Entwicklung letztlich nicht gefährden. Dies wurde in Deutschland zum Nachteil des gesamten Standorts und damit leider auch für Thüringen nicht beachtet. Diese Tatsache schlägt sich in besonderer Weise in der Auswertung der Anregungen und Vorschläge der Verbände und Unternehmen zur Deregulierung nieder. Ich sage es noch einmal, 85 Prozent der die Wirtschaft belastenden Bestimmungen sind Bundesrecht. Man muss hinzufügen, es handelt sich meist um Bestimmungen, die seit 1998, d.h. seit der Zeit der rotgrünen Bundesregierung, zu Lasten der Wirtschaft verkompliziert und verschärft wurden. Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

(Zwischenruf Abg. Dittes, PDS: Wegweisend.)

Präsidentin Lieberknecht:

Dann kommen wir zur Aussprache. Ich gehe davon aus, sie wird beantragt. Ja. Als Erster hat das Wort der Abgeordnete Lippmann, SPD-Fraktion.

Abgeordneter Lippmann, SPD:

Sie haben jetzt 21 Minuten und 29 Sekunden gesprochen, Herr Minister, einschließlich der nun schon fast obligaten technischen Störungen, an die wir uns so langsam zu gewöhnen haben.

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, eigentlich bin ich überrascht, dass die Aussprache beantragt worden ist, denn ich weiß nicht, worüber wir diskutieren wollen.

(Beifall bei der PDS)

(Zwischenruf Abg. Buse, PDS: Das geht mir auch so.)

Das erste Drittel des Berichts des Ministers für Wirtschaft, Arbeit und Infrastruktur befasste sich mit der gegenwärtigen jüngsten Entwicklung von Thüringen, mit dem üblichen Glorienschein versehen. Dann kamen noch ein paar Dinge, für die wir eigentlich um Aufklärung ersucht oder gebeten hatten, um es mal ganz vornehm auszu-drücken, und am Ende war wieder mal die Bundesrepublik daran Schuld mit dem Verweis darauf, dass 85, 84 oder 86 Prozent dessen, was gemacht werden muss, ja eh vom Bund zu leisten sei. Der Herr Minister für Wirtschaft, Arbeit und Infrastruktur hat in seiner Regierungserklärung am 17.10. dieses Jahres – also vor noch gar nicht so langer Zeit - in seinen Pflichtbeschimpfungen der Bundesregierung erklärt, der Masterplan Bürokratieabbau sei vorrangig auf die Entflechtung von Verfahrensabläufen konzentriert und man hat die Vereinfachung des Steuer-, Arbeits-, Sozial- und Planungsrechts gefordert, aber im Moment noch nicht bekommen. Voilà, Sie haben jetzt die Gelegenheit im Bundesrat, das zu ändern. An Ihnen liegt es. Ich will ja nicht den Begriff "Blockis" benutzen, aber Sie können das jetzt ändern. Ich sage das natürlich aus aktuellem Anlass, ansonsten sollten wir, nicht wahr, Herr Minister, ich denke, mit diesem flapsigen Ausdruck kann ich jetzt kommen, uns um unseren eigenen Dreck kümmern.

Auf der 81. Sitzung am 07.03.03, also vor gut einem halben Jahr hatten wir das Thema schon mal. Natürlich hatten wir das nicht erfunden, sondern es war eine Reflexion dessen, was die Industrieverbände und Kammern vor Beginn oder mit Ablauf des alten Jahres deutlich gesagt hatten, die hatten nämlich Vorschläge gemacht, wie das zu entflechten sei. Natürlich betraf dies Bund und Land, das ist also das, was Sie uns schriftlich zur Verfügung stellen wollen, aber geben Sie es uns ruhig noch mal, vielleicht ist doch noch etwas daraus geworden. Die Wirtschaftsverbände hatten diese Forderung vorgelegt und die haben sie uns auch allen rechtzeitig zur Verfügung gestellt. Auch der Thüringer Landtag hat sich dann mit zwei Anträgen hier eingemischt, die alle beide, merkwürdig genug, damals an den Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Strukturpolitik überwiesen worden sind. Aus dem sie

mit der dringenden Aufforderung an die Landesregierung herauskamen, ich zitiere: "über die Ergebnisse der Überprüfung von Verwaltungsvorschriften des Landes im IV. Quartal zu berichten". Da haben Sie uns gesagt, es ist ein Haufen überprüft worden und das machen wir schon und das geht schon alles in Ordnung und irgendwann wird es ja mal im Staatsanzeiger stehen. Bis jetzt habe ich es noch nicht gelesen, aber es wird dann irgendwann schon mal zu lesen sein. Wenn wir es dann gelesen und bewertet haben, dann könnten wir vielleicht auch mal darüber reden und eine Aussprache führen. Das haben wir in der Debatte am 5. Juli 2003 bei der 86. Sitzung auch so wahrgenommen. Die Legislative war, der Kollege Kretschmer hat sich da einigermaßen deutlich ausgedrückt, bei diesem ganzen Prozess nicht so sehr gefordert. Das ist hier in den Plenarsitzungen einerseits, aber auch in den Ausschussberatungen zum Ausdruck gekommen. Richtig ist natürlich, dass das eine Sache der Exekutive ist. Die, die das Verwaltungsgestrüpp aufbauen, müssen natürlich auch dafür Sorge tragen, dass es wieder ausgelichtet wird, das ist erstmal richtig. Es galt auch hier

(Unruhe bei der CDU)

- regen Sie sich nicht auf, meine verehrten Kollegen von der CDU -, das gilt für alle politischen Parteien, und wenn man nicht mehr weiter weiß, dann gründet man einen Arbeitskreis. Das galt schon früher, es gilt heute genau noch so. Wir haben dann sozusagen zweieinhalb Arbeitskreise gegründet. Da lief also die Stabsstelle bei der Staatskanzlei auf, dann kam die Clearingstelle im Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Infrastruktur, dann noch der Normencheck des Herrn Innenministers - das ist alles heute schon gesagt worden, das kann ich mir alles sparen. Das Ergebnis aus der Clearingstelle soll jetzt in Bearbeitung sein oder ist als Entwurf in Bearbeitung gewesen und mit den Kammern und Wirtschaftsverbänden abgestimmt worden, das hatten Sie erklärt, Herr Minister. Das liegt jetzt in abgeänderter Form vor und wir werden es bekommen, sagt der Minister für Wirtschaft, Arbeit und Infrastruktur. Es sind, so hörten und lasen wir, in einer Reihe von Pressekonferenzen ist das auch zu hören gewesen, Tausende Verwaltungsvorschriften weggefallen. Das ist für verwaltungsinterne Abläufe ungeheuer wichtig, ungeheuer wichtig. Man hält sich dann natürlich an die Vorschriften, die weggefallen sind, ist doch logisch. An irgendetwas muss sich ja die Verwaltung halten, das hat sie schon immer gemacht und das wird sie auch künftig tun. Wissen Sie, wir wollten heute eigentlich von Ihnen kein bundespolitisches Schaulaufen. Auch der Verweis, dass das vom Bund natürlich auch gemacht werden muss, das wissen wir alle selber, darüber haben wir schon zehn Mal geredet. Wir wollten von Ihnen präzise und klar wissen, was Sie hier im Gesetzes- und Verordnungsbereich des Landes, für das wir zuständig sind, für notwendig und machbar halten. Das wollten wir heute hören oder gar noch lesen.

(Beifall bei der SPD)

Übrigens, bei dem Entzug von Verwaltungsvorschriften für ein Land geht es einer dafür verantwortlichen Exekutive wie einem Heroinsüchtigen in der Klinik, irgendwann machen sich Entzugserscheinungen schmerzhaftester Art bemerkbar. Es kann in vielen Fällen zu Rückfällen kommen. Wir hoffen, dass die Rückfälle noch ein Weilchen auf sich warten lassen. Gut und schön, aber wir hätten gern die Ergebnisse und Erwartungen der Landesregierung zu dem, was sie selbst gemacht hat, heute hier bewertet. Das konnten wir nicht und so haben wir einer - na, ich will sagen - fruchtlosen Debatte wahrscheinlich heute eine weitere hinzugefügt. Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Lieberknecht:

Es hat jetzt Abgeordneter Kretschmer, CDU-Fraktion, das Wort. Wenn Sie verwundert sind, dass die PDS nicht dran ist, ich habe keine Meldung von Ihnen.

(Zuruf Abg. Buse, PDS: Ist korrekt.)

Ich hatte den Blick als etwas fast Empörendes gedeutet, dass Sie nicht dran sind.

(Zuruf Abg. Buse, PDS: ... Entscheidung der Präsidentin.)

Abgeordneter Kretschmer, CDU:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, "Durch Deregulierung und Entbürokratisierung die Attraktivität des Standorts Thüringen stärken" - ich habe meinen Beitrag erweitert mit dem Untertitel "Vorfahrt für Unternehmensgeist und Arbeitsplätze". Herr Lippmann, ich werde Ihnen trotz ...

(Zwischenruf Abg. Dittes, PDS: Großartig - ein Untertitel für Ihre Rede.)

Tja, frei gewählte Abgeordnete, Herr Dittes, das ist eben der Vorzug, den ich verstehe, den Sie offensichtlich noch nachvollziehen müssen.

(Zwischenruf Abg. Vopel, CDU: ... bitte nie.)

(Zwischenruf Abg. Dittes, PDS: Was, Frau Vopel?)

(Zwischenruf Abg. Thierbach, PDS: Könnt ihr euch mal einigen?)

Ich halte meinen Beitrag trotz der sehr pessimistischen Wort- und Stimmungslage, Herr Kollege Lippmann, die aus Ihrem Redebeitrag hervorschaute. Mir ist aufgetragen worden zu sagen, vielleicht rührt Ihr Pessimismus daher, dass Sie die Zukunft Ihre Partei beschreiben wollen.

Aber jetzt zum Thema: Deutschland befindet sich in der tiefsten Strukturkrise seit 1949. Deutschland liegt am Ende in Europa beim Wachstum und beim Kampf gegen die Arbeitslosigkeit. Zugleich ist Deutschland Spitze bei den Unternehmenspleiten, der Staatsverschuldung. Es ist also ein Sanierungsfall, ich hatte es vorhin schon mal gesagt. Dabei sind die Herausforderungen an Deutschland vielfach formuliert: der globale Modernisierungsdruck mit der weltweiten Mobilität von Kapital und Know-how, der globale Wettbewerbsdruck im Übergang zur Informations- und Dienstleistungsgesellschaft, die demographische Entwicklung und deren Folge für das soziale Gleichgewicht und die Sozialsysteme. Europäisierung und Globalisierung heißt nicht nur Wettbewerb und Konkurrenz der Unternehmen, sondern auch Wettbewerb und Konkurrenz der Staaten und der Verwaltungen. In Thüringen setzen wir auf Investitionen in die Zukunft, Unternehmergeist und neue Arbeitsplätze. Daher sind wir trotz aller Probleme in einer vergleichsweise guten Ausgangslage, Herr Minister Reinholz hat dies bereits vorgetragen. Zu diesen Erfolgen hat auch die Thüringer Verwaltung maßgeblich beigetragen. Die Verwaltung in Thüringen hat eine hohe Qualität. Dies ist umso mehr zu würdigen, als sie eine junge Verwaltung ist. Dessen ungeachtet, teilen wir in einer Reihe von Fragen die Auffassung der Wirtschaft, dass Abläufe optimiert und Personal besser geschult werden sollte. Deshalb will ich betonen, wir in der politischen Verantwortung dürfen uns nicht entlasten, indem wir nur die Verwaltung kritisieren. Das wäre zu billig. Gesetzgeber und Regierung geben vor, was Verwaltung auszuführen hat. Es ist also die Verantwortung der Politik, die richtigen Rahmenbedingungen zu setzen. Unsere Maßnahmen für einen schlanken effizienten Staat und für mehr Serviceorientierung bedeuten deshalb weder eine Fundamentalkritik noch ein Kahlschlag der Verwaltung. Die Forderung nach Deregulierung und Bürokratieabbau ist seit langem ebenso berechtigt wie populär. Der Weg von der Erkenntnis zur tatsächlichen Umsetzung erweist sich allerdings gerade bei diesem Thema als außerordentlich schwierig. Schließlich können für jede Vorschrift, die infrage gestellt wird, plausible Argumente angeführt werden, mit denen die Einführung eben dieser Vorschrift einmal begründet wurde. Entsprechend regt sich bei beinahe jedem konstruktiven Deregulierungsschritt massiver Protest dahin gehend, dass mit dieser Abschaffung der jeweiligen Vorschrift schützenswerte Interessen beschnitten werden.

Aus der Sicht meiner Fraktion kommt es aber vor allen Dingen darauf an, dass über Bürokratieabbau nicht nur diskutiert wird, sondern dass den Diskussionen auch Taten folgen. Ich will Ihnen kurz die Antragslage schildern: Die CDU hatte mit dem Entschließungsantrag in der Haushaltsdebatte 2003/2004, insbesondere die Deregulierung mit einem Bericht auch im Haushalts- und Finanzausschuss bis zum 31.12. angeregt, Genehmigungsverfahren zu vereinfachen. Dann sind - wie Herr Lippmann bereits vorgetragen hat - durch Antrag der CDU auch das Ergebnis heute, dass wir diesen Bericht hören - wobei ich mich wundere, Herr Lippmann, dass Sie sich jetzt mo-

kieren wegen dieses Berichts. Damals wollten Sie sogar eine Anhörung, wenn ich mich recht besinne, mit den Vertretern der Wirtschaft usw.

(Zwischenruf Abg. Lippmann, SPD: Mokiert habe ich mich schon gar nicht. Wir haben damals ...)

Sie haben sich mokiert, das war so Ihre eloquente Art, hier so, na ja, jetzt der Bericht und dies und das - nein, nein, ich empfinde das schon als Mokieren, was Sie hier vorgetragen haben.

(Beifall bei der CDU)

Das ist doch kein schlechtes Wort?

Präsidentin Lieberknecht:

Ich muss sagen, das ist kein schlechtes Wort.

Abgeordneter Kretschmer, CDU:

Die Landesregierung hat im Dezember 2002 das Verfahren zur Prüfung von Thüringer Rechts- und Verwaltungsvorschriften beschlossen. Diese unabhängige Stabsstelle Verwaltungsvereinfachung/Entbürokratisierung arbeitet. Über die Ergebnisse wurde berichtet; diese werden in der schriftlich angekündigten Information auch nachlesbar sein. Sie sind im Übrigen, Herr Kollege Lippmann, gerade in Kleinen Anfragen Ihrer Kollegen hier auch schon nachlesbar. Ich erinnere vielleicht an die Antworten auf die Anfragen von Herrn Kollegen Pohl und Gentzel. Dort stand ja schon zum damaligen Zeitpunkt drin: Zwei Drittel der bestehenden Vorschriften sind außer Kraft gesetzt worden. Das ist sogar mit einer Liste noch bei Herrn Dittes belegt worden, welche da außer Kraft gesetzt worden sind.

(Zwischenruf Abg. Lippmann, SPD: Echt?)

Ich denke, es wäre ja wohl eine Zumutung, wenn Sie den Minister verdonnern wollten, die Liste hier vorzutragen. Das ist, glaube ich, mit einer globalen Aussage dieser Qualität erledigt worden. Alle in Thüringen geltenden Verwaltungsvorschriften wurden durch die Stabsstelle in einem zeitlich gestuften Verfahren unter den Gesichtspunkten der Notwendigkeit, Zweckmäßigkeit, Kostenwirksamkeit und Vollzugseignung überprüft. Vorschriften, die im Zuge dieser Überprüfung nicht ausdrücklich bestätigt werden, treten außer Kraft. Ziel ist die Erstellung eines Thüringer Gültigkeitsverzeichnisses für Verwaltungsvorschriften, das erstmalig, Herr Lippmann, zum Stichtag 1. Januar 2004 - das war aber auch schon allen bekannt - herausgegeben wird und zukünftig jeweils jährlich aktualisiert wird. In dieser Positivliste werden alle gültigen Thüringer Verwaltungsvorschriften genannt - also die gültigen, Herr Kollege Lippmann, werden genannt. Neben den Verwaltungsvorschriften überprüft die Stabsstelle auch neue Entwürfe von Gesetzen und Rechtsverordnungen. Zukünftig sollen

sowohl Verwaltungsvorschriften als auch Gesetze und Rechtsverordnungen in der Regel zeitlich befristet und nur ausnahmsweise unbefristet gelten. Wie schon vorgetragen, haben im Frühjahr dieses Jahres die Thüringer Industrie- und Handelskammern, die Handwerkskammern sowie weitere Thüringer Verbände und einzelne Unternehmen dem Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Infrastruktur umfangreiche Papiere mit Vorschlägen und Forderungen zur Entbürokratisierung und Deregulierung zukommen lassen. Diese wurden durch das Ministerium zu einer Gesamtliste aufbereitet und der Vorgang wird von der Clearingstelle betreut. Die praxisnahen Vorschläge aus der Wirtschaft sind ein wertvolles Hilfsmittel für Landesregierung und Landtag, den Weg zur weiteren Entbürokratisierung und Deregulierung entscheidend voranzubringen.

(Zwischenruf Abg. Buse, PDS)

Worunter die Wirtschaft und die Eigeninitiative besonders leiden, ist die Dichte der Einzelregelungen. Viel gut Gemeintes und für sich betrachtet Sinnvolles kann in der Summe schädlich sein. Ein zu dichtes Sicherheitsnetz an Regelungen beschneidet die Freiheit für Innovation, Dynamik und Wachstum. Das deutsche Regulierungsdickicht und damit verbunden die steigende Staatsquote sind auch Folge davon, dass das Bedürfnis des Einzelnen nach Schutz und Absicherung durch den Staat stetig gewachsen ist. Der Staat soll nicht nur die Schwächsten und Bedürftigen absichern, sondern die ganze Bevölkerung. Viele Bürger erwarten vom Staat eine Reaktion auf neue Risiken und Gefahren, ich nenne nur Stichworte wie SARS, Rinderwahnsinn, Nahrungsmittelskandale und Hochwasser- und Flutkatastrophen. Politik und Staat reagieren hier auf Ansprüche und Bedürfnisse der Bürger mit weiteren Regelungen und nicht selten mit einer Ausweitung der Administration. Lange Zeit glaubte man in Deutschland, mit immer ausgefeilteren, immer detaillierteren Vorschriften mehr Gerechtigkeit, Sicherheit und Stabilität zu schaffen. Doch wir sind über das Ziel hinaus geschossen. Man überschätzt den Staat und unterschätzt den Bürger. In der Abkehr vom Subsidiaritätsprinzip einer dynamischen und kraftvollen Gesellschaft wächst die so genannte deutsche Krankheit: zu viel Regulierung von oben, zu wenig sich selbst regulierende Marktkräfte von unten. Aus dem Rechtsstaat wurde ein Rechtswegestaat, ein labyrinthischer Irrgarten der Behörden und Instanzen. Das Regelungs-dickicht lähmt unternehmerisches Handeln. Der Glaube, jedes einzelne Problem mit einem Gesetz regeln zu müssen, ist ein deutscher Irrglaube. Was einst als Schutz des Einzelnen und des Gemeinwohls vor den Gefahren der Industrialisierung gedacht war, ist zunehmend in Überregulierung und Bürokratie erstarrt und damit zur Belastung für die Wirtschaft geworden, insbesondere von kleinen und mittleren Unternehmen. Es sind gerade diese Unternehmen, die in Thüringen die Unternehmenslandschaft prägen. Es ist daher wichtiges politisches Ziel, Bürokratie abzubauen, um unsere Unternehmen und damit den Standort zu stärken und über eine funktionstüchtige Wirtschaft die Geißel der Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Das

ehrzeigige Ziel meiner Fraktion lautet massiver Abbau von Bürokratiekosten und von Bürokratiezeiten. Wir sehen die Verwaltung als wichtigen Standortfaktor für Thüringen. Es trifft sich, meine Damen und Herren, zu diesem Augenblick gerade gut, dass die Untersuchung des Instituts für Mittelstandsforschung in Bonn "Bürokratiekosten kleiner und mittlerer Unternehmen" veröffentlicht worden ist. Diese Untersuchung ist im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit erstellt worden. Ich will mit Blick auf die Zeit die Passage, die die Inhalte dieser Untersuchung bekannt machen sollte, weglassen. Ich kann es Ihnen also nur empfehlen, weil dort sehr nachdrücklich und gut aufgelistet ist, wie diese Bürokratie Unternehmen belastet und wie das auch kostenmäßig einzuschätzen ist. Ich denke, eine Zahl sollte uns aber nachdenklich stimmen, dass die Hochrechnung aus den Befragungsergebnissen dieser Untersuchung des Instituts zu einem Wert von 46 Mio. € an Bürokratiekosten führt und dass diese Untersuchung zum zweiten Mal durchgeführt wurde, vom selben Institut 1994 erstellt wurde und dass mit dem Vergleich von 1994 auf heute immerhin dies ein Plus von 50 Prozent ist, wie also Bürokratiekosten angestiegen sind. Was uns an sich klar ist, aber was man hier nachlesen kann, dass 84 Prozent dieser Gesamtkosten insbesondere auf kleine und mittlere Unternehmen entfallen. Im Übrigen gibt es im Bundestag aufgrund dieser Untersuchung eine Anfrage, wo die Bundesregierung befragt wird, welche Schlüsse sie denn aus diesen Befragungsergebnissen ziehen wird. Ich finde diese Anfrage recht nett, weil sie zumindest in sieben Fragen denselben Inhalt hat. Ich will mal eine zitieren: "Wie wirken sich nach der Studie die Veränderungen des Kündigungsschutzgesetzes auf die Belastungsempfindungen" - also Bürokratiebelastungen - "der Unternehmen aus?" Das geht dann weiter: Betriebsverfassungsschutzgesetz, Teilzeitarbeit und befristete Arbeitsverhältnisse. Ich bin also sehr gespannt auf die Antwort der Bundesregierung auf diese Anfrage hinsichtlich der von ihr in Auftrag gegebenen Untersuchung "Bürokratiekosten kleiner und mittlerer Unternehmen".

Ich will es hier nur kurz andeuten, auch wenn Sie es, Herr Kollege Lippmann, nur ungern hören, dass aber auf Bundesebene in den letzten vier Jahren 400 Gesetze und fast 1.000 Rechtsverordnungen neu dazu gekommen sind. Damit ist das, was Herr Minister Reinholz hier sagte, sehr wohl auch mit Zahlen belegbar, dass Rotgrün für noch mehr Regulierung steht und für noch mehr Bürokratie. Wenn Sie das stört, werde ich es dennoch tun, ich nenne Ihnen diese Stichworte: Betriebsverfassungsgesetz, Scheinselbstständigengesetz, Teilzeitbefristungsgesetz sowie die Riester-Rente mit ihren bürokratischen Regeln. Das ist, glaube ich, unnötige Bürokratie, die der deutschen Wirtschaft die Luft abdrückt. Ich will sagen, dass unnötige Bürokratie eine Form der Enteignung von Arbeitszeit, Kapital und Lebensleistung der Menschen ist.

Ich habe vorhin gesagt, dass auch in Thüringen sich in kurzer Zeit Verwaltung mit erheblichem Ausmaß eta-

bliert hat. Diese funktionierende Verwaltung war nach der Wiedervereinigung für eine funktionstüchtige Wirtschaft wichtig, aber es ist auch in Thüringen die Regeldichte und die Zahl der Behörden zu überprüfen. Das muss erfolgen nach dem Motto "So viel Freiheit wie möglich, so viel Staat wie nötig". Es bedeutet zugleich, dass Deregulierung und Entbürokratisierung eine Daueraufgabe ist. Die wichtigen Ziele will ich hier noch mal benennen: Überschaubare, verständliche Vorschriften, die nur das wirklich Wichtige regeln; schnelle und transparente Entscheidungswege und ausgeprägte Serviceorientierung der öffentlichen Verwaltungen. Ich erspare mir jetzt die vom Minister benannten Felder, wo wir Handlungsbedarf auch mit den entsprechenden Dingen unteretzt haben. Ich will sagen, und das ist ein Anspruch an uns auch, an das Parlament, dass wir uns auch vornehmen müssen, dass wir bei der Reduzierung unnötiger Bürokratie auch eine konsequente Folgenabschätzung in der Gesetzgebung vornehmen müssen. Es muss die betriebswirtschaftlichen und die volkswirtschaftlichen Bürokratiekosten für Bürger und Wirtschaft quantifizieren und vor den neuen Gesetzen muss deren Nutzen abgewogen werden. Neue Regelungen dürfen nur noch ergehen, wenn sie im Lichte eines konsequent angewandten Subsidiaritätsprinzips unerlässlich sind, und die Gesetze sollen befristet werden und Experimentierklauseln sollten weiter eingesetzt werden. Also, das Prinzip muss lauten: Neue Regelungen ja, falls wirklich nötig, aber ein klares Nein zu einer immer höheren Regeldichte. Wir sehen gegenwärtig nicht, dass ähnliche Anstrengungen zum Bürokratieabbau wie in Thüringen auch auf Bundesebene und Europaebene unternommen werden. Für die Umsetzung unserer Vorhaben brauchen wir aber diese Kooperation mit Bund und Europa. Es ist hier der Masterplan für Bürokratieabbau benannt worden. Ich kann mich entsinnen, dass ich bei der letzten Debatte zu diesem Thema auch das Verfahren etwas als merkwürdig gekennzeichnet habe. Dieser Masterplan ist von der Bundesregierung seit Beginn des Jahres mit großem publizistischen Getöse in Gang gesetzt, aber der Motor stottert und der Treibstoff geht aus, wie man so schön sagt, denn von den 54 Einzelprojekten sind bis heute gerade mal 4 Projekte umgesetzt worden, meine Damen und Herren. Wie hier gesagt wurde, 85 Prozent der Vorschläge der Wirtschaft betreffen die Bundespolitik. Deshalb sollte die Landesregierung mit zahlreichen Vorschlägen als Bundesratsinitiativen auch die Dinge einbringen, dass hier Abhilfe geschaffen wird. Meine eigene Erfahrung ist, dass Beschäftigung mit Bürokratieabbau auch neue Bürokratie, neues Papier erzeugt - ich habe also mindestens drei, vier Hefter. Das erinnert mich an einen Artikel, den ich dieser Tage gelesen habe von einer japanischen Pflanze in Kalifornien, die alles überwuchert.

Ich beantrage für meine Fraktion die Überweisung des Berichts an den Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Strukturpolitik zur weiteren Beratung und zur weiteren Beschäftigung mit der Materie, unter anderem auch mit den Dingen, die der Wirtschaftsminister in Aussicht gestellt hat. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Lieberknecht:

Jetzt ist Herr Abgeordneter Buse, PDS-Fraktion, doch auf dem Sprung. Bitte.

Abgeordneter Buse, PDS:

Frau Präsidentin, verehrte Damen und Herren, ich bin ja fast durch meine Fraktion genötigt worden, einiges zu sagen. Herr Minister, ich habe mich bei Ihrer Rede, bei Ihrem Eingangsstatement, den ersten Sätzen gefragt: Warum bedankt sich der Minister, hier reden zu dürfen - das waren Ihre Eingangssätze -, obwohl in dem Beschluss des Landtags steht: Die Landesregierung wird aufgefordert, über die Ergebnisse usw. usw. zu berichten? Sie haben sich bedankt, das glaube ich, weil Sie darin eine Aufforderung gesehen haben, "Top Thüringen" darzustellen, nach Berlin mit dem Finger zu zeigen auf die schlechten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und gleichzeitig den Fleiß der Behörde aufzuzeigen, Herr Innenminister. In diesem Sinne, glaube ich, ist der Beschluss Punkt 1 dieses Beschlusses - Kollege Ramelow hat in einem vorangegangenen Tagesordnungspunkt dazu schon gesprochen - als deklatorisch im Beschluss des Thüringer Landtags auf der Grundlage der heutigen Berichterstattung auch erfolgt, heißt es, der Landtag begrüßt die Initiative der Landesregierung zur Deregulierung von Gesetzen und Vorschriften. Bekanntlich wurde nicht die Prüfung und Deregulierung von Gesetzen und Vorschriften schlechthin begrüßt, in dem Sinne kann ich auch nichts mit einer Deregulierungsquote von 56 Prozent anfangen, ich jedenfalls nicht, aber in der Verwaltung ist man da sicherlich hellhörig. Der Landtag hat in dem Beschluss das Ziel, auf das die Deregulierung gerichtet ist, formuliert, nämlich, ich darf zitieren: "Arbeitsplatz schaffende Investitionen werden oder sollen so weiter beschleunigt und erleichtert werden." Nun ist Herr Kretschmer gespannt auf die Bundesstudie oder die Umsetzung und Ergebnisse. Ich war gespannt heute vom Wirtschaftsminister zu erfahren das Konzept für mehr Wirtschaftlichkeit, wie Sie es nennen, in der Ostthüringer Zeitung vom 22. Oktober. Ich habe aber eine Aufzählung gehört, wie fleißig man ist, dass 85 Prozent der Vorschläge Bundesrecht berühren, dass man soundsoviel machen muss dort und soundsoviel machen muss dort. Ich vermisse dieses Konzept, nämlich aus dem Konzept leitet sich ja auch der Punkt 2 des Beschlusses des Thüringer Landtags möglicherweise ab, nämlich der Landtag richtet die Bitte an die Landesregierung, die entsprechenden Deregulierungsvorschläge in Landesgesetze einzubringen und da wie bekanntlich alles Landesgesetze sind, auch in Bundesratsinitiativen einzubringen. Dazu bedarf es einer gesetzgeberischen Initiative, wie es in diesem Beschluss heißt. Wir haben auch erfahren, dass es 300 Vorschläge aus dem Bereich Wirtschaftsverbände der Unternehmen gibt. Auch da ist es ungefähr so, dass eine große Anzahl - sicherlich auch 85 Prozent - sich auf Bundesrecht beziehen. Sie sind auf den Inhalt dieser

Vorschläge hier eingegangen. Also, wie gesagt, ich habe gehört, Herr Minister, dass es einen Entwurf eines so genannten Konzepts für mehr Wirtschaftsfreundlichkeit geben soll, das den Verbänden und Unternehmen, vor allen Dingen den Verbänden, zur Begutachtung vorgelegt worden ist oder zugestellt worden ist, mit der Bitte sich zu äußern, ob ihre gemachten Vorschläge, also die 300, halbwegs vernünftig aufgenommen worden sind oder nicht. Ich hatte gedacht, wir bekommen heute dieses Konzept hier mündlich vorgestellt, weil alle Versuche, diesem Konzeptschriftstück habhaft zu werden - das gebe ich gern zu -, meinerseits gescheitert sind. Ich hätte heute gern eine umfassendere und detailliertere Diskussion und Bewertung dazu geführt, Herr Kollege Kretschmer, aber wir werden sehen. Von den Wirtschaftsverbänden wissen wir oder weiß ich, dass viele ihrer Vorschläge im Konzept Berücksichtigung fanden, das wurde mir bestätigt, und deshalb im Großen und Ganzen Zustimmung signalisiert wurde. Leider wurden wir als Abgeordnete nicht in diesen Diskussionsprozess mit einbezogen, sei es, wie es sei. Vielleicht will man auch erst den zweiten Kabinettdurchlauf abwarten und vorher nichts herausdringen lassen. Es bleibt abzuwarten, ob die Sicht über den Rahmen der heutigen Berichterstattung, wie wir sie erlebt haben, hinausgeht, noch erfolgen wird. Auf alle Fälle bin ich und ist die Fraktion der PDS gespannt auf die Gesetzesinitiativen, die die Landesregierung hier im Landtag bzw. auch im Bundestag ergreifen will. Ich bedanke mich.

(Beifall bei der PDS)

Präsidentin Lieberknecht:

Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Es war Fortberatung im Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Strukturpolitik beantragt. Dann stimmen wir über diese Weiterberatung ab. Wer damit einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. Danke. Gegenstimmen? Nicht der Fall. Enthaltungen? Auch nicht - doch, eine Enthaltung. Jawohl, nicht übersehen. Dann jedenfalls so beschlossen und die Weiterberatung findet dann im entsprechenden Ausschuss statt.

Ich schließe den Tagesordnungspunkt 15 und komme jetzt zum Aufruf des **Tagesordnungspunkts 16**

Bericht der Parlamentarischen Kontrollkommission gemäß § 19 Abs. 6 des Thüringer Verfassungsschutzgesetzes

Es handelt sich dabei um einen mündlichen Bericht, den der Vorsitzende der Parlamentarischen Kontrollkommission uns gibt, das ist unser Kollege Eckehard Kölbel. Bitte, Herr Abgeordneter Kölbel.

Abgeordneter Kölbel, CDU:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten, Bericht der Parlamentarischen Kontrollkommission: § 19 Abs. 6 des Thüringer Verfassungsschutzgesetzes bestimmt, dass die Parlamentarische Kontrollkommission dem Landtag alle zwei Jahre einen Bericht über ihre bisherige Kontrolltätigkeit erstattet. Dabei ist dem Grundsatz der Geheimhaltung der Sitzungen der Kontrollkommission Rechnung zu tragen, auch wenn dies nach der erfolgten Novellierung im Jahr 2002 nicht mehr durchgängig gilt. Gemäß § 18 Abs. 3 Satz 3 des Thüringer Verfassungsschutzgesetzes gilt die Geheimhaltung nicht mehr für die Bewertung aktueller Vorgänge, wenn eine Mehrheit von zwei Dritteln der anwesenden Mitglieder der Parlamentarischen Kontrollkommission ihre vorherige Zustimmung erteilt; die Veröffentlichung und Bewertung nimmt Tatsachen und Vorgänge nicht vom Geheimhaltungsgebot aus. Diese neue Regelung hat die Kommission auch im Berichtszeitraum genutzt. Die erste Berichterstattung über die Tätigkeit der Parlamentarischen Kontrollkommission in der 3. Wahlperiode erfolgte in der 54. Plenarsitzung am 14. Dezember 2001. In diesem Bericht wurden bereits ausführlich Bemerkungen zur Konstituierung, Zusammensetzung und Arbeitsweise der Parlamentarischen Kontrollkommission gemacht. Darüber hinausgehende Veränderungen gab es nicht. Ich kann daher an die Ergebnisse des ersten Berichts anknüpfen.

Zu der Anzahl der Sitzungen und Gegenstände der Untersuchungen: Seit Beginn des Jahres 2002 ist die Parlamentarische Kontrollkommission zu weiteren sieben Sitzungen in geheimer Beratung zusammengekommen, so dass die Gesamtzahl der durchgeführten Sitzungen der Parlamentarischen Kontrollkommission während der 3. Wahlperiode bis zum heutigen Tag 27 beträgt. Eine der Sitzungen fand als Vor-Ort-Termin im Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz statt. Ich bedaure an dieser Stelle nochmals ausdrücklich, dass die PDS-Fraktion den ihr in der Parlamentarischen Kontrollkommission zustehenden Sitz und damit eine noch effektivere Kontrolle des Thüringer Verfassungsschutzes nicht wahrnimmt.

(Beifall bei der PDS)

(Zwischenruf Abg. Dittes, PDS: Das war jetzt aber eine harte Kritik an Herrn Pohl.)

(Zwischenruf Abg. Ramelow, PDS: Hört, hört.)

In allen durchgeführten Sitzungen unterrichtete das Thüringer Innenministerium die Kommission gemäß § 19 Abs. 1 Satz 1 des Thüringer Verfassungsschutzgesetzes über die allgemeine Tätigkeit des Landesamts für Verfassungsschutz sowie über Vorgänge von besonderer Bedeutung. Darüber hinaus berichtete das Thüringer Innenministerium gemäß § 19 Abs. 1 Satz 2 des Thüringer Verfassungsschutzgesetzes zu konkreten Themen aus dem Aufgabenbereich des Thüringer Landesamts für Verfas-

sungsschutz, so weit die Parlamentarische Kontrollkommission darum gebeten hat.

Im Berichtszeitraum hat sich die Parlamentarische Kontrollkommission ausführlich mit folgenden Sachverhalten beschäftigt: einmal personelle Umbesetzung im Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz; jährliche Unterrichtung der Landesregierung gemäß § 35 Abs. 5 Polizeiaufgabengesetz über die polizeilichen Maßnahmen der verdeckten Wohnraumüberwachung zum Zwecke der Gefahrenabwehr; Medienberichte über angeblich gereinigte und veränderte Vorlagen des Thüringer Landesamts für Verfassungsschutz zur Berichterstattung für die Parlamentarische Kontrollkommission. Hierzu hat die Parlamentarische Kontrollkommission am 13. Februar 2002 eine mit allen Mitgliedern der Kommission abgestimmte Presseinformation abgegeben. Dann weiter: Stand des NPD-Verbotsverfahrens aus Thüringer Sicht; Presseveröffentlichungen über einen Vermerk des Präsidenten a.D. des Thüringer Landesamts für Verfassungsschutz, Dr. Roewer, an das Thüringer Innenministerium betreffend den Abgeordneten des Thüringer Landtags, Herrn Dittes; neue Befugnisse der Parlamentarischen Kontrollkommission durch das Thüringer Gesetz zur Änderung des Polizei- und Sicherheitsrechts; Presseveröffentlichung über die Speicherung von Daten des Abgeordneten Ramelow durch das Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz und die in diesem Zusammenhang erhobenen Vorwürfe; Bericht über die Entwicklung der Skinhead-Konzerte in Thüringen; Presseveröffentlichung über vermeintliche Beobachtungen von Abgeordneten durch das Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz; Berichterstattung über den dem Landesamt für Verfassungsschutz mit Gesetz vom 20. Juni 2002 übertragenen Aufgabenbereich der Beobachtung von Bestrebungen und Tätigkeiten der organisierten Kriminalität. Feststellbar ist, danach arbeitet die im Landesamt in diesem übertragenen Bereich gebildete Gruppe bereits sehr erfolgreich.

(Beifall bei der CDU)

Folgende weitere Themen bildeten bei den Beratungsgegenständen der Parlamentarischen Kontrollkommission den Schwerpunkt zum politischen Extremismus allgemein: Politische Extremisten versuchen ihre Ziele mit Gewalt durchzusetzen. Sie wollen unseren Rechtsstaat durch politische Systeme ersetzen, indem eine kleine Minderheit über die Mehrheit die Macht ausübt. Grundrechte wie Freiheit, Gleichheit vor dem Gesetz und freie Wahlen werden nicht akzeptiert. Die Anschläge vom 11. September 2001 haben gezeigt, dass unsere Demokratie nicht nur von Rechts- bzw. Linksextremisten aus dem eigenen Land bedroht wird. Die schrecklichen Ereignisse haben belegt, wie groß die Gefahr ist, die vom islamistischen Extremismus ausgeht.

(Beifall bei der CDU)

Auch in den Jahren 2002 und 2003 wurden von islamistischen Terrorgruppen Attentate verübt. Die Gefahren, die vom politischen Extremismus ausgehen, fordern unsere Gesellschaft heraus. Mit dem "Programm für mehr Sicherheit in Thüringen" hat die Regierung des Freistaats Thüringen auf diese gewachsene Bedrohung reagiert.

(Beifall bei der CDU)

Zum Rechtsextremismus: Einen Schwerpunkt für den Thüringer Verfassungsschutz stellte unverändert die Beobachtung rechtsextremistischer Organisationen dar. Das Kernstück rechtsextremistischer Erscheinungs- und Ausdrucksformen sind aggressive, menschenverachtende Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, rassistische Sichtweisen, Abwertung anderer Nationen, Betonung des Rechts des Stärkeren, Ablehnung demokratischer Regelungsformen von Konflikten, Übertragung militärischer Prinzipien und Verhaltensformen auf die zivile Gesellschaft, um nur einige zu nennen.

Auch in den vergangenen Jahren entwickelten Rechtsextremisten vielfältige Aktivitäten gegen unseren Rechtsstaat. Ein ernst zu nehmendes Problem gibt es hauptsächlich in der jugendlichen Gewaltszene. Häufige Auseinandersetzungen bei Kundgebungen, Demonstrationen und Aufmärschen zwischen rechts- und linksextremistischen Jugendlichen bildeten ein Spezifikum. Eine nicht unbedeutende Rolle spielte die so genannte Skinhaed-Szene. Skinhaed-Konzerte bildeten entscheidende Elemente, um die Szene zusammenzuhalten. Sie sind ein wichtiges Kommunikations- und Werbemittel für die Verbreitung rassistischen und neonazistischen Gedankenguts. Die von aufhetzenden Texten geprägte Musik transportiert nicht nur eine aggressive Stimmung, sondern auch eine fremdenfeindliche und den Nationalsozialismus verherrlichende Weltanschauung. Besonders in den Städten Erfurt, Eisenach, Nordhausen, Gera, Jena und Saalfeld gab es diesbezüglich Aktivitäten. Eine Reihe derartiger Konzerte konnte durch das schnelle und konsequente Handeln der Polizei im Vorfeld verhindert bzw. konnte dann recht bald aufgelöst werden. Im Hinblick auf die mittlerweile durch den Bundesminister verbotene ehemalige Skinhaed-Gruppierung "Blood and Honour" ist festzustellen, dass keine Erkenntnisse über eine etwaige Nachfolgeorganisation im Bereich Thüringen vorliegen. Unter den moderneren Kommunikationsmedien kommt vor allen Dingen dem Internet eine besondere Bedeutung zu. Nutzer des Internets werden weltweit schnell mit Informationen zu geplanten Veranstaltungen, Kampagnen, Schulungen ect. versorgt. Es dient als aktuelle Plattform für Werbung und Handel mit Musik, Literatur und anderen Szene-Utensilien. Weitere Dienste des Internets dienen zur individuellen Kommunikation. Häufig werden Informationen als so genannte Rundschreiben per E-Mail versandt. Nicht zuletzt wird dadurch ein Gefühl von Gemeinschaftssinn erzeugt, der eine Art von Zusammenhalt, Stärke und Macht suggeriert.

Dass die Rechtsextremisten im Allgemeinen jedoch weiter an Anziehungskraft verloren haben, wird besonders daran deutlich, dass in Thüringen die Anzahl der Personen, die rechtsextremistischen Parteien angehören, in der Berichtsperiode erneut zurückgegangen ist.

(Beifall bei der CDU)

Die Entwicklung wird an folgender Übersicht deutlich: Kommen wir zur NPD. Hier hatten wir im Jahr 2000 260 Mitglieder, 2001 200 und 2002 150. Bei der DVU waren im Jahr 2000 200 Mitglieder, 2001 ebenfalls, 2002 150 Mitglieder zu verzeichnen, bei den Republikanern im Jahr 2000 190, im Jahr 2001 170 und 2002 140. Bei den subkulturell geprägten und sonstigen Rechtsextremisten waren es im Jahr 2000 750, 2001 ebenfalls und im Jahr 2002 880, davon Skinheads im Jahr 2000 350, 2001 ebenfalls und im Jahr 2002 380. Im Bereich der politisch motivierten Kriminalität im rechtsextremistischen Spektrum ist insgesamt ein Rückgang von 1.846 Fällen im Jahr 2000, auf 1.313 Fällen im Jahr 2001 und im Jahr 2002 auf 913 Fälle festzustellen.

Eine Übersicht der einzelnen Delikte, die vor einem extremistischen Hintergrund begangen wurden, zeigt folgende Gegenüberstellung: Im Jahre 2000 waren bei Propagandadelikten 1.504 Fälle, im Jahre 2002 745, bei Landfriedensbruch im Jahre 2000 12, im Jahre 2002 6, bei Volksverhetzung im Jahre 2000 142, im Jahre 2002 82, bei Körperverletzung im Jahre 2000 78, im Jahre 2002 41 und bei Sachbeschädigung im Jahre 2000 29, 2002 12, bei Sonstigen im Jahre 2000 39, im Jahre 2002 27 zu verzeichnen.

Wie die Übersicht zeigt, ist ein deutlicher Rückgang bei den Propagandadelikten, vorwiegend Hakenkreuzschmierereien, zu verzeichnen. Auch die fremdenfeindlichen und antisemitischen Straftaten, welche sich auf die unterschiedlichen Delikte verteilen, sind zurückgegangen.

Zum Linksextremismus: Das in sich breit gefächerte Spektrum des Linksextremismus vertritt Positionen, die im Einzelnen ideologisch erheblich voneinander abweichen. Die unterschiedlichen Anschauungen gründen sich auf die Theorien von Marx, Engels, Lenin, Stalin, Trotzki oder auch Mao Tse-tung. In jedem Fall wollen sie die bestehenden parlamentarisch-demokratischen Verhältnisse beseitigen und durch Strukturen ersetzen, die ihre jeweiligen Vorstellungen widerspiegeln.

Den marxistisch-leninistischen Parteien und Organisationen, die sich in Thüringen betätigen, gelang es nicht, ihre Mitglieder zu erhöhen, obwohl sie sich bemühten besonders jüngere Menschen zu gewinnen. Die Mitgliederzahlen linksextremistischer Parteien bzw. Gruppierungen haben sich im Jahre 2002 sogar teilweise geringfügig verringert.

Das zeigt folgende Übersicht: Bei der Kommunistischen Plattform im Jahre 2000 von 120 im Jahr 2002 auf 100, bei der DKP blieb es bei 50 Mitgliedern in beiden Jahren, ebenfalls bei der Marxistisch-Leninistischen Partei Deutschlands, ebenfalls in beiden Jahren 50, bei der KPD nur wenig Mitglieder, auch hier ist es etwa so geblieben und bei den so genannten Autonomen rechnet man sowohl im Jahr 2000 wie im Jahre 2002 zwischen 300 und 350 Mitglieder.

Im Bereich der politisch motivierten Kriminalität im linksextremistischen Spektrum haben sich bei den Straftaten im Jahre 2002 von 39 zu 2001 von 41 und 2000 zu 35 keine nennenswerten Veränderungen ergeben. Die einzelnen Delikte, die der Gewaltdelinquenz zugerechnet werden, sind hauptsächlich Körperverletzungen, Sachbeschädigungen, Landfriedensbruch und Brandstiftung. Etwa 200 Anhänger und Sympathisanten marxistisch-leninistischer Parteien und Organisationen, die die Auffassung vertreten, revolutionäre Gewalt sei zur Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse notwendig, sind dem linksextremistischen Spektrum zuzurechnen. Als Anlaufpunkt für die Szene und Interessenten dienen die so genannten Info-Läden. Regionale Schwerpunkte der Thüringer linksextremistischen Szene sind besonders die Städte Erfurt und Jena; aber auch in Eisenach, Gera, Meiningen, Suhl, Zella-Mehlis, Nordhausen und Weimar sind vor allem so genannte Autonome aktiv. Zur Agitation und Kommunikation verwenden die Linksextremisten in zunehmendem Maße moderne Kommunikationsmittel wie z.B. das Internet. Die marxistisch-leninistischen Parteien und Organisationen sind fast ausnahmslos im Internet auch vertreten.

Zum Ausländerextremismus: Das Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz beschäftigt sich nach wie vor auch mit extremistischen Aktivitäten und Strukturen der in Thüringen lebenden Ausländer. Das Zusammenleben mit den in Thüringen lebenden etwa 45.000 ausländischen Mitbürgern gestaltet sich überwiegend friedlich und konfliktfrei. Die Zahl der Ausländer, die dem Extremismus zuneigen, beläuft sich lediglich auf etwa 100. Das ist im Verhältnis zu anderen Bundesländern sehr gering. Grund dafür ist der geringe Anteil von Ausländern an der Bevölkerung in Thüringen von etwa 2 Prozent sowie die spezifische Zusammensetzung hinsichtlich ihrer Nationalitäten.

Auch im Jahre 2002 waren in Thüringen extremistische Organisationen von Ausländern nur schwach vertreten. Nur der Freiheits- und Demokratiekongress Kurdistan - KADEK genannt -, die Nachfolgeorganisation der PKK, verfügt über gefestigte Strukturen. Insbesondere Erfurt ist fest in diese Strukturen der PKK in Deutschland eingebunden. Zu den Aktivitäten zählen Protestaktionen, die darauf gerichtet sind, in den jeweiligen Heimatländern Veränderungen der politischen Verhältnisse herbeizuführen, aber auch die Bundesrepublik Deutschland bzw. Thüringen mit entsprechenden Aktionen unter Druck zu setzen.

Im Zusammenhang mit den schrecklichen Ereignissen des 11. September 2001 in New York rückten islamistische Bestrebungen in Deutschland, vor allen Dingen solche, die der Unterstützung des arabischen Terrorismus dienen, ins Blickfeld. In Thüringen haben sich bisher keine Hinweise auf Personen ergeben, die dem Bereich der agierenden Terrorgruppen zugeordnet werden können. Zur Koordinierung der ggf. zu ergreifenden Maßnahmen besteht seit September 2001 eine Koordinierungsstelle Terrorismus. Dieser Koordinierungsstelle gehören Vertreter des Landeskriminalamts, des Landesverwaltungsamts, der Generalstaatsanwaltschaft, der Polizeidirektion Erfurt und des Landesamts für Verfassungsschutz an.

Zu weiteren Beratungsgegenständen: Bestandteile der Berichterstattung der Landesregierung waren nach wie vor die Bereiche Scientology-Organisation, organisierte Kriminalität, Spionageabwehr sowie fortwirkende Strukturen des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit der DDR.

Die Scientology-Organisation macht sich die tragischen Ereignisse am Erfurter Gutenberg-Gymnasium zunutze, indem so genannte ehrenamtliche Geistliche vorwiegend auf Plätzen mit größeren Menschenansammlungen, so z.B. vor dem Gutenberg-Gymnasium selbst, den Trauernden Gespräche zur Bewältigung der schwierigen Situation anboten, um damit erste Kontakte für eine eventuelle Zusammenarbeit aufzunehmen. Darüber hinaus beschränken sich die Aktivitäten der Scientology-Organisation auf den Vertrieb von so genannten Werbematerialien, wie z.B. Zeitschriften, Büchern und Magazinen. Auch im Internet wirbt die Scientology-Organisation auf mehrsprachigen Seiten um Mitglieder.

Besonderes Augenmerk misst das Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz auch dem Schutz vor organisierter Kriminalität, wie von mir schon eingangs angeführt, und der Spionageabwehr bei. Hier wurde die Parlamentarische Kontrollkommission stets ausführlich über die Arbeit des Bereichs zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität in Thüringen vom Landesamt und deren Zusammenarbeit mit anderen Behörden unterrichtet.

(Beifall bei der CDU)

Zusammenfassend ist festzustellen, dass die Unterrichtung durch die Landesregierung umfassend und sachgerecht erfolgte. Auch haben die Mitglieder der Parlamentarischen Kontrollkommission die ihnen durch Gesetz übertragenen Befugnisse nicht nur einmal genutzt. Dabei handelt es sich insbesondere um das Recht, auf Verlangen Einsicht in Akten und Dateien des Landesamts für Verfassungsschutz zu nehmen. Ebenso gilt dies für das Recht auf Anhörung von Mitarbeitern des Landesamts oder Besuche im Landesamt selbst. Die Mitglieder der Parlamentarischen Kontrollkommission bedanken sich herzlich bei der Landesregierung und der Leitung des Landesamts für die gute Zusammenarbeit in diesen beiden letzten Jahren. Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU, SPD)

Präsidentin Lieberknecht:

Vielen Dank für den Bericht. Wir kommen zur Aussprache. Herr Abgeordneter Dittes, PDS-Fraktion, hat das Wort.

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Was soll denn der Quatsch? Der redet über etwas, was er gar nicht versteht.)

Abgeordneter Dittes, PDS:

Warten Sie doch erst einmal ab, was ich sagen möchte und dann können Sie sich gern noch zu Wort melden, Herr Fiedler.

Herr Kölbel, Sie haben eingangs Ihres Berichts betont, dass Sie es, ich nehme an persönlich, bedauern, dass die PDS in der Parlamentarischen Kontrollkommission nicht mitarbeitet. Sie wissen, dass das eine politische Entscheidung der PDS-Fraktion gewesen ist, weil eine parlamentarische Kontrolle des Verfassungsschutzes oder - besser gesagt - des institutionalisierten Verfassungsschutzes in Form dieses Inlandsgeheimdienstes nicht möglich ist, nach wie vor nicht möglich sein wird. Das hat eben auch Ihr Bericht hier deutlich unter Beweis gestellt. Denn, Herr Kölbel, es nützt uns doch überhaupt nichts als die eigentlich parlamentarischen Kontrolleure, wenn Sie feststellen, dass die PKK mit der Verantwortung Thüringens - auch des Thüringer Landesamts für Verfassungsschutz am Scheitern des NPD-Verbotsverfahrens Anteil hatte, weil sie maßgeblich im Verbotsverfahren vorgetragene NPD-Funktionäre auf ihren Lohnzetteln hatte, also beschäftigt hat, Herr Innenminister Trautvetter hier den Thüringer Landtag bewusst falsch in Kenntnis gesetzt hat, dass es eben keine Rolle gespielt hat, aber wir das Ergebnis dieser PKK-Sitzung, die sich damit beschäftigte, hier nicht vorgetragen bekommen, wir demnach auch Ihre Arbeit überhaupt nicht bewerten können und damit auch keine Kontrolle, keine parlamentarische Kontrolle dieses Landesamts ausüben können.

(Beifall bei der PDS)

Deshalb, auch wenn ich Ihr Kompliment sehr gern entgegen nehme, dass mit der PDS-Fraktion eine wirksamere Kontrolle möglich gewesen wäre,

(Unruhe bei der CDU)

hat die PDS-Fraktion sich entschieden, nicht in der Parlamentarischen Kontrollkommission mitzuarbeiten, weil wir nicht bereit sind, selbst einen Beitrag zu liefern, das Deckmäntelchen der demokratischen Kontrolle über dem Landesamt für Verfassungsschutz noch weiter auszubreiten.

(Beifall bei der PDS)

Ich möchte aber auch auf zwei konkrete Dinge eingehen, Herr Kölbel, die Sie genannt haben, weil ich die, glaube ich, auch für symptomatisch halte dafür, dass das Landesamt für Verfassungsschutz auch überhaupt nicht geeignet ist, darauf zu reagieren, was der Thüringen-Monitor, den wir vor vier Wochen hier beraten haben, ich muss noch einmal darauf eingehen, tatsächlich an Thüringer Situationen dargestellt hat. Sie haben darauf verwiesen, und das wörtlich, "... dass sich die Anziehungskraft des Rechtsextremismus in Thüringen verringert hat" und machen das fest an Straftaten und machen das fest am Organisationsgrad in politischen Parteien aus dem rechtsextremistischen Spektrum. Aber Sie sind nicht in der Lage, mit nur einem Satz darauf einzugehen, wie sich die ideologische Verankerung rechtsextremistischer Positionen in dieser Zeit in Thüringen ausgedehnt hat, weil das eben nicht zum Aufgabenbereich eines institutionellen Verfassungsschutzes in Form eines Geheimdienstes gehört, sondern weil er diese Aufgabe erst gar nicht bewältigen kann. Aber darauf abzustellen und hier als praktisch hoheitliche Auffassung einer Sicherheitsbehörde des Staates, die nach Ihrer Auffassung zur Bekämpfung des Rechtsextremismus auch da ist, zu sagen vor diesem hohen Hause angesichts der Zahlen im Thüringen-Monitor, dass die Anziehungskraft des Rechtsextremismus verloren hat im vergangenen Jahr, das belegt doch geradezu wirklich, also das ist symptomatisch, dass der Verfassungsschutz sich den tatsächlichen Problemen der ideologischen Verbreitung des Rechtsextremismus in Thüringen nicht stellen kann, weil er einfach die falsche Institution ist.

(Beifall bei der PDS)

Es stimmt auch nicht, Herr Kölbel, es mag zwar die Auffassung des Landesamts für Verfassungsschutz sein, aber es stimmt einfach nicht, dass sich bei den Durchsuchungen am 26.11. dieses Jahres keine Hinweise auf etwaige Nachfolgeorganisationen von "Blood and Honour" gefunden haben. Ich sage Ihnen, vielleicht haben Sie keine Hinweise auf Nachfolgeorganisationen gefunden, aber was diese Durchsuchungen zu Tage gebracht haben, waren Hinweise, dass "Blood and Honour" fortbesteht in Thüringen, fortbesteht und weiterhin auch über den kulturellen Bereich seine Vernetzungsarbeit leistet. Aber darauf kann das Landesamt für Verfassungsschutz keine Auskunft geben und auch Sie können hier als Mitglied der PKK nur fälschlich darüber berichten und da sage ich, damit tragen Sie natürlich auch ein Stück weitere Verharmlosung des Blood-and-Honour-Netzwerks in Thüringen, aber auch darüber hinaus bei.

Meine Damen und Herren, zum Abschluss kann ich Ihnen nur sagen, Herr Kölbel, ich glaube, ich hätte mit etwas Vorbereitungszeit diesen Bericht der Parlamentarischen Kontrollkommission auch geben können, auch wenn ich in der Parlamentarischen Kontrollkommission nicht mitarbeite, weil Sie aus dem Verfassungsschutzbericht des Jahres 2002 zitiert haben. Der liegt uns allen vor. Das hätte ich Ihnen auch vortragen können. Die Straftaten haben Sie

der polizeilichen Kriminalstatistik entnommen, auch die liegt dem hohen Haus vor. Darüber hinaus konnten Sie uns keine tatsächlichen Informationen liefern, das liegt natürlich im System des Geheimdienstes begründet und den lehnt die PDS-Fraktion, wie Sie bekanntermaßen wissen, ab. Vielen Dank.

(Beifall bei der PDS)

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Wir werden keine Zeit investieren, um auf Ihren Schwachsinn zu antworten.)

Präsidentin Lieberknecht:

Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Dann kann ich die Aussprache schließen und damit auch den Tagesordnungspunkt 16 und ich komme jetzt zum Aufruf des **Tagesordnungspunkts 17**

Nachwahl eines Mitglieds des Kuratoriums der Thüringer Landeszentrale für politische Bildung

dazu: Wahlvorschlag der Fraktion der CDU

- Drucksache 3/3769 -

Es liegt Ihnen ein Wahlvorschlag der CDU-Fraktion in Drucksache 3/3769 vor. Es ist auch das Recht der CDU-Fraktion, diesen Vorschlag zu unterbreiten, denn es geht um die Nachbesetzung eines Mandats, das bisher der Abgeordnete Kallenbach innehatte, der bekanntlich aus dem Thüringer Landtag ausgeschieden ist. Wir haben die Möglichkeit, offen darüber abzustimmen, wenn niemand widerspricht. Es gibt mehrfachen Widerspruch? War das schon eine Jastimme oder Widerspruch? Es wird mehrfach Widerspruch eingelegt, dann gibt es einen Wahlzettel. Ich vermute einmal, da ist der Name des Kandidaten abgedruckt und Ja, Nein oder Enthaltung - wie das so üblich ist. Es gibt Wahlhelfer, die im Vorhinein schon präventiv auf das Amt angesprochen worden sind. Ich bitte die Wahlhelfer, Frau Abgeordnete Bechthum und Herr Braasch waren das meistens - Herr Kollege Huster, Sie sitzen so fast teilnahmslos in Ihrem Sessel. Nein, die Kollegin Wolf, gut. Also, es ist alles ein bisschen anders, als wir das früher hatten. Die Urne bleibt auch da? Alles da oben. Gut, dann nehmen Sie den Zettel und der Wahlvorschlag ist: Andreas Sonntag, Ja, Nein und Enthaltung. Ich bitte Frau Kollegin Wackernagel jetzt mit der Namensliste zu beginnen.

Abgeordnete Wackernagel, CDU:

Althaus, Dieter; Arenhövel, Johanna; Becker, Dagmar; Bergemann, Gustav; Böck, Willibald; Bonitz, Peter; Dr. Botz, Gerhard; Braasch, Detlev; Buse, Werner; Carius, Christian; Dittes, Steffen; Doht, Sabine; Döring, Hans-Jürgen; Ellenberger, Irene; Emde, Volker; Fiedler, Wolfgang; Dr. Fischer, Ursula; Gentzel, Heiko; Gerstenberger,

Michael; Prof. Goebel, Jens; Grob, Manfred; Groß, Evelin; Grüner, Günter; Dr. Hahnemann, Roland; Heym, Michael; Höhn, Uwe; Huster, Mike; Jaschke, Siegfried; Dr. Kaschuba, Karin; Dr. Klaubert, Birgit; Dr. Klaus, Christine; Dr. Koch, Joachim; Köckert, Christian; Kölbel, Eckehard; Dr. Kraushaar, Ingrid; Krauß, Horst; Kretschmer, Thomas; von der Krone, Klaus; Kummer, Tilo; Lehmann, Annette; Lemke, Benno;

Abgeordneter Mohring, CDU:

Lieberknecht, Christine; Lippmann, Frieder; Michel, Harald; Mohring, Mike; Dr. Müller, Alfred; Nitzpon, Cornelia; Nothnagel, Mike; Panse, Michael; Pelke, Birgit; Dr. Pidde, Werner; Dr. Pietzsch, Frank-Michael; Pohl, Günter; Pöhler, Volker; Primas, Egon; Ramelow, Bodo; Schemmel, Volker; Schröter, Fritz; Dr. Schuchardt, Gerd; Schugens, Gottfried; Schuster, Franz; Schwäblein, Jörg; Sedlacik, Heidrun; Seela, Reyk; Seidel, Harald; Dr. Sklenar, Volker; Sojka, Michaele; Sonntag, Andreas; Dr. Stangner, Isolde; Stauch, Harald; Tasch, Christina; Thierbach, Tamara; Tautvetter, Andreas; Dr. Vogel, Bernhard; Vopel, Bärbel; Wackernagel, Elisabeth, Wehner, Wolfgang; Wetzel, Siegfried; Dr. Wildauer, Heide; Wolf, Bernd; Wolf, Katja; Wunderlich, Gert; Dr. Zeh, Klaus; Zimmer, Gabriele; Zitzmann, Christine.

Präsidentin Lieberknecht:

Haben alle Ihre Stimmen abgegeben? Dann schließe ich die Wahlhandlung und bitte um Auszählung.

Ich bitte wieder die Plätze einzunehmen. Wir haben ein Ergebnis. Es wurden 73 Stimmen abgegeben, davon war 1 ungültig und es gab insgesamt für den Kandidaten 49 Ja-stimmen, 17 Neinstimmen und 6 Enthaltungen.

(Beifall bei der CDU)

Damit ist die erforderliche Mehrheit erreicht und Andreas Sonntag ist gewählt. Verehrter Abgeordneter Sonntag, nehmen Sie die Wahl an?

Abgeordneter Sonntag, CDU:

Ja, ich nehme die Wahl an.

Präsidentin Lieberknecht:

Gut, dann ist die Wahl angenommen und herzlichen Glückwunsch zu dieser neuen Mitgliedschaft.

Damit schließe ich den Tagesordnungspunkt 17 und wir kommen zum **Tagesordnungspunkt 18**, den nunmehr letzten am heutigen Tag

Mitgliedschaft von Mitgliedern der Landesregierung in Leitungs- und Aufsichtsgremien auf Erwerb gerichteter Unternehmen

hier: Zustimmung des Landtags
gemäß Artikel 72 Abs. 2 der
Verfassung des Freistaats
Thüringen

Antrag der Landesregierung
- Drucksache 3/3814 -

Wünscht jemand das Wort dazu? Das ist weder in Begründung noch in Aussprache gewünscht, also stimmen wir direkt über den Antrag ab. Jeder weiß, es geht darum, Minister Sklenar zeigt den Erwerb der Mitgliedschaft in der landwirtschaftlichen Rentenbank an, wenn wir dem zustimmen. Also, wer dem zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. Danke. Gibt es Gegenstimmen? Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? Einige Enthaltungen, aber mit großer Mehrheit des Landtags so gebilligt.

(Beifall bei der CDU, SPD)

(Zwischenruf Abg. Pohl, SPD: Ich war dafür!)

Ich kann den Tagesordnungspunkt 18 schließen.

Damit sind wir am Ende dieser Sitzung angekommen und es ist gleichzeitig die letzte Sitzung in diesem Jahr, jedenfalls planmäßig, gewesen. Die Arbeit ist damit freilich noch nicht zu Ende.

Ich wünsche aber trotzdem für den Verbleib der Tage bis zum Weihnachtsfest eine gute Adventszeit, aber auch schon jetzt an dieser Stelle frohe Feiertage und ein gesundes Wiedersehen im Jahr 2004 im Plenum, was wir dann am 29. und 30. Januar haben werden.

Die Sitzung ist damit geschlossen.

(Beifall bei der CDU)

Ende der Sitzung: 15:45 Uhr

Anlage 1**Namentliche Abstimmung in der 97. Sitzung am
12.12.2003 zum Tagesordnungspunkt 11****Länderkooperation Sachsen, Sachsen-Anhalt und
Thüringen**

Antrag der Fraktion der PDS

- Drucksache 3/3807 -

1.	Althaus, Dieter (CDU)		50.	Nitzpon, Cornelia (PDS)	ja
2.	Arenhövel, Johanna (CDU)	nein	51.	Nothnagel, Maik (PDS)	ja
3.	Bechthum, Rosemarie (SPD)	Enthaltung	52.	Panse, Michael (CDU)	nein
4.	Becker, Dagmar (SPD)	Enthaltung	53.	Pelke, Birgit (SPD)	Enthaltung
5.	Bergemann, Gustav (CDU)	nein	54.	Pidde, Dr. Werner (SPD)	Enthaltung
6.	Böck, Willibald (CDU)	nein	55.	Pietzsch, Dr. Frank-Michael (CDU)	nein
7.	Bonitz, Peter (CDU)	nein	56.	Pohl, Günter (SPD)	Enthaltung
8.	Botz, Dr. Gerhard (SPD)	Enthaltung	57.	Pöhler, Volker (CDU)	nein
9.	Braasch, Detlev (CDU)	nein	58.	Primas, Egon (CDU)	nein
10.	Buse, Werner (PDS)	ja	59.	Ramelow, Bodo (PDS)	ja
11.	Carius, Christian (CDU)	nein	60.	Schemmel, Volker (SPD)	Enthaltung
12.	Dittes, Steffen (PDS)	ja	61.	Schröter, Fritz (CDU)	nein
13.	Doht, Sabine (SPD)	Enthaltung	62.	Schuchardt, Dr. Gerd (SPD)	Enthaltung
14.	Döring, Hans-Jürgen (SPD)	Enthaltung	63.	Schugens, Gottfried (CDU)	nein
15.	Ellenberger, Irene (SPD)	Enthaltung	64.	Schuster, Franz (CDU)	nein
16.	Emde, Volker (CDU)	nein	65.	Schwäblein, Jörg (CDU)	nein
17.	Fiedler, Wolfgang (CDU)	nein	66.	Sedlacik, Heidrun (PDS)	
18.	Fischer, Dr. Ursula (PDS)	ja	67.	Seela, Reyk (CDU)	nein
19.	Gentzel, Heiko (SPD)	Enthaltung	68.	Seidel, Harald (SPD)	Enthaltung
20.	Gerstenberger, Michael (PDS)	ja	69.	Sklenar, Dr. Volker (CDU)	nein
21.	Goebel, Prof. Dr. Jens (CDU)	nein	70.	Sojka, Michaele (PDS)	
22.	Grob, Manfred (CDU)	nein	71.	Sonntag, Andreas (CDU)	nein
23.	Groß, Evelin (CDU)	nein	72.	Stangner, Dr. Isolde (PDS)	
24.	Grüner, Günter (CDU)	nein	73.	Stauch, Harald (CDU)	nein
25.	Hahnemann, Dr. Roland (PDS)		74.	Tasch, Christina (CDU)	nein
26.	Heym, Michael (CDU)	nein	75.	Thierbach, Tamara (PDS)	ja
27.	Höhn, Uwe (SPD)		76.	Trautvetter, Andreas (CDU)	nein
28.	Huster, Mike (PDS)		77.	Vogel, Dr. Bernhard (CDU)	
29.	Illing, Konrad (CDU)		78.	Vopel, Bärbel (CDU)	nein
30.	Jaschke, Siegfried (CDU)	nein	79.	Wackernagel, Elisabeth (CDU)	nein
31.	Kaschuba, Dr. Karin (PDS)	ja	80.	Wehner, Wolfgang (CDU)	nein
32.	Klaubert, Dr. Birgit (PDS)	ja	81.	Wetzel, Siegfried (CDU)	nein
33.	Klaus, Dr. Christine (SPD)	Enthaltung	82.	Wildauer, Dr. Heide (PDS)	ja
34.	Koch, Dr. Joachim (PDS)	ja	83.	Wolf, Bernd (CDU)	nein
35.	Köckert, Christian (CDU)	nein	84.	Wolf, Katja (PDS)	ja
36.	Kölbel, Eckehard (CDU)	nein	85.	Wunderlich, Gert (CDU)	nein
37.	Kraushaar, Dr. Ingrid (CDU)	nein	86.	Zeh, Dr. Klaus (CDU)	
38.	Krauße, Horst (CDU)	nein	87.	Zimmer, Gabriele (PDS)	
39.	Kretschmer, Thomas (CDU)	nein	88.	Zitzmann, Christine (CDU)	nein
40.	Krone, Klaus, von der (CDU)	nein			
41.	Kummer, Tilo (PDS)	ja			
42.	Künast, Dagmar (SPD)				
43.	Lehmann, Annette (CDU)	nein			
44.	Lemke, Benno (PDS)	ja			
45.	Lieberknecht, Christine (CDU)	nein			
46.	Lippmann, Frieder (SPD)	Enthaltung			
47.	Michel, Harald (CDU)	nein			
48.	Mohring, Mike (CDU)	nein			
49.	Müller, Dr. Alfred (SPD)				

Anlage 2**Namentliche Abstimmung in der 97. Sitzung am
12.12.2003 zum Tagesordnungspunkt 13****Koordination und Qualifizierung der überregionalen
Aktivitäten gegen Rechtsextremismus**

Antrag der Fraktion der SPD

- Drucksache 3/3817 -

hier: Nummer 1 des Antrags

1.	Althaus, Dieter (CDU)		49.	Müller, Dr. Alfred (SPD)	ja
2.	Arenhövel, Johanna (CDU)	nein	50.	Nitzpon, Cornelia (PDS)	Enthaltung
3.	Bechthum, Rosemarie (SPD)	ja	51.	Nothnagel, Maik (PDS)	Enthaltung
4.	Becker, Dagmar (SPD)		52.	Panse, Michael (CDU)	nein
5.	Bergemann, Gustav (CDU)	nein	53.	Pelke, Birgit (SPD)	ja
6.	Böck, Willibald (CDU)	nein	54.	Pidde, Dr. Werner (SPD)	ja
7.	Bonitz, Peter (CDU)	nein	55.	Pietzsch, Dr. Frank-Michael (CDU)	nein
8.	Botz, Dr. Gerhard (SPD)	ja	56.	Pohl, Günter (SPD)	ja
9.	Braasch, Detlev (CDU)	nein	57.	Pöhler, Volker (CDU)	nein
10.	Buse, Werner (PDS)	Enthaltung	58.	Primas, Egon (CDU)	nein
11.	Carius, Christian (CDU)		59.	Ramelow, Bodo (PDS)	Enthaltung
12.	Dittes, Steffen (PDS)	nein	60.	Schemmel, Volker (SPD)	ja
13.	Doht, Sabine (SPD)	ja	61.	Schröter, Fritz (CDU)	nein
14.	Döring, Hans-Jürgen (SPD)	ja	62.	Schuchardt, Dr. Gerd (SPD)	ja
15.	Ellenberger, Irene (SPD)	ja	63.	Schugens, Gottfried (CDU)	nein
16.	Emde, Volker (CDU)	nein	64.	Schuster, Franz (CDU)	nein
17.	Fiedler, Wolfgang (CDU)	nein	65.	Schwäblein, Jörg (CDU)	nein
18.	Fischer, Dr. Ursula (PDS)		66.	Sedlacik, Heidrun (PDS)	
19.	Gentzel, Heiko (SPD)		67.	Seela, Reyk (CDU)	nein
20.	Gerstenberger, Michael (PDS)	Enthaltung	68.	Seidel, Harald (SPD)	ja
21.	Goebel, Prof. Dr. Jens (CDU)	nein	69.	Sklenar, Dr. Volker (CDU)	
22.	Grob, Manfred (CDU)	nein	70.	Sojka, Michaele (PDS)	
23.	Groß, Evelin (CDU)	nein	71.	Sonntag, Andreas (CDU)	nein
24.	Grüner, Günter (CDU)	nein	72.	Stangner, Dr. Isolde (PDS)	
25.	Hahnemann, Dr. Roland (PDS)	Enthaltung	73.	Stauch, Harald (CDU)	nein
26.	Heym, Michael (CDU)	nein	74.	Tasch, Christina (CDU)	nein
27.	Höhn, Uwe (SPD)		75.	Thierbach, Tamara (PDS)	Enthaltung
28.	Huster, Mike (PDS)	Enthaltung	76.	Trautvetter, Andreas (CDU)	nein
29.	Illing, Konrad (CDU)		77.	Vogel, Dr. Bernhard (CDU)	
30.	Jaschke, Siegfried (CDU)	nein	78.	Vopel, Bärbel (CDU)	nein
31.	Kaschuba, Dr. Karin (PDS)		79.	Wackernagel, Elisabeth (CDU)	
32.	Klaubert, Dr. Birgit (PDS)		80.	Wehner, Wolfgang (CDU)	nein
33.	Klaus, Dr. Christine (SPD)	ja	81.	Wetzel, Siegfried (CDU)	nein
34.	Koch, Dr. Joachim (PDS)	Enthaltung	82.	Wildauer, Dr. Heide (PDS)	Enthaltung
35.	Köckert, Christian (CDU)	nein	83.	Wolf, Bernd (CDU)	nein
36.	Kölbel, Eckehard (CDU)	nein	84.	Wolf, Katja (PDS)	Enthaltung
37.	Kraushaar, Dr. Ingrid (CDU)	nein	85.	Wunderlich, Gert (CDU)	nein
38.	Krauße, Horst (CDU)	nein	86.	Zeh, Dr. Klaus (CDU)	
39.	Kretschmer, Thomas (CDU)	nein	87.	Zimmer, Gabriele (PDS)	
40.	Krone, Klaus, von der (CDU)		88.	Zitzmann, Christine (CDU)	nein
41.	Kummer, Tilo (PDS)				
42.	Künast, Dagmar (SPD)				
43.	Lehmann, Annette (CDU)	nein			
44.	Lemke, Benno (PDS)	Enthaltung			
45.	Lieberknecht, Christine (CDU)				
46.	Lippmann, Frieder (SPD)	ja			
47.	Michel, Harald (CDU)	nein			
48.	Mohring, Mike (CDU)	nein			

Anlage 3**Namentliche Abstimmung in der 97. Sitzung am
12.12.2003 zum Tagesordnungspunkt 14 a****Sicherung der Tarifautonomie**

Antrag der Fraktion der SPD

- Drucksache 3/3818 -

1.	Althaus, Dieter (CDU)		51.	Nothnagel, Maik (PDS)	
2.	Arenhövel, Johanna (CDU)	nein	52.	Panse, Michael (CDU)	nein
3.	Bechthum, Rosemarie (SPD)	ja	53.	Pelke, Birgit (SPD)	ja
4.	Becker, Dagmar (SPD)	ja	54.	Pidde, Dr. Werner (SPD)	ja
5.	Bergemann, Gustav (CDU)	nein	55.	Pietzsch, Dr. Frank-Michael (CDU)	nein
6.	Böck, Willibald (CDU)	nein	56.	Pohl, Günter (SPD)	ja
7.	Bonitz, Peter (CDU)	nein	57.	Pöhler, Volker (CDU)	nein
8.	Botz, Dr. Gerhard (SPD)	ja	58.	Primas, Egon (CDU)	nein
9.	Braasch, Detlev (CDU)	nein	59.	Ramelow, Bodo (PDS)	ja
10.	Buse, Werner (PDS)	ja	60.	Schemmel, Volker (SPD)	ja
11.	Carius, Christian (CDU)	nein	61.	Schröter, Fritz (CDU)	nein
12.	Dittes, Steffen (PDS)	ja	62.	Schuchardt, Dr. Gerd (SPD)	
13.	Doht, Sabine (SPD)	ja	63.	Schugens, Gottfried (CDU)	nein
14.	Döring, Hans-Jürgen (SPD)	ja	64.	Schuster, Franz (CDU)	nein
15.	Ellenberger, Irene (SPD)	ja	65.	Schwäblein, Jörg (CDU)	nein
16.	Emde, Volker (CDU)	nein	66.	Sedlacik, Heidrun (PDS)	
17.	Fiedler, Wolfgang (CDU)	nein	67.	Seela, Reyk (CDU)	nein
18.	Fischer, Dr. Ursula (PDS)	ja	68.	Seidel, Harald (SPD)	ja
19.	Gentzel, Heiko (SPD)	ja	69.	Sklenar, Dr. Volker (CDU)	
20.	Gerstenberger, Michael (PDS)	ja	70.	Sojka, Michael (PDS)	
21.	Goebel, Prof. Dr. Jens (CDU)	nein	71.	Sonntag, Andreas (CDU)	nein
22.	Grob, Manfred (CDU)	nein	72.	Stangner, Dr. Isolde (PDS)	
23.	Groß, Evelin (CDU)	nein	73.	Stauch, Harald (CDU)	nein
24.	Grüner, Günter (CDU)	nein	74.	Tasch, Christina (CDU)	nein
25.	Hahnemann, Dr. Roland (PDS)	ja	75.	Thierbach, Tamara (PDS)	ja
26.	Heym, Michael (CDU)	nein	76.	Trautvetter, Andreas (CDU)	nein
27.	Höhn, Uwe (SPD)		77.	Vogel, Dr. Bernhard (CDU)	
28.	Huster, Mike (PDS)	ja	78.	Vopel, Bärbel (CDU)	nein
29.	Illing, Konrad (CDU)		79.	Wackernagel, Elisabeth (CDU)	nein
30.	Jaschke, Siegfried (CDU)	nein	80.	Wehner, Wolfgang (CDU)	nein
31.	Kaschuba, Dr. Karin (PDS)		81.	Wetzel, Siegfried (CDU)	nein
32.	Klaubert, Dr. Birgit (PDS)	ja	82.	Wildauer, Dr. Heide (PDS)	ja
33.	Klaus, Dr. Christine (SPD)	ja	83.	Wolf, Bernd (CDU)	nein
34.	Koch, Dr. Joachim (PDS)	ja	84.	Wolf, Katja (PDS)	ja
35.	Köckert, Christian (CDU)	nein	85.	Wunderlich, Gert (CDU)	nein
36.	Kölbel, Eckehard (CDU)	nein	86.	Zeh, Dr. Klaus (CDU)	
37.	Kraushaar, Dr. Ingrid (CDU)	nein	87.	Zimmer, Gabriele (PDS)	
38.	Krauße, Horst (CDU)	nein	88.	Zitzmann, Christine (CDU)	nein
39.	Kretschmer, Thomas (CDU)	nein			
40.	Krone, Klaus, von der (CDU)	nein			
41.	Kummer, Tilo (PDS)	ja			
42.	Künast, Dagmar (SPD)				
43.	Lehmann, Annette (CDU)	nein			
44.	Lemke, Benno (PDS)				
45.	Lieberknecht, Christine (CDU)	nein			
46.	Lippmann, Frieder (SPD)	ja			
47.	Michel, Harald (CDU)	nein			
48.	Mohring, Mike (CDU)	nein			
49.	Müller, Dr. Alfred (SPD)	ja			
50.	Nitzpon, Cornelia (PDS)	ja			